

neo – Wohlstand für Alle

neo-partei.de

# Parteiprogramm

beschlossen auf dem Gründungsparteitag am 13.12.2020 in Lippstadt  
Stand 01.02.2022

## Inhaltsverzeichnis

Präambel: Philosophie, Werte und Ziele	Seite 2
Programm-Kurzfassung / Gesamtübersicht	Seite 7
Schwerpunkt: Abschaffung von Berufspolitikern und Entmachtung von Parteien, temporäre Bürgerparlamente (Los statt Wahlen)	Seite 16
Schwerpunkt Arbeitsmarkt	Seite 27
Schwerpunkt Steuersystem	Seite 35
Schwerpunkt bedingungsloses Grundeinkommen	Seite 43
Schwerpunkt Rentensystem	Seite 46
Schwerpunkt Vermögensbeschränkungen, Beschränkung finanzieller Macht	Seite 48
Schwerpunkt Beseitigung von Spekulationen an Finanzmärkten	Seite 52
Schwerpunkt Immobilien: Günstig bauen, mieten, kaufen	Seite 58
Schwerpunkt Gesundheitssystem	Seite 62

Präambel: Philosophie, Werte und Ziele

## Eine „Enkel-taugliche“ Welt

Ein Gedankenspiel: Nehmen wir an, Du liebst Deine Enkel. Du willst das Beste für sie. Nehmen wir weiter an, Deine Kinder würden nichts von Dir erben, und auch Deine Enkel würden nichts erben. Dann würdest Du Dir eine Welt wünschen, in der Armut und Reichtum keine Rolle spielen.

Zudem willst Du eine Welt ohne Kriege. Einen Arbeitsmarkt, der den Interessen Deiner Enkel untergeordnet ist. Eine nachhaltige Wirtschaft, die den Planeten ökologisch rücksichtsvoll behandelt, damit auch Deine Enkel diesen wunderbaren Planeten genießen können.

Eine solche „Enkel-taugliche“ Welt wollen wir. Und wir bieten ein Programm, mit dem sie erreichbar ist.

Unsere Philosophie, Werte und Ziele – aus denen sich unser gesamtes Programm ableitet – sind:

- Demokratie
- Freiheit
- Grundrechte/Menschenrechte lt. Grundgesetz und UN-Menschenrechtserklärung
- Gemeinsamkeit
- Kompatible Kulturen
- Trennung von Staat und Kirchen/Religionen
- Zukunftsfähigkeit

## 1. Demokratie

Wir staunen immer wieder über Politiker und Medien, die Parteien als „führungsschwach“ bezeichnen, wenn dort nicht alle der Meinung der Parteiführung sind. Gleichschaltung gilt in vielen Medien und Parteiführungen als Qualitätsmerkmal. Sollte die Sehnsucht nach „Führung“ oder gar einem „Führer“ nicht endlich überwunden sein? Ist es nicht das Wesen der Demokratie, daß unterschiedliche Menschen unterschiedliche Meinungen haben und diese auch und gerade in Parteien vertreten dürfen?

Bei uns gibt es so große inhaltliche Schnittmengen, dass wir diese zusammen umsetzen wollen. Selbstverständlich gibt es bei Programminhalten und Werten auch unterschiedliche Ansichten. Was uns u.a. eint, ist das Bekenntnis zur Demokratie. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die viel zu große Macht von Parteien. Lesen Sie unter „Parteienentmachtung“, wie wir Staaten aus dem „Würgegriff der Parteien“ befreien und ein Maximum an Demokratie durchsetzen können.

Zur Demokratie gehört auch die Beseitigung von Korruption und die Beschränkung von Lobbyismus auf öffentlich dokumentierte Kontakte. Von TTIP über Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer bis zur Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken sind viele politische Entscheidungen nach dem „Cui-Bono-Prinzip“ (wer profitiert von einer Entscheidung?) nur durch Korruption erklärbar.

## 2. Freiheit

Freiheit ist ein Begriff, der oft missbraucht wird. Die „markoliberalen“ in Union, SPD, FDP und auch bei den Grünen verstehen darunter die maximale Freiheit der Unternehmen. Diese Freiheit bewirkt jedoch, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung den Anforderungen der Unternehmen zu unterwerfen hat. Marktliberale sind gegen die Freiheit der Menschen, sich in einer

arbeitnehmerorientierten und familienfreundlichen Arbeitswelt möglichst frei zu entfalten, Berufe möglichst frei zu wählen und sich wirklich gute Jobs auszusuchen.

Mit dem Economic Balance System befreien wir die Menschen aus der Unterwerfung durch die Wirtschaft. Wir drehen es um in ein Wirtschaftssystem, das allen Menschen nutzen soll.

Freiheit bezieht sich natürlich nicht nur auf den Arbeitsmarkt, sondern auf alle Lebensbereiche. Persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, Meinungsfreiheit, Schutz der Privatsphäre vor staatlicher Überwachung, Pressefreiheit, Freiheit von Richtern und Staatsanwaltschaften gegenüber Weisungen/Abhängigkeiten der Regierenden, usw. – wir vertreten die Freiheitsrechte der Bürger wie kaum eine andere Bewegung und bieten zusätzlich das Wirtschaftssystem, das bisher unerfüllbare Forderungen erfüllen kann.

### **3. Die Menschenrechte lt. Grundgesetz und UN-Menschenrechtserklärung**

Die Artikel 1-19 des Grundgesetzes gelten heute nur auf dem Papier.

- Die Würde des Menschen lt. Art. 1 wird jeden Tag mit Hartz IV, in der Seniorenpflege, in den Schulen, in der Rationierung von medizinischen Leistungen, im Arbeitsmarkt etc. mit Füßen getreten – zum großen Teil von den Regierungsparteien selbst.
- Artikel 1 Abs. 2 („Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“) beinhaltet die Rechte aller Menschen weltweit lt. [„Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte“](#) der Vereinten Nationen, in Kraft seit 1948. Trotzdem waren die Regierungsparteien nicht einmal bereit, in der UN-Vollversammlung Völkermorde (wie in Ruanda und Darfur) als solche zu benennen und Konsequenzen zu fordern.
- Die freie Persönlichkeitsentfaltung lt. Art. 2 ist u.a. vermögensabhängig und für die meisten Menschen sehr stark eingeschränkt.
- Die Gleichheit vor dem Gesetz lt. Art. 3 gibt es ebenfalls nicht (siehe u.a. Justiz-Deals und Rechtsprechung zugunsten Wohlhabender, Diskriminierung Homosexueller, mangelnde Strafverfolgung Prominenter/Reicher (Klassenjustiz) gegenüber z.B. [84-jährigen Nonnen, die für Proteste gegen Atommüll zu 3 Jahre verurteilt werden](#) oder Kündigungen bei Bagatellen. Die hartnäckige Weigerung des Generalbundesanwalts, wegen der Spionage-Unterstützung der NSA gegen die Bundesregierung zu ermitteln, aber andererseits gegen Journalisten zu ermitteln, die dies thematisieren, ist einer von vielen Fällen politisch gesteuerter Justiz.
- Die freie Meinungsäußerung lt. Art. 5 gibt es auch nicht, so lange es darauf ankommt, was jemand äußert. Eine Demokratie, die mit einem funktionierenden Bildungssystem mündige Bürger hervorbringt, muß auch die absurdesten Meinungsäußerungen aushalten können.
- Die Pressefreiheit ist stark eingeschränkt, weil sehr viele parteinahe Journalisten, Verlage und Sender die kritische Distanz zu den Mächtigen, die sie eigentlich kontrollieren müßten, längst aufgegeben haben und sich den Regierungsparteien mehr oder weniger anbiedern.
- Artikel 6 hat mit der Realität nichts zu tun. (Potentielle) Ehepartner und Familien haben sich den Anforderungen der Arbeitgeber zu unterwerfen. Kinder werden oftmals in Willkürentscheidungen der Jugendämter von ihren Eltern getrennt.
- Artikel 9 wird an anderer Stelle ausgehebelt. So heißt es im Parteiengesetz, die Gründung von Parteien sei so frei wie die von Vereinen. Durch die Bundeswahlordnung (insbesondere

§34, Abs. 4, Anlage 14) werden neue Parteien jedoch massiv daran gehindert, den Regierungsparteien Konkurrenz zu machen.

- Das Fernmeldegeheimnis lt. Art. 10 haben die Regierungsparteien mit ihrem „großen Lauschangriff“ und ihrer Kollaboration mit der NSA abgeschafft.
- Lt. Art. 12 haben „alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen“. Tatsächlich müssen die meisten Arbeitnehmer, Arbeitslose, Auszubildende und Ausbildungsplatz-suchende nehmen, was der Arbeitsmarkt ihnen zugesteht. Und das ist in den meisten Fällen nicht der Beruf und Arbeitsplatz, den man frei gewählt hätte. Siehe auch „Zumutbare Arbeit“ bei Hartz IV, wonach grundsätzlich alles zumutbar ist.
- Das Beschwerderecht lt. Art. 17 (z.B. beim Petitionsausschuß des Bundestages) ist ein wirkungsloses Placebo.

Wir sind eine Bewegung, die alle Grundrechte des Grundgesetzes umsetzen kann und will. Und zwar als Partei der Bundesrepublik für dessen Bürger. Die Umsetzung der Menschenrechte von Bürgern anderer Nationen sollte möglichst in deren Heimatländern umgesetzt werden. Da wir Angriffskriege ablehnen, ist dies nur unter Mitwirkung der jeweiligen Heimatländer möglich.

## 4. Gemeinsamkeit

Wenn wir gefragt werden, welche Werte wir vertreten, steht dahinter so gut wie immer das Motiv der Fragesteller, dass wir deren individuellen Interessen und Werte vertreten sollen – und dabei idealerweise Menschen (bzw. Gegner), die diesen Werten nicht entsprechen, diskriminieren mögen.

Dies widerspricht Art 3. des Grundgesetzes. Jede Partei, die diesen Artikel (oder einen anderen der ersten 19 Artikel) des Grundgesetzes verletzt, disqualifiziert sich als Volksvertreter. Auszug aus Art. 3 GG: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Im Unterschied zu bisherigen Parteien gehört es zum Wesen von neo im wahrsten Sinne des Wortes staatstragend zu sein. Und einen Staat kann man nicht tragen, wenn man die Gesellschaft spaltet zwischen religiösen Gruppen, Oberschicht, Mittelschicht und Unterschicht, Arm und Reich, Jung und Alt, Frauen und Männern, Rentnern und Beitragszahlern, Heterosexuellen und Homosexuellen, Eltern und Kinderlosen, Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Wir vertreten die Interessen aller Menschen.

Gruppierungen, die die Spaltung der Gesellschaft zulassen oder gar fördern, sind nicht staatstragend und haben daher keine Existenzberechtigung.

Wir gehen mit unserem Konzept einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, der allen Bürgern extrem nutzt, und suchen Kooperationen mit Gruppierungen, die diesen Weg mit uns gehen wollen.

## 5. Kompatible Kulturen

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der alle Individuen und Gruppen frei und tolerant miteinander leben. Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung, aber die Zersplitterung in sich gegenseitig ignorierende, ablehnende oder gar bekämpfende Parallelgesellschaften führt zur Auflösung von Gesamt-Gesellschaften.

Wer z.B. eine Ehe seiner Tochter mit einem Mann anderen Glaubens ablehnt, ist kein integrierter Teil unserer Gesellschaft.

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der ausnahmslos alle Menschen ihre (Ehe-)Partner frei wählen dürfen. In der jeder seine Religion frei wählen und wechseln darf (siehe nächster Punkt). In der es keine Sprachbarrieren gibt. In der gleiche Rechte und Pflichten für alle gelten. In der alle Bürger den Staat mittragen.

## **6. Trennung von Staat und Religionen/Kirchen**

Nichts spaltet eine Gesellschaft bzw. die Menschheit so sehr und verursacht so viele mörderische Kriege wie der Missbrauch der Religionen.

Die US-Theologen David B. Barrett, George T. Kurian und Todd M. Johnson zählen in der „Enzyklopädie der Religionen“ („A Comparative Survey of Churches and Religions in The Modern World“) auf 2.400 Seiten mehr als 9.900 Religionen, 34.000 Konfessionen und mehrere hunderttausend Götter. Nahezu alle Religionen / Konfessionen / Kirchen nehmen für sich in Anspruch, den einzig wahren Glauben zu vertreten, während alle anderen als Irrtümer abgelehnt und bekämpft werden.

Wie soll ein Staat alle Bürger unterschiedlichster Glaubensrichtungen zusammenhalten, der 1 Staatsreligion privilegiert und alle anderen Religionen diskriminiert? Wer 1 Religion privilegiert, spaltet die Gesellschaft und kann daher nicht staatstragend sein.

Wir stehen für die Trennung von Staat und Kirchen. Wir respektieren alle Glaubensrichtungen und diskriminieren niemanden. Wer niemanden diskriminieren will, darf auch niemanden privilegieren. Daher fordern wir die Abschaffung aller Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften.

Alte Gefälligkeits-Verträge von Regierungsparteien, die Glaubensgemeinschaften außerhalb des Grundgesetzes Sonderrechte einräumen, sind zu kündigen. Glaubensgemeinschaften, die Art. 1-19 GG verletzen, dürfen zudem keinerlei finanzielle Zuwendungen durch den Staat und keinerlei Entfaltungsmöglichkeiten im Bildungssystem und in öffentlich-rechtlichen Medien erhalten.

Bei uns engagieren sich Christen, Atheisten, Buddhisten, Agnostiker, Juden, Muslime usw., ohne ihre Glaubensrichtung zum politischen Thema zu machen. Nur Neutralität und das gemeinsame Bekenntnis zur „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen können unsere Gesellschaft einen.

## **7. Zukunftsfähigkeit**

Ein wirtschaftliches, politisches oder gesellschaftliches System muss zukunftsfähig sein. Obwohl dies eigentlich selbstverständlich sein sollte, haben uns die Regierungsparteien, „Experten“ und Kapitalbesitzer in aller Welt ein System aufgezwungen, das auf Dauer nicht funktionieren kann – nicht einmal theoretisch.

Die globale Überbevölkerung ist nicht zukunftsfähig. Die Plünderung der Natur, die Abhängigkeit von endlichen und dauerhaft unbezahlbar werdenden Rohstoffen sind ebenso offensichtliche Sackgassen wie der ständig steigende Bedarf an Trinkwasser, Nahrungsmitteln und Flächen.

Der Arbeitsmarkt ist heute den Interessen des Kapitals unterworfen – und nicht denen der Menschen. Als Folge daraus verfolgen Unternehmen das Ziel, möglichst hohe Profite für wenige Kapitalbesitzer zu erzielen, während sie andererseits möglichst viele Beschäftigte wegrationalisieren. Da aber die Beschäftigten gleichzeitig die Kunden ihrer Produkte sind,

rationalisieren die Unternehmen die Kaufkraft ihrer Kunden weg. Damit ist auch dieser elementar wichtige Bereich zum Scheitern verurteilt.

Gebirge von Staatsschulden (mit alles erdrückender Zinslast) für nachfolgende Generationen, Atommüll, das Auseinanderreißen der Gesellschaft zwischen Arm und Reich, Klimawandel, Genmanipulation von Saatgut bis hin zum Menschen, Spekulationsgeschäfte, ewiger Wachstumszwang, ewige Produktivitätssteigerungen und vieles mehr – jedes einzelne dieser Probleme führt zwingend logisch zum Kollaps. Das ist auch durch Schönfärberei nicht bestreitbar.

Zukunftsfähigkeit ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Frage des Überlebens. Jeder Programmpunkt jeder politischen, ökonomischen oder sozialen Gruppierung muß daher diese Bedingung erfüllen.

# Programm - Kurzfassung:

- **Altenpflege:** Komplette von der Krankenversicherung übernommen (Abschaffung der 200 Pflegekassen), komplett aus dem Staatshaushalt finanziert, Angehörige werden von Zuzahlungen befreit, freie Auswahl der Angehörigen zwischen eigener und professioneller Pflege, Ent-Privatisierung der Heime, 6.000 € Mindestgehalt für Pflegekräfte bei viel weniger Arbeitsbelastung, Mindestens jeweils 2.000 € Grundeinkommen für Pflegepatienten und pflegende Angehörige, Assistenzroboter, und vieles mehr
- **Arbeitsmarkt:** Wichtigster Programmpunkt, eng verknüpft mit Armut, Rente und Grundeinkommen. Wir können Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne trotz globaler Konkurrenz und Automation / Digitalisierung beseitigen. Dazu verknüpfen wir Inlandsbeschäftigung und Inlandsumsatz der Unternehmen (insgesamt über 7 Billionen €) über eine „Unterbeschäftigungssteuer“. Wie das funktioniert, liest Du [hier](#).
- **Armut:** Wir beseitigen Armut durch die „[Unterbeschäftigungssteuer](#)“ und das „[Steuerspar-Grundeinkommen](#)“ von mindestens 2.000 €.
- **Atomkraft:** Wir sind nicht nur gegen Atomkraft. Wir sind die einzige Partei, die die Atomkonzerne zerstören will. Und zwar ganz einfach, indem wir ihnen die [Lagerung und Bewachung des Atommülls in Rechnung stellen](#) – und zwar über die gesamte Laufzeit, samt Zinseszins. Da der Freifahrtschein des Bundestags für die Atomkonzerne der [Korruptions-Weltrekord](#) ist, werden wir diesen für nichtig erklären. Wir könnten es auch anders machen: 100 Milliarden Euro Entschädigung für die Atomkonzerne, die mit einer Rechnung für den Atommüll über 10 hoch 1 Billiarde Euro verrechnet werden (Laufzeit plus Zinsen, siehe oben). Das heißt: Sofortiger Konkurs der Atomkonzerne, deren Eigentum an den Gläubiger fällt – den Staat. Ziehen wir einen ehrlichen Schlussstrich unter diesen Wahnsinn.
- **Außenpolitik:** Global gesehen ist Deutschland ein Zwerg, mit rd. 1 % der Weltbevölkerung und 3% der Wirtschaftsleistung. Da wäre mit der bisherigen Außenpolitik nicht viel zu bewegen. Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder ist ohnehin nicht unsere Ambition. Wir verstehen Außenpolitik vor allem als uneigennützig Entwicklungshilfe.
- **Banken:** Es gibt keine „systemrelevanten“ Banken. Relevant ist nur, dass es überhaupt Banken gibt, die den Zahlungsverkehr abwickeln, Geld aufbewahren, Kredite vergeben und Geld an Automaten auszahlen. Wobei Letzteres zunehmend durch den Einzelhandel übernommen wird. Kommt es zum Bankencrash, lassen wir jede Bank bankrott gehen, die sich verzockt hat. Dabei stellen wir sicher, dass die Einlagen der Kunden bis zur Höhe der gesetzlichen Einlagensicherung von 100.000 € pro Konto gesichert werden. Falls nötig, stützen wir lediglich die in öffentlichem Eigentum befindlichen Sparkassen. Im schlimmsten Fall hat jeder Bürger ein kostenloses und völlig sicheres Konto bei einer Sparkasse. ([mehr](#))
- **Bauen:** Siehe „Immobilien“ und „Verkehr“
- **Beamte:** Keine Neuverbeamtungen, mit Ausnahme von Polizei, Justizvollzug und Feuerwehr. Beamte sind bei Nichteignung und Leistungsverweigerung kündbar (Entscheidung bei Arbeitsgerichten, wie bei allen anderen Arbeitnehmern).
- **Bedingungsloses Grundeinkommen:** Siehe unten unter „Grundeinkommen“, denn bedingungslos ist kein BGE-Modell (Staatsbürgerschaft, Wohnsitz).
- **Betrug durch Konzerne:** Da Deutschlands Regierungsparteien offensichtlich von der Automobilindustrie, Waffenindustrie, Atomkonzernen, Pharmakonzernen etc. „gesponsert“ werden, greifen wir durch. Keine Klassenjustiz mehr, bei denen die Großen laufen gelassen werden. Beispiel Automobilindustrie: Alle Kraftfahrzeuge werden auf Abgasbetrügereien geprüft.

Jeder Vorstandsvorsitzende, jeder Entwicklungsvorstand und jeder weitere Vorstand, der davon gewusst haben muss, erhält genau die Strafe, die für gewerbsmäßigen Betrug im Strafgesetzbuch vorgesehen ist: 10 Jahre Haft, plus Beschlagnahme des kompletten Vermögens zwecks Schadenersatz. Die geschädigten Autofahrer erhalten rückwirkend das Recht, ihre Fahrzeuge zum Wert lt. Schwacke-Liste plus 15% umzutauschen. Alternativ haben sie das Recht auf den Austausch eines manipulierten Motors gegen einen neuen Motor, der die Abgasnormen im realistischen Fahrbetrieb tatsächlich einhält.

- **Bildung:** Potentialentfaltung, Allgemeinbildung, gesellschaftliche Integration: Nichts ist so wichtig wie das Bildungssystem, wenn man aus dieser Welt die bestmögliche machen will. „Das Leben ist kein Ponyhof?“ Es könnte einer werden! Wir befreien das Bildungssystem aus dem Würgegriff des Föderalismus und Neoliberalismus. An Schulen wird nicht mehr gesiebt. Die Hauptschule wird abgeschafft. [„Wegwerf-Wissen“](#) wird verschrottet. Neue Fächer werden eingeführt: Ernährung, Finanzen, Psychologie, etc. Die absurden PISA-Tests (siehe u.a. ZDF-Doku [„Der Schiefe Plan von PISA“](#)) werden abgeschafft, da sie lediglich zeigen, wie gut Schüler auf PISA-Tests vorbereitet wurden. Schüler, Studierende und Auszubildende bestimmen zu 50% den Lehrplan und können Lehrer und Dozenten abwählen. Professoren, die schlecht erklären und sich als Halbgötter aufführen, werden abgewählt und gekündigt. Wir initiieren einen Volksentscheid, ob das Beamtenamt im Bildungssystem abgeschafft werden soll. Kunst, Musik und Sport werden nicht benotet, sondern gefördert. Jedes Kind soll die Chance erhalten, ein Instrument zu erlernen. In allen anderen Fächern werden Noten zu reinem Feedback ohne Relevanz für Versetzung, Zugang zu weiterführenden Schulen oder Hochschulen. „Erwartungshorizonte“ und „Gaußsche Normalverteilung“ werden abgeschafft. Zeitdruck wird abgeschafft (siehe [Fritz Reheis: „Entschleunigung“](#)). Hausaufgaben dürfen insgesamt [5 Stunden pro Woche](#) nicht überschreiten. Religionen werden [im Plural](#) im Fach „Ethik“ erläutert. Schulbücher sind den [Zielen der Schüler](#) anzupassen. Unterricht beginnt [nicht vor 9 Uhr](#) und umfasst maximal 30 Wochenstunden à 45 Minuten. Klassenfahrten zahlt der Staat. Mittagessen, Obst und Getränke sind kostenlos. Nicht Schulen, sondern Hochschulen und Ausbildungen beinhalten eine berufliche Verwertbarkeit. Der Numerus Clausus wird abgeschafft und ausreichend viele Studienplätze geschaffen. Die Finanzierung erläutern wir [hier](#). Inklusion von Körperbehinderten ist überall umzusetzen. Inklusion von geistig Behinderten / Lernschwachen liegt im Ermessen der Eltern. Nur Schüler, die den Unterricht der anderen sabotieren, dürfen auf Förderschulen verwiesen werden. Öffentliche Schulen werden so attraktiv, dass kein Kind mehr auf eine Privatschule gehen möchte, die diese Standards nicht auch anbietet. Privatschulen haben ein Drittel Kinder mit Migrationshintergrund aufzunehmen, ein weiteres Drittel aus einkommensschwachen Haushalten – beides kostenlos (wenn Reiche ihre Kinder vom Rest der Gesellschaft absondern wollen, machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung). Kita-Erzieher(innen) und Lehrer(innen) werden optimal auf ihren Beruf vorbereitet und erheblich besser bezahlt, um für die Besten attraktiv zu sein. Lehrer(innen) sollen auch die Erziehung fördern, wo Elternhäuser desinteressiert oder überfordert sind. Beamte können entlassen werden, wenn sie für ihren Job ungeeignet sind (darüber entscheidet ein Arbeitsgericht im Sinne der Kinder). Jeder Mensch hat in jedem Alter Zugang zu Studiengängen sowie Aus- und Weiterbildungen (Lebenshaltung finanziert durch das [Steuerspar-BGE](#)). Ideale Bildungsminister wären z.B. [Gerald Hüther](#), Richard David Precht, Ranga Yogeshwar, Harald Lesch oder Fritz Reheis.
- **Bürokratieabbau:** Abschaffung aller überflüssigen Gesetze und Verordnungen. Verfallsdatum für die meisten Gesetze (außer elementare Gesetze wie GG, BGB, ZPO, StGB). Moderne, bürgerfreundliche, effiziente Verwaltung mit nur je 1 Anlaufstelle für Bürger und Unternehmen. Genehmigung aller Anträge von Bürgern und Unternehmen, wenn binnen 4 Wochen kein Bescheid ergeht. Möglichkeit, alles, was technisch möglich ist (inklusive Identifizierung per Webcam), per Internet zu erledigen.



- **Bundespräsident:** Wir bieten einen Volksentscheid zur Abschaffung des Amtes des „Bundesgrüßaugust“ an. Die Amtsinhaber seit 2004 sind keine Werbung für das Amt.
- **Bundeswehr:** Die heutige Bundeswehr, die totgespart wurde und überhaupt nicht einsatzfähig ist, ist sinnlos. Das lässt 2 Möglichkeiten: Abschaffen oder ausreichend finanzieren. Eine Abschaffung bedeutet, dass es keine Landesverteidigung gäbe. Das finden wir zu riskant. Also bleibt nur, die Bundeswehr ausreichend für ihre Zwecke zu finanzieren (was überhaupt kein Problem ist, siehe [hier](#)). Entscheidend ist der Zweck: Wir würden die Bundeswehr zu einer reinen Defensiv-Armee umorganisieren. Die Marine würden wir mit Ausnahme der Küstenwache abschaffen, da sie ohnehin nichts bewirken kann (es sei denn, wir würden ein paar Billionen in die Hand nehmen, um mit Steuergeldern „Schiffe versenken“ zu spielen). Auch die ohnehin nicht einsatzfähige Mini-Luftwaffe würden wir abschaffen und durch ferngelenkte Flugkörper sowie Satelliten ersetzen.
- **Cannabis:** Angebot als frei zugängliche und voll erstattete medizinische Alternative im Leistungskatalog der Krankenkassen. Rückwirkende Entkriminalisierung. Entschädigung für alle Justizopfer (100 € pro Hafttag, Schadenersatz für beschlagnahmte Vermögensgegenstände). Präzisierung von Grenzen zur Fahrtüchtigkeit.
- **Demokratie:** In Phase 1 (erster Monat, in der neo eine Mehrheit hätte) entmachten wir die Parteien ([mehr](#)). In Phase 2 (vor Ende der ersten Legislaturperiode) schaffen wir Wahlen ab und ersetzen sie durch temporäre Bürgerparlamente – also „Lösen statt Wählen“ ([mehr](#)). Freigabe aller vertraulichen Regierungsdokumente nach 20 Jahren.
- **Digitalisierung:** Siehe Arbeitsmarkt und Bürokratieabbau.
- **Einkommensteuer:** Schaffen wir ab. Hohe Einkommen sind auch nicht das Problem. Hohe Vermögen sind ein Riesenproblem. Deshalb führen wir „Vermögensbeschränkungen“ ein (siehe unten).
- **Energie:** Sofortiger Atomausstieg (siehe oben unter „Atomkraft“), binnen 20 Jahren Ausstieg aus der Kohle, binnen 30 Jahren Ausstieg aus Öl und Gas. **Komplett autonome Energieerzeugung im Inland** aus [regenerativen Quellen](#) Geothermie, Photovoltaik, Windrädern, [Flugwindenergie \(Drachen an Seilwinden\)](#), [Meeresströmung](#), [Laufwasserkraft](#), [Strombojen](#), etc. Gleichzeitig verbieten wir Biokraftstoffe, da sie mit Flächen für Nahrungsmittel konkurrieren.
- **Entwicklungshilfe:** Uneigennützig Entwicklungshilfe ist unsere neue Außenpolitik: Wir setzen mit „Nationen-Patenschaften“ ein völlig neues Konzept um ([mehr](#)).
- **Euro:** Der Euro ist eine Schnapsidee, denn er zwingt unterschiedlich produktiven Ländern eine gemeinsame Währung auf. Länder wie Deutschland und Österreich profitieren vom Euro, der ihre Exporte drastisch verbilligt. Für Länder wie Italien, Frankreich, Griechenland, Spanien, Portugal und Belgien ist der Euro jedoch verheerend: Da sie keine „äußere“ Abwertung des Wechselkurses mehr vornehmen können, bleibt ihnen nur die „innere“ Abwertung über sinkende Löhne. Für Deutschland gibt es keinen Grund, aus dem Euro auszutreten. Länder wie Italien, Frankreich und Spanien sind verrückt, wenn sie im Euro bleiben. Austreten müssen sie schon selber. Wir tun hier gar nichts.
- **Europa / EU:** Wir sind große Freunde der Idee eines Europäischen Bündnisses souveräner Staaten, aber keine Fans dessen, was aus der EU geworden ist. Die EU muss dringend aus dem Würgegriff der Lobbyisten befreit werden. Die EU darf keine Transfer- und Schuldenunion sein. Warum die Vereinigten Staaten von Europa eine Schnapsidee sind, liest Du [hier](#). Wir betrachten die EU als wertvolle Werte- und Normengemeinschaft. Wir würden eine Debatte darüber anregen, ob mittelfristig Russland, Weissrussland, Serbien, Bosnien, Kosovo, Mazedonien, Moldawien und die Ukraine in die EU aufgenommen werden sollen, sobald sie halbwegs demokratische Wahlen (die bisherigen EU-Ländern haben auch demokratische

Defizite) ermöglichen und das Korruptionsniveau auf EU-Niveau (also ein mittleres Niveau) senken. Eine Erweiterung der EU ist allerdings nur möglich, wenn die Personenfreizügigkeit und die Subventionen entsprechend begrenzt werden. Die Türkei kann erst dann Mitglied werden, wenn sie demokratisch und ein säkulares Land ist. Die Tür für die Schweiz, Norwegen, Israel und Island steht immer offen.

- **Familien, Kinder, Jugend:** neo bietet den [familienfreundlichsten Arbeitsmarkt](#). Arbeitgeber werden sich überbieten müssen bei familienfreundlichen Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, etc. Kinder erhalten ein indirektes Wahlrecht: Jedes Elternteil erhält für jedes Kind 0,5 Stimmen bei allen Wahlen (es gibt keine selbstloseren Menschen als Eltern). Kinder werden komplett vom [Unterhalt für ihre Eltern](#) befreit. Wir schaffen 50% mehr Kitas / Kitaplätze. Die Finanzierung erläutern wir [hier](#). Wahrscheinlich wird das aber gar nicht nötig sein, denn einer der vielen Effekte der [Unterbeschäftigungssteuer](#) ist ein Boom bei Betriebskindergärten.
- **Finanzmarkt:** Wir schaffen Finanzspekulationen ab. Wie wir das machen, liest Du [hier](#).
- **Forschung:** Mit den enormen Überschüssen unseres Steuersystems finanzieren wir massiv die medizinische Forschung, aber auch Anwendungs- und Grundlagenforschung. Alle Ergebnisse werden [Open Access](#), Patente werden kostenfrei der ganzen Welt zur Verfügung gestellt. Forschung wird komplett von der Drittmittelwerbung befreit.
- **Geheimdienste:** BND, MAD und Verfassungsschutz [schufen bisher mehr Probleme](#), als sie vermieden oder lösten. Wir sehen gar keine Rechtfertigung für Geheimdienste, und wollen auch die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten beenden. Die Verhinderung von Betriebsspionage ist ein Fall für BKA und LKAs sowie der Polizei. Mit uns als Regierungspartei ist alles dermaßen transparent, dass es nichts zu verbergen gibt. Abgesehen davon [entmachten wir Parteien und Regierung](#). Es gibt also keine politischen Spionageziele mehr, die ein Geheimdienst schützen müsste. Spionage beim Bundestag und der Bundesregierung ist uninteressant und unwichtig.
- **Genmanipulation von Lebensmitteln und Saatgut:** Wir verbieten den Anbau, die Forschung und den Vertrieb. Es gibt kein Argument für die Genmanipulation von Nahrung und Tierfutter. Hunger ist kein Argument, da in der Geschichte der Menschheit noch nie ein Mensch am globalen Mangel an Nahrung gestorben ist. Weltweit gab es immer genug Nahrung. Menschen verhungern aus einem einzigen Grund: Ihnen fehlt das Einkommen, um sich (regionale oder importierte) Nahrung zu kaufen. Das einzige wirkliche Motiv von Monsanto, Syngenta, Bayer & Co sind Profite aus Patentgebühren, die Nahrung und Saatgut verteuern. Wir erkennen keine Patente auf Leben an.
- **Gesundheitssystem:** Zugang zu allen Therapien für jeden Menschen, für jeden Menschen problemlos bezahlbar, für Kinder, Schwangere und Behinderte gratis. Größtenteils aus dem Staatshaushalt durch Abgaben der Wirtschaft finanziert. Staatliche Trägerschaft aller Krankenhäuser. Gute Arbeitsplätze und Einkommen für alle Gesundheitsjobs. Medizinische Forschung nicht nach Profitinteressen, sondern Patienteninteressen, keine „verwaisten“ Krankheiten. Transparenz über Wirksamkeit von Therapien und Medikamenten sowie Qualität der Anbieter. Kostenlose Prävention, keine Anerkennung von Scheinpatenten der Pharmaindustrie,... ([mehr](#))
- **Grundeinkommen:** Mit dem „Steuerspar-BGE“ bieten wir Dir das einzige Grundeinkommens-Modell, gegen das es keine Gegenargumente gibt. Es wird als Lohnkosten von der Wirtschaft finanziert statt über Steuern. Mit mindestens 2.000 € monatlich ist es das einzige Modell, das eine faire Teilhabe ermöglicht. Mehr darüber findest Du [hier](#).
- **Hanf:** Wir fördern Hanf und weitere hocheffiziente Nutzpflanzen, deren Potential bisherige Regierungsparteien ignorieren.

- **Homosexualität:** Wie Du an unseren [Werten und unserer Philosophie \(Punkt 3\)](#) siehst, können alle Menschen nur die gleichen Rechte haben. Das schließt Diskriminierungen aus. Homosexuelle bzw. LGBT dürfen lieben und heiraten, wenn sie wollen, Kinder adoptieren, etc., ohne jeglichen Unterschied zu Heteros. Wer nicht allen Menschen gleiche Rechte einräumt, ist unser Gegner.
- **Inflation:** Durch unser [Rentensystem](#) und die darin enthaltenen Aktiensparkonten der Bürger wirst auch Du zum Aktionär / Miteigentümer aller deutschen Aktiengesellschaften. Den gesamten Aktienfonds verwaltet die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRB), die auch heute die Renten verwaltet. Die DRB untersteht dem Bundestag (später: [Bürgerparlamente](#)). Der Bundestag gibt über die DRB (als Vertreter der Aktionäre) dem Management (das kann grundsätzlich das gleiche sein wie heute) die Anweisung: Mindestens 5% und maximal 10% Profit in der Preiskalkulation. Damit ist von Seiten aller Aktiengesellschaften Dumping ausgeschlossen und die Inflation minimiert. Zusätzlich kauft der Staat in jeder Branche (sofern sie sich als Aktiengesellschaften nicht ohnehin im Eigentum der Bürger befinden) die beiden deutschen Unternehmen mit den größten Marktanteilen auf, sofern diese Branchen für die Inflation eine Rolle spielen (also auch z.B. Industrieunternehmen und Dienstleister in der gesamten Lieferkette bis zum Endprodukt). Diese Unternehmen nennen wir „Inflations-Bekämpfung-Unternehmen“ (IBU). Auch die IBU erhalten die Anweisung: Mindestens 5% und maximal 10% Profit in der Preiskalkulation. ([mehr](#))
- **Innere Sicherheit:** Einen Überwachungsstaat lehnen wir ab. Überwachung kostet Freiheit und bringt keine nennenswerte Sicherheit. Wir werden die Polizei, LKAs und BKA modernisieren, auf gemeinsame Datenbanken zugreifen lassen und in Zusammenarbeit mit den Staatsanwaltschaften per Gesetz anweisen, aktiv Jagd auf Betrüger zu machen und insbesondere die organisierte Kriminalität in Konzernen gemäß heutigem Strafgesetzbuch zu verfolgen. Wir werden in den Gefängnissen einerseits Platz schaffen, da es mit uns kein Gefängnis mehr für Armut gibt (Unfähigkeit, Strafen zu zahlen), da es kein Schwarzfahren mehr gibt (siehe „Verkehr“), und da wir Cannabis entkriminalisieren. Die Haftplätze werden wir für Vorstände benötigen, zum Beispiel von Bayer-Monsanto, Volkswagen, Audi, Porsche, BMW, Krauss-Maffei, Deutsche Bank, Allianz, AWD, etc, die z.B. gegen Umweltgesetze und den Betrugsparagrafen des Strafgesetzbuchs verstoßen. Wir lassen „die Großen“ Verbrecher nicht mehr laufen.
- **Israel / Palästina:** Nicht unser Hauptthema, aber jede Partei muss dazu eine Meinung haben – und begründen. Wir verstehen beide Seiten (zumindest teilweise) und sehen nur eine Lösung, die nicht mehrheitsfähig ist. Da wir von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen (und dies ist keine) für die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten stehen, unternehmen wir nichts, ergreifen keine Partei, versuchen zu helfen, geben uns aber keinen Illusionen hin.
- **Justizsystem:** [Justizdeals](#) schaffen wir ab (Milde Urteile sind dann nicht mehr käuflich). [Haftstrafen wegen Armut](#) schaffen wir ab. Das [Delikt „Schwarzfahren“](#) schaffen wir ab, da der öffentliche Personenverkehr (auch Fernverkehr) komplett kostenfrei ist. Straftaten, die im Ausland begangen werden, werden in Deutschland nur so bestraft, wie es bei einer Tat in Deutschland das Gesetz regelt. Der Paragraph „Majestätsbeleidigung“ wird abgeschafft. Richter können unter Verlust ihrer Pensionsansprüche entlassen werden, wenn sie [Fehlurteile fällen](#) oder [gesellschaftlich untragbar](#) bzw. [ungeeignet für ihr Amt sind](#) (darüber entscheiden Kammern aus ausgewählten Rechtsanwälten, die nicht im regionalen Zuständigkeitsbereich der betroffenen Richter tätig sind; bei Vorsatz sind sie zudem Schadenersatzpflichtig). Das Bundesverfassungsgericht wird nicht mehr von Parteien besetzt (siehe „[Bürgerparlamente](#)“). Gleiches gilt für [unfähige, unwillige](#) oder korrupte Staatsanwälte. Staatsanwaltschaften sind aus politischen Weisungen zu befreien und so auszustatten und zu strukturieren, dass sie ihre [Aufgaben wahrnehmen können](#). [Korruption](#) muss stärker aufgeklärt und bestraft

werden. Abmahnungen sind im ersten Schritt durch kostenfreie exakte Hinweise zu ersetzen, wie ein Verstoß gegen Rechte oder Gesetze ganz konkret zu beseitigen ist. Anwälte, die abmahnen, ohne selbst betroffen zu sein, verlieren ihre Zulassung und erhalten ein lebenslanges Berufsverbot. Gleiches Recht für alle (Beispiel: Google muss in Deutschland telefonisch und per Brief erreichbar sein wie alle anderen Webseitenbetreiber auch; Vorstände von Konzernen, die betrügen, [gehören ins Gefängnis](#)), keine „[Klassenjustiz](#)“ mehr, Justizopfer werden großzügig entschädigt.

- **Kirchen:** Siehe „Religionen“
- **Kitas / Kinderbetreuung:** Siehe „Familien“.
- **Kommunismus:** Lehnen wir ab, da er [zwangsläufig immer scheitern muss](#).
- **Kriegsbeteiligung:** Zuschauen bei Völkermorden wie in Darfur oder Ruanda und zufrieden zurücklehnen als passive „Friedenaktivisten“? Unterstützung der USA bei ihren Kriegen um Macht und Rohstoffe? In den seltensten Fällen (Völkermorde) steht das überhaupt zur Debatte. Und wir entscheiden das nicht. Das entscheidest Du. Vor jedem möglichen Militäreinsatz steht eine Entscheidung durch ein Bürgerparlament. Da werden die USA ihre Kriege wohl allein führen müssen.
- **Landwirtschaft und Ernährung:** Verbot von Herstellung, Vertrieb, Import und Forschung an genmanipulierten Lebensmitteln. exakte und vollständige Kennzeichnung über Inhalte, Gesundheitsrelevanz (Ampelkennzeichnung) und Herkunft. Keine Steuern auf Bioprodukte. Beendigung der Massentierhaltung. Amnestie, Entschädigung und Bundesverdienstkreuz für Tierschützer, die Missstände offengelegt haben (im Gegensatz zu Landwirtschaftsministerin Klöckner, die Tierschützer bestrafen will). Unterstützung kleiner Betriebe und Zerschlagung zu großer Betriebe. Faire Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte (aber keine Abnahmegarantie). Ernährung als Schulfach.
- **Mieten:** Siehe „Wohnen“
- **Mindestlohn:** 48.000 € für Vollzeit (maximal 1.200 Stunden Jahresarbeitszeit), **32.000 € für Teilzeit** (maximal 600 Stunden Jahresarbeitszeit), **24.000 € als Azubi**, oder **24.000 € Steuerspar-Grundeinkommen (Null Stunden Arbeit)**. Das alles steuerfrei und sehr leicht umsetzbar mit dem [„Arbeitsmarkt Balance System“](#).
- **NATO:** Wir wollen Russland, China und den Rest der Welt in die NATO aufnehmen und aus künstlichen Gegnern Verbündete machen. Die NATO wird zum Welt-Verteidigungsbündnis, das jeden Krieg (auch Bürgerkrieg) im Keim erstickt. Über die Vereinigung, Sezession, Neugliederung oder Neugründung von Staatsgebieten entscheiden ausschließlich die Einwohner per Volksentscheid.
- **Netzzpolitik:** Netzzugang als verfassungsmäßiges Grundrecht. Infrastruktur zurück in Bürgereigentum. Internetzugang und Mobilfunk zum Selbstkostenpreis. 100 Mbit/s schnelles Internet für alle (auch in entlegenen Gegenden, ggf. über Mobilfunk). Generelle Netzsperrfreiheit (jedoch Sperrung von Google, Facebook, Amazon & Co. wenn sie Gesetze brechen, zensieren und ihre Steuern nicht zahlen). Meinungsfreiheit und Zensurfreiheit. Netzneutralität. E-Government. Öffentlich zugänglicher Verbraucherschutz. Airpedia (AIR steht für „Alles ist relevant“) als Konkurrenz zum von den Administratoren vergewaltigten Wikipedia. Öffentlich-Rechtliche Medienarchive stellen wir online. Wir beenden Link-Haftung und Abmahn-Unwesen. Aktive Jagd von Staatsanwaltschaften auf Internet-Betrüger. Ende der Domain-Weglagerei (freie Domains werden sofort kostenfrei verfügbar). Recht auf Anonymität und „Vergessen werden“.
- **Öffentliche Haushalte:** Wir entschulden alle öffentlichen Haushalte binnen 7 Jahren und verschaffen ihnen durch unser neues, von der Wirtschaft finanziertes Abgabensystem [„Umsatzprovisionen“](#) enorme Überschüsse.

- **Patente auf Leben:** Lehnen wir ab. Lassen wir beim Deutschen Patent- und Markenamt löschen, drängen das Europäische Patentamt ebenfalls dazu und erkennen kein Patent auf Leben an, auch keines aus den USA und dem Rest der Welt.
- **Religionen:** Aufhebung aller Privilegien einzelner Kirchen. Abschaffung der Kirchensteuer (wie alle anderen Vereine müssen Kirchen die Beiträge für ihre Mitglieder selbst einziehen). Kein Geld aus öffentlichen Haushalten für kirchliche / religiöse Einrichtungen, die Angestellte oder Kunden / Nutzer / Besucher diskriminieren. Wir setzen die Trennung von Staat und Religionen um. Durch eine aufklärende, sachliche Bildung lernen Kinder im Ethikunterricht in der Schule, dass alle weltweit 9.900 Religionen und Millionen von Göttern den gleichen Wahrheitsgehalt haben. ([mehr](#))
- **Rente:** In unserem System liegt die Mindestrente bei 2.000 € pro Person. Unser Rentensystem wird durch 3 Quellen finanziert: 1. (in der Übergangsphase im ersten Jahr) teilweise wie bisher durch den Rentenzuschuss aus dem Staatshaushalt. 2. durch ein privates Aktiensparkonto ausschließlich deutscher Aktien (dafür beseitigen wir Spekulationen, siehe oben unter „Finanzmarkt“ und [hier](#)). 3. Als Betriebsrente und Steuersparmodell von der Wirtschaft. Und zwar unabhängig davon, ob man dort gearbeitet hat (also keine klassische, sondern eine moderne Betriebsrente). Wie unser gesamtes Rentensystem funktioniert, siehst Du [hier](#). Renten können auch gern an einen Wohnsitz im Ausland überwiesen werden (Vorteile: Lebensqualität / Freiheit der Rentner, mehr freie Wohnungen im Inland, Entwicklungshilfe für das Land des Wohnsitzes).  
 Bonus: Durch die unter 2. genannten Aktiensparkonten werden binnen ca. 7 Jahren die Bürger – und damit auch Du – zu den alleinigen Aktionären / Eigentümern aller deutschen Aktiengesellschaften. Den gesamten Aktienfonds verwaltet die heutige [Deutsche Rentenversicherung Bund](#). ([mehr](#))
- **Sozialismus:** Lehnen wir ab, da er [zwangsläufig immer scheitern muss](#).
- **Sterbehilfe:** Niemand hat das Recht, über das Leben und den Tod von Menschen zu bestimmen – außer den betroffenen Menschen selbst. Wir legalisieren Sterbehilfe, begleitet von psychologischer Hilfe, Hospizen und der Suche nach Alternativen. Voraussetzung ist eine tödliche Krankheit, die von starken Schmerzen begleitet wird.
- **Tierschutz:** In Phase 1 (Tag 1, ab dem wir Regierungspartei wären) werden die Massentierhaltung per Gesetz möglichst „erträglich“ für die Tiere machen. Das heißt: Artgerechte Tierhaltung mit ausreichenden Flächen, Rückzugsmöglichkeiten, etc. Das wird Fleisch erheblich verteuern. Was kein Problem ist, da Fleisch heute in Deutschland absurd billig ist. Die Fleischpreise werden bei etwa 50% über Bio-Fleisch liegen (das nicht ausreichend artgerecht ist). Da die Kaufkraft der Bürger mit unserem „Arbeitsmarkt Balance System“ erheblich steigt, steigt der Fleischpreis zwar absolut (in Euro), aber nicht real (in Relation zur Kaufkraft).  
 Phase 2 leiten wir sofort ein: Massive finanzielle Unterstützung der Forschung und Entwicklung von künstlichem Fleisch ([In-vitro-Fleisch](#)). Auch die Tierschutzorganisation [Peta unterstützt das](#). Die Herausforderung ist vor allem, Geschmack, Konsistenz und Optik des „IV-Fleisches“ zu akzeptablen Preisen zu erreichen. Auch der [Verzicht auf Kälberserum / Jungtierserum](#) ist nötig. Das ist nur eine Frage der Zeit. Dann stehen Verbraucher vor der Frage: Fleisch, für das Tiere geschlachtet werden mussten, oder Fleisch, für das kein Tier gelitten hat? Nach und nach wird sich IV-Fleisch durchsetzen.  
 Weitere Punkte: Verbot von nicht artgerechten Tiertransporten, Verbot der Herstellung, des Verkaufs und des Imports von Pelzen, massive finanzielle Unterstützung afrikanischer, südamerikanischer und asiatischer Länder bei der Einrichtung und Sicherung von Naturschutzgebieten / Wildreservaten.

- **Überwachungsstaat:** Unnötig zu sagen, das wir den Überwachungswahn beenden. Wer einen Terroranschlag plant und nicht völlig verblödet ist, kommuniziert nicht per Email oder Telefon. Kein bisheriger Terroranschlag wurde durch Überwachung verhindert. Wenn Innenminister die Behauptung in den Raum stellen, durch Überwachung seien Anschläge verhindert worden, sollen sie die Details nachprüfbar veröffentlichen. Selbst wenn der eine oder andere Anschlag verhindert worden ist, liegt die Wahrscheinlichkeit, einem Terroranschlag zum Opfer zu fallen, unter der, von einem Blitz getroffen zu werden. Was wir allerdings beibehalten werden, sind [Überwachungskameras auf Bahnhöfen](#), in Bussen und Bahnen und an Orten, an denen die Präsenz von Kameras Raub, Diebstahl und [Körperverletzungen verhindern](#) kann. Wir ergänzen das durch Lautsprecher, mit denen die Leitzentralen die Täter darauf hinweisen, dass sie gefilmt werden, und dass die Polizei bereits unterwegs ist.
- **Umweltschutz:** Im Grunde genommen der einfachste Programmpunkt: Es ist allgemein bekannt, was zu tun ist. Zahlreiche Fachleute haben zahlreiche Konzepte in der Schublade von Hanf (Baustoff, Altpapier, Textilien) und Recycling (Cradle to Cradle) über saubere Energiequellen, Elektro- / Wasserstoff-Fahrzeuge und die Minimierung des Seeverkehrs (Frachtschiff-Emissionen) bis zum Einsammeln des Plastikmülls in den Ozeanen. Fehlen nur der politische Wille (haben wir) und die finanziellen Mittel ([haben wir](#) auch).
- **Verbraucherschutz:** Die Regierungsparteien schützen die Industrie vor den Verbrauchern, weil sie von der Industrie „gesponsert“ werden. Wir sind nicht nur frei von Korruption und haben die Absicht, Verbraucherschutz umzusetzen. Wir machen mit [„temporären Bürgerparlamenten“](#) die Verbraucher zu den einzigen Entscheidern im Verbraucherschutz!
- **Verkehr:** Mit den Überschüssen des Staatshaushalts finanzieren wir den öffentlichen Personenverkehr. Nicht nur der Nahverkehr ist dann gratis, sondern auch der Fernverkehr. In München mit dem Bus zum Hauptbahnhof zu fahren, mit dem ICE nach Hamburg zu fahren und dort mit der U2 zu Hagenbecks Tierpark zu fahren, kostet keinen Cent. Konsequenz wird auch die Verlagerung von Autofahrten auf Bahnfahrten werden. Dementsprechend bauen wir das Bahnnetz aus, vor allem durch mehr und längere Züge, längere Bahnsteige, Doppel-Etagenzüge und kürzere Taktungen. Sitzplätze können gratis reserviert werden. Massive Verlagerung des Güterverkehrs auf die Bahn durch eine sehr hohe Lkw-Maut und die Nutzung des Schienennetzes zum Selbstkostenpreis sowie Ausbau der Güterverkehrsstrecken, kürzere Taktungen, etc. Beseitigung des Investitionsstaus bei Straßen- und Brückenreparaturen. Bei Elektrofahrzeugen und Wasserstofffahrzeugen lösen wir das Henne-Ei-Problem und bauen ein flächendeckendes, engmaschiges Netz aus Ladestationen und H2-Tankmöglichkeiten. Staus durch Baustellen werden minimiert, weil wir mehrere Straßenbauunternehmen aufkaufen und zur staatlichen Straßenbaugesellschaft verschmelzen, die Autobahnen und Bundesstraßen in kürzester Zeit aus 1 Hand bauen und sanieren. Ausschreibungen für Privatunternehmen und die damit verbundenen Wartezeiten und Koordinationsprobleme gibt es nicht mehr. Staureduzierung in Städten durch ampelfreie Kreuzungen mit Tunneln und Brücken. Massiver Ausbau von Tiefgaragen in Ballungszentren.
- **Vermögensbeschränkungen:** Wenn schon, dann richtig: 100% Vermögensteuer oberhalb eines Freibetrags von 30 Mio. € pro Haushalt. 99,7% aller Wähler sind davon nicht betroffen. Damit ist es mehrheitsfähig. Bei neo wird es mehr Reichtum, aber keinen Superreichtum mehr geben. Die Gier hat ein Ende bei 30 Mio. Renditedruck wird begrenzt. Die Betroffenen haben eine Möglichkeit, der Abgabe zu entgehen, allerdings nicht durch den Kauf von Häusern oder Unternehmensanteilen (dadurch wird Vermögen lediglich umgeschichtet, aber nicht verringert). Um es zu umgehen, muss man jeden Euro verkonsumieren, der das Vermögen über 30 Mio. € heben würde. So viel kann man gar nicht verkonsumieren? Eben! Mehr Infos und Antworten auf Fragen findest Du [hier](#).

- **Werte, Ziele und Philosophie:** Daraus leitet sich unser gesamtes Programm ab. Wie wir sie definieren, erfährst Du [hier](#).
- **Whistleblower:** Bei uns ist jeder Whistleblower, der gesetzwidrige Taten bekannt macht, straffrei. Whistleblower wie Edward Snowden und Chelsea Manning erhalten Asyl und Zeugenschutz. Geschäftsgeheimnisse sind überhaupt kein Argument zur Verteidigung von Straftaten.
- **Wirtschaftspolitik:** Mit dem „[Economic Balance System](#)“ erfinden wir Wirtschaftspolitik neu. Kein Gegeneinander mehr von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern ein System, das allen nutzt: Arbeitnehmern, Unternehmern, Arbeitsuchenden, Rentnern, öffentlichen Haushalten, Familien, Kindern – kurz: Der gesamten Gesellschaft. Das wir nicht nur die beste Partei für die unteren 90%, sondern auch für Unternehmer sind, erläutern wir [hier](#).
- **Wirtschaftswachstum:** Ausstieg aus dem unmöglichen ewigen Wachstumszwang. Umstieg auf ein Wirtschaftssystem, das ohne Wachstum funktioniert. ([mehr](#))
- **Wohnen:** Mit 18 Maßnahmen senken wir Mieten und Kaufpreise. Wohnungen und Häuser werden für alle erschwinglich. Mieten sinken in den meisten Fällen (längst abgeschriebene gebäude) auf maximal 5 € pro Quadratmeter. Darüber maximal 5% Profit, und das auch nur für bis zu 3 Wohnungen pro Vermieter. Grundstücke werden drastisch billiger, Grundsteuer und Grunderwerbssteuer sowie Notarpflicht werden abgeschafft. Beteiligung von Eigentümern und Mietern an Straßen- und Leitungsarbeiten werden abgeschafft. Spekulanten fliegen raus. Baukosten sinken, Auflagen werden abgebaut. Selbst ein Grundeinkommensbezieher kann sich den Kauf einer Wohnung leisten. Spekulationen mit Wohnraum und Grundstücken machen wir unmöglich. ([mehr](#))
- **Zuwanderung:** Wir sind für Asyl, aber gegen eine freie Zuwanderung. Mehr zum Thema Zuwanderung: Siehe unten

## Das Programm in Details

# Abschaffung von Berufspolitikern und Entmachtung von Parteien, temporäre Bürgerparlamente (Los statt Wahlen)

Zu den Kernelementen von neo gehört die Demokratie. **Denken wir Demokratie neu. Und zwar so, wie sie bestmöglich sein sollte.**

Was bringt Deiner Meinung nach bessere politische Entscheidungen? Variante A:

1. 61,5 Mio. Wahlberechtigte, die sich gar nicht mit allen politischen Themen beschäftigen können (und wollen), die größtenteils schlecht informiert sind und aus einer winzigen Auswahl Parteien und Karrieristen wählen? Wobei die Karrieristen / Abgeordnete nur Abnicker der Befehle ihrer Chefs sind?
2. Kanzler, deren Hauptqualifikation darin besteht, sich in den Machtkämpfen einer Partei durchgesetzt zu haben?
3. Minister, die aus parteipolitischen Gründen ohne wirkliche Eignung ein Ministerium zugeschustert bekommen?
4. Berufspolitiker, die die Bevölkerung überhaupt nicht repräsentieren, weder in ihrer Zusammensetzung (extrem viele Anwälte und Beamte, keine Rentner, keine Arbeitslosen, keine Geringverdiener, wenig Frauen, etc) noch in ihren persönlichen Eigenschaften (nach der Universität direkt im Parteiapparat Karriere gemacht und [nie das Leben der normalen Arbeitnehmer kennengelernt](#))?

Oder Variante B:

1. **Jeweils** 1.000 bestens informierte Bürger als Abgeordnete, die repräsentativ für die Bevölkerung sind, und die Zeit und Motivation haben, sich in 1 einziges Thema zu vertiefen und darüber zu entscheiden?
2. Kanzler/innen, die überhaupt keiner Partei angehören müssen und direkt von der Wählern gewählt werden?
3. Minister/innen, die Integrität und Expertise auf ihrem Gebiet besitzen und als beste Alternative direkt von den Wählern gewählt werden?
4. Menschen, die von den Gesetzen, die sie beschließen, selbst betroffen sind?

Was Du auf dieser Seite liest, ist unsere Diskussionsgrundlage für Variante B – und unsere Vision einer demokratischen Zukunft. Wir könnten Bücher damit füllen (haben einige Autoren bereits getan, siehe unten), aber wir fassen es auf dieser Webseite so kurz wie möglich und so umfassend wie nötig zusammen. Hast Du noch bessere Ideen? Möchtest Du an Details feilen? Dann [mach mit!](#)

## Vision und Vorteile

Welche Vorteile hätte die oben genannte "Variante B"? Also Abgeordnete für jeweils 1 Entscheidung, die zufällig per Los statt durch Wahlen bestimmt würden sowie direkt gewählte Kanzler und Minister? Stell Dir mal vor, was für eine Demokratie dies wäre:



- Parteien entscheiden nichts mehr. Sie werden zu reinen Debattierclubs. Für Karrieren sind sie irrelevant. Damit sind sie für Karrieristen uninteressant, was ihre Mitgliederzahlen auf die wirklichen Anhänger beschränkt.
- Es gibt keine "politische Klasse" mehr, die Dinge beschließt, die sie selbst nicht betreffen (Rente, Arbeitsmarkt, etc.).
- Die Personen, die die Wähler für die fähigsten halten (und die in keiner Partei sein müssen), werden Kanzler/innen und Minister/innen.
- Alle bisherigen politischen Karrieren sind beendet. Alle bisherigen Politiker lernen den Arbeitsmarkt kennen.
- Es gibt keine Regierungsfraktionen und keine Opposition mehr. Politische Entscheidungen treffen motivierte, informierte, freie und repräsentative Bürger.
- Es gibt keinen Wahlkampf mehr und keine diesbezüglichen unerwünschten Effekte. Keine leeren Versprechungen, keinen populistischen Stimmenfang.
- Richterämter (vor allen am Bundesverfassungsgericht) werden nicht mehr von Parteien besetzt.
- Im TV gibt es keine unsäglichen Parteienvertreter mehr in den unsäglichen Talkshows.
- Die Farce parlamentarischer Reden wird beendet, bei der nur die Mächtigsten und deren Minions zu Wort kommen, während Abgeordnete, die eine andere Meinung als die eigene Parteiführung haben, keine Redegelegenheit bekommen. Die Reden sind auch deshalb nur Show, weil sie keinerlei Einfluss auf die Abstimmungen haben.
- Ohne Wahlen gibt es auch keine Möglichkeit einer Wiederwahl. Damit entfällt das Motiv, kurzfristige schlechte statt langfristige bessere politische Entscheidungen zu treffen.
- Du hast nicht mehr die Qual der Wahl, nur 1 Partei wählen zu können, obwohl keine Partei komplett mit Deinen Zielen und Wünschen übereinstimmt. Wenn Du zum Beispiel gegen Zuwanderung bist und deshalb die AfD wählst, wählst Du mit der AfD zwangsläufig die Partei, die Arbeitnehmern, Rentnern und Familien am meisten schadet. Wenn Du wegen der Umweltpolitik die Grünen wählst, wählst Du eine neoliberale Partei, die für Niedriglöhne und hohe Mieten mitverantwortlich ist. Wenn Du die Linke wählst, wählst Du eine grenzenlose Zuwanderung mit explodierenden Mieten und einem Druck auf die Löhne der unteren Einkommensklassen. Bei den "Bürgerparlamenten" geht hingegen es immer nur um einzelne Abstimmungen. Bei jeder Abstimmung geht es ausschließlich um die jeweilige einzelne Sachfrage.

## Infos und Quellen:

- [Timo Rieg](#) erläutert seine Version des Konzepts im Telepolis-Salon "[Lösen statt Wählen](#)" und in seinem Buch "[Demokratie für Deutschland](#)".
- David Van Reybrouck erläutert seine Version des Konzepts in seinem Buch "[Gegen Wahlen](#)".
- Im "Guardian" bietet Van Reybrouck einen Einstieg in das Thema unter "[Warum Wahlen schlecht für die Demokratie sind](#)".
- Georg Diez vom "Spiegel" griff es auf und begrüßte die Idee mit "[Wir müssen Demokratie neu denken](#)".

Die Idee ist nicht neu. Bereits im Athen der Antike gab es vor rd. 2.500 Jahren Bürgerparlamente, deren Abgeordnete per Losverfahren bestimmt wurden. Das funktionierte besser als mit Berufspolitikern, hatte aber auch gewollte Mängel: Frauen und Sklaven waren ausgeschlossen. Heute ist ein ähnliches [System in Oregon im Einsatz \(Erklärung in deutsch\)](#).

## Optionen und Diskussionsgrundlagen

Es gilt nun, eine gute Idee auf einen Staat mit vielen Millionen Bürgern zu übertragen. Dabei gibt es mehrere Optionen, über die wir mit Dir diskutieren wollen, um die bestmögliche Lösung zu finden:

- a. **Mandatsdauer:** Begrenzung auf 1 Woche, wie es [Timo Rieg vorschlägt](#)? Oder für 1 Monat, 3 Monate, 1 Jahr, 4 Jahre? Oder ganz ohne zeitlichen Bezug, sondern begrenzt auf 1 Abstimmung (siehe nächster Punkt b)?
- b. **Abstimmungsumfang:** Zur Debatte stehen 2 Optionen: Die teilnehmenden „Abgeordneten auf Zeit“ stimmen entweder über alles ab, was in ihre Mandatszeit fällt (siehe Punkt a). Oder sie stimmen (z.B. innerhalb von 14 Tagen) nur über 1 Thema / Gesetzesvorschlag ab. Letzteres schlagen wir vor.
- c. **Eignung:** Sollen nur Bürger in Frage mitmachen dürfen, die bestimmte Kriterien erfüllen? Welche Kriterien sollen das sein? Sinnvoll erscheinen zwei Kriterien: Ein (zu definierender) Mindest-Intelligenzquotient (z.B. 95 oder 100) sowie ein bestandener Wissenstest (nicht zu schwer, nicht zu leicht)
- d. **Berechtigung:** Wir schlagen vor, das heutige Wahlrecht in dieser Hinsicht zu adaptieren:
  - a. Bei Gesetzen, die bundesweit gültig sind, dürfen nur deutsche Staatsbürger abstimmen.
  - b. Bei Gesetzen, die nur für ein Bundesland gelten sollen, dürfen nur Bürger des Bundeslands abstimmen.
  - c. Bei Abstimmungen auf kommunaler Ebene haben alle EU-Bürger Stimmrecht in ihrer Gemeinde.
  - d. Bei Abstimmungen auf EU-Ebene haben EU-Bürger unabhängig von ihrem Wohnort ein Stimmrecht (dieser Punkt ist am schwierigsten umzusetzen, da hier die Parteienvertreter aller EU-Länder zustimmen müssten; Das wird erst etwas, wenn dieses Konzept in allen EU-Ländern umgesetzt ist).
- e. **Motivation:** Sollen nur Freiwillige mitmachen, die entsprechend motiviert sind, oder (als Pflicht wie bei amerikanischen Geschworenen-Gerichten) alle Bürger – auch wenn sie gar keine Lust dazu haben? Unser Vorschlag: Nur Freiwillige. Es steht jedem Bürger frei, mitzumachen.
- f. **Transparenz:** Das Auswahlverfahren geschieht mit einer Open Source Software und ist daher transparent und manipulationssicher. Bei den abstimmenden Teilnehmern gibt es 2 Optionen: Anonym oder namentlich erkennbar, wer wofür gestimmt hat. Wir schlagen Letzteres vor: Wie auch in den bisherigen Parlamenten muss man von politischen Entscheidern erwarten können, dass sie zu ihren Abstimmungen stehen. Voraussetzung: Nur Freiwillige (siehe oben, Punkt e. „Motivation“). Wer nicht mit seinem Namen zu seiner Entscheidung stehen will, muss nicht teilnehmen. Wichtig: Die Namen werden erst **nach** der Abstimmung veröffentlicht.
- g. **Gruppengröße:** Je größer eine Gruppe ist, desto irrelevanter sind statistische Ausreißer. Das ist auch bei Meinungsumfragen so. Als Mindestgröße für eine aussagefähige Umfrage gilt eine Personengruppe von 1.000 Befragten. Das halten wir auch hier für sinnvoll. Vor allem, wenn es kein dauerhaftes Parlament ist, sondern viele Kurzzeit-1-Themen-Parlamente (Punkte a. und b.).
- h. **Repräsentanz:** Repräsentanz braucht Quoten, da sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erfahrungsgemäß unterschiedlich stark engagieren. Frauen engagieren sich politisch leider weniger als Männer, Einkommensschwache engagieren

heute sich viel weniger als Besserverdiener, Kinder sind bisher überhaupt nicht repräsentiert. Die regionale Herkunft ist hingegen automatisch repräsentativ genug. Als Kriterien stimmberechtigter Bürger schlagen wir folgende Quoten vor:

- a. Altersgruppen: Unterteilung in 20 gleich große Gruppen entsprechend der Bevölkerungsstruktur, ab Null Jahre (dabei Repräsentanz der Interessen von Kindern: Elternteile stimmen stellvertretend für ausgeloste Kinder ab)
- b. Geschlecht: 50% Frauen, 50% Männer
- c. Vermögen: Verteilung entsprechend der Vermögen (damit ist das obere 1% nur zu 1% repräsentiert – ein Riesenfortschritt für die Gesellschaft!). Da unser Programm eine ganz besondere Steuer auf sehr hohe Vermögen enthält, würden hierzu auch die nötigen Daten erhoben.

## Unser Vorschlag: Bürgerparlamente

Die Bürger in einem Bürgerparlament (Bürgerparlamentarier = „BP“) haben eine einzige Aufgabe: Entscheidungen treffen. Dabei erhalten sie von der „BEVIN“ (siehe unten, ähnlich dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags) die bestmögliche Unterstützung und umfassende Entscheidungsgrundlagen. In Anbetracht der Unfreiheit und Inkompetenz der meisten Abgeordneten sind freie, motivierte Durchschnittsbürger die bessere Alternative.

Konkret sähe es unser Vorschlag (als Diskussionsgrundlage, die wir gern mit Dir weiter entwickeln) so aus:

1. Bürger, die die Motivation für ein Bürgerparlament besitzen, bewerben sich auf einer zentralen Website (Bundesebene) bzw. auf einer Website des Bundeslandes (Entscheidungen auf Landesebene).
2. Die Administration des Systems lädt sie zu einem IQ-/Logik-Test (wie er heute vor der Finanzierungszusage einer Umschulung durch die Bundesagentur für Arbeit üblich ist) sowie einem Eignungstest (psychische Eignung, Empathie, Erinnerungsvermögen, etc) ein. Die Tests sind so einfach, dass zumindest 50% der Bewerber bestehen, und nicht zu einfach, so dass diejenigen außen vor bleiben, die wirklich ungeeignet sind. Wer besteht, hat eine dauerhafte Berechtigung. Wer nicht besteht, darf sich nach einer Frist von 1 Jahr erneut bewerben.
3. 1.000 BP nehmen an jeder Abstimmung teil. Sie werden per Open Source Software zufällig ausgewählt. Dabei sorgt die Software dafür, dass die BP hinsichtlich der Kriterien Altersgruppen, Geschlecht und Vermögen repräsentativ zur Bevölkerung ausgewählt werden.
4. Die BP werden zufällig einzelnen Abstimmungen zugeordnet (ca. 10 pro Monat).
5. Bis zur Abstimmung ist der genaue Termin jeder Abstimmung geheim.
6. Bis zur Abstimmung sind die Namen der BP geheim. Die BP werden vereidigt, ihre Beteiligung geheim zu halten. Nach der Abstimmung werden ihre Namen und ihre Entscheidung veröffentlicht. Da nur Freiwillige mitmachen, ist niemand gezwungen, öffentlich zu einer Entscheidung zu stehen. Die Veröffentlichung der Namen sichert, dass alle Abstimmungen transparent und unverfälscht sind, und dass die BP (wie Abgeordnete in einer namentlichen Abstimmung) hinter ihrer Entscheidung stehen.
7. Einer Standard-Abstimmung geht eine 30-tägige Meinungsbildungsphase für das eine Thema voraus. Von der Einladung bis zum Start der Meinungsbildungsphase ist 1 Woche angesetzt. Abstimmungen mit Zeitdruck / Priorität werden je nach Dringlichkeit binnen 1-7 Tagen angesetzt, mit entsprechend kurzer Meinungsbildungsphase.

8. Die BP erhalten für ihre 30 tägige Teilnahme bezahlten Urlaub. Die Kosten trägt der Staatshaushalt. Die Teilnehmer sind vom Arbeitgeber per Sonderurlaub freizustellen.
9. Die BEVIN (siehe unten) erstellt in neutraler Weise die bestmöglichen Entscheidungsgrundlagen mit allen relevanten Argumenten und Gegenargumenten. Es steht den BP frei, sich aus beliebigen Quellen über das eine einzige Thema zu informieren, über das sie entscheiden.
10. Es stehen nicht nur „ja“ und „nein“, sondern verschiedene Varianten zur Auswahl. Als beschlossen gilt nur, was mindestens 50,1% der Bürger befürworten. BP haben dabei neben Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung eine weitere Möglichkeit: Die Entscheidung „keine Variante ist akzeptabel, Wiedervorlage nach Überarbeitung“ mit Nachricht an die BEVIN, was genau das Problem ist und was der BP stattdessen wünscht. Die BEVIN sichtet die Widersprüche und Wünsche, formuliert überarbeitete Versionen und legt diese schnellstmöglich erneut vor.
11. Findet ein Gesetzentwurf spätestens im 3. Wahlgang keine Mehrheit, gilt er als abgelehnt.

Eine interessante Variante ist das [„systemische Konsensieren“](#). Dabei wird jeder Vorschlag von jedem Bürgerparlamentarier mit sogenannten „Widerstandspunkten“ bewertet. Null Punkte bedeutet dabei „Kein Widerstand“ bzw. „diese Lösung kann ich mittragen“. Die höchste zu vergebende Punktezahl ist 10 und bedeutet „starker Widerstand“ bzw. „ich lehne diesen Vorschlag entschieden ab“.

Damit ein Vorschlag zum Gesetz wird, muss er erstens die niedrigste Punktzahl haben und zweitens unter einem zu definierenden Prozentsatz liegen.

## Entscheidungsvorbereitung mit der “BEVIN”

Damit die Bürger in den Bürgerparlament ihre einzige Aufgabe – Entscheidungen treffen – bestmöglich erfüllen, erhalten sie die bestmögliche Unterstützung und umfassende Entscheidungsgrundlagen. Damit sind wir bei einer der wichtigsten Fragen jeder Demokratie:

### Wer entscheidet, worüber abgestimmt wird?

Heute entscheiden die Vorstände der Regierungsparteien über Gesetzesvorlagen. Und das auch meist noch in Paketen mehrerer Gesetze, ohne Graustufen, nur mit Ablehnungs- oder Zustimmungsmöglichkeit. Das Stimmvieh im Parlament nickt die Farce nur noch ab.

Unser Vorschlag:

1. Jeder Bürger und jede im Inland ansässige Organisation kann formlose oder ausformulierte Gesetzentwürfe einreichen, wie beim heutigen Petitionsausschuss des Bundestags. Organisationen sind z.B. Bürgerinitiativen, Vereine, Greenpeace, attac, Verbraucherschutzverbände, economy4mankind, ADAC, BUND, Parteien, Kinderschutzbund, Tierschutzverein und Lobbygruppen jeglicher Art. Unternehmen gehören nicht dazu (Unternehmen beauftragen ohnehin ihre Lobbyisten).
2. Wer einen Gesetzentwurf einreichen will, muss 1.000 beglaubigte Unterschriften (ähnlich [§ 39 Bundeswahlordnung](#)) von Wahlberechtigten vorlegen. Die Unterzeichner dürfen keine Mitglieder / Angestellten der eigenen Organisation sein (sonst würden große Organisationen einfach ihren Mitgliedern anordnen).

3. Die vom Staat finanzierte Behörde „**BEVIN**“ („**B**ürger-**E**ntscheidungs-**V**orbereitungs-**I**Nstanz“) agiert ähnlich wie der heutige Petitionsausschuss des Bundestags. Dort sortieren Beamte alle eingehenden Gesetzentwürfe in 3 Gruppen:
  1. Mehrfacheinreichungen: Was bereits als Gesetz existiert, in den letzten 5 Jahren bereits durch das Bürgerparlament abgelehnt wurde und was offensichtlich als Scherz gemeint ist (Einreichungen von „Die Partei“, „Postillon“, etc), wird abgewiesen.
  2. Hohe Priorität: Wichtige Einreichungen (dringende Reaktion auf akutes Problem) erhalten Priorität und werden binnen 2-4 Wochen zur Entscheidung vorbereitet.
  3. Niedrige Priorität: Weniger dringliche Einreichungen werden binnen 12 Monaten zur Entscheidung vorbereitet. Je mehr Gesetzentwürfe jemand einreicht, desto weiter sinkt die Priorität (in absteigender chronologischer Reihenfolge).
4. Die BEVIN erstellt in neutraler Weise die bestmöglichen Entscheidungsgrundlagen mit allen relevanten Argumenten und Gegenargumenten. Damit Neues eine Chance hat, werden die Entscheidungsvorbereiter alle 2 Jahre ausgetauscht.
5. Es stehen nicht nur „ja“ und „nein“, sondern verschiedene Varianten zur Auswahl. Als beschlossen gilt nur, was mindestens 50,1% der Bürger befürworten. Bürger-Abgeordnete haben dabei neben Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung eine weitere Möglichkeit: Die Entscheidung „keine Variante ist akzeptabel, Wiedervorlage nach Überarbeitung“ mit Nachricht an die BEVIN, was genau das Problem ist und was der Bürger stattdessen wünscht. Die BEVIN sichtet die Widersprüche und Wünsche, formuliert überarbeitete Versionen und legt diese schnellstmöglich erneut vor.
6. Findet ein Gesetzentwurf spätestens im 3. Wahlgang keine Mehrheit, gilt er als abgelehnt.

## **Unser Vorschlag: Direktwahl von Kanzler und Ministern**

Dieser Punkt wird oft vorgeschlagen und muss nicht weiter erklärt werden. Aber die Details wollen wir mit Dir diskutieren und definieren:

1. Jeder Bürger darf als Kanzler(in) oder Minister(in) kandidieren.
2. Damit nicht Millionen Kandidat(inn)en die Wahl unmöglich machen, muss es ausreichend eingegrenzt werden. Zum Beispiel dadurch, dass man – ähnlich wie in der heutigen Bundeswahlordnung (BWO) – eine Mindestanzahl an beglaubigten Unterstützungsunterschriften sammeln muss, um als Kandidat auf dem Wahlzettel zu erscheinen. Wir schlagen folgende Zahlen vor: 10.000 Unterschriften zur Zulassung als Ministerkandidat und 30.000 Unterschriften zur Zulassung als Kanzlerkandidat, beides (im Unterschied zur BWO) binnen eines Jahres und in beliebigen Bundesländern.
3. Kanzler und Minister werden für 4 Jahre gewählt.
4. Kanzler und Minister haben das Recht, dem Bürgerparlament direkt (ohne Filter des BEVIN, siehe oben, aber mit dessen Entscheidungsgrundlagen) Gesetzentwürfe zur Abstimmung vorzulegen.
5. Eine Möglichkeit der Wiederwahl gibt es nicht. Wer ein solches Amt bekleidet, soll es eilig haben, möglichst viel zu erreichen, statt auf eine Wiederwahl hinzuarbeiten.
6. Jeder Bürger darf ein Misstrauensvotum (technisch ähnlich einer Onlinepetition) einreichen, um einen Kanzler oder Minister abzusetzen. Da immer jemand unzufrieden ist, wäre das ein Dauerzustand (an den man sich gewöhnt). Deshalb sind 10% der Wahlberechtigten als Unterstützer nötig, um eine Absetzungswahl zu veranlassen, und über 50% der abgegebenen gültigen Stimmen bei der anschließenden Abwahl, um eine sofortige

Absetzung zu vollziehen. Damit sind zumindest die schlimmsten „Betriebsunfälle“ korrigierbar.

## Antworten auf Fragen / Gegenargumente

### Haben sich Wahlen denn nicht bewährt?

Wir erinnern uns: Hitler („[Godwin's Law](#)“ lässt sich hier nicht vermeiden) wurde gewählt. Erdogan, Trump, Berlusconi, Schröder, Reagan, George W. Bush, Blair, Thatcher, Rajoy, Sarkozy, Bill Clinton, Trump und viele andere „Problemfälle“ (um es höflich auszudrücken) wurden gewählt. Oft in medial und strukturell manipulierten „Wahlen“. Wahlen bewirken nicht, dass der Wille der Wähler umgesetzt wird. Wahlen haben sich ja gerade **nicht** bewährt.

### Sind heute nicht die besten Leute in der Regierung?

In der Buchrezension „[Per Losverfahren soll das Stimmvieh mündig werden](#)“ meint die FAZ-Redakteurin, dass im heutigen System „Leute mit den besten Fähigkeiten die Regierung bilden“, und dass „davon die Gesellschaft profitiere“.

Wenn es nicht so traurig wäre, würde man lachen. Die meisten (nicht alle!) heutigen Bundestagsabgeordneten sind ängstliche, uninformierte, gleichgültige und fachlich unqualifizierte Parteisoldaten, die immer gehorsam so abstimmen, wie es die Partei- und Fraktionschefs befehlen. Das sieht man ja am Abstimmungsverhalten: Z.B. in der CDU stimmen **immer alle** Stimmviecher so, wie der Fraktionschef es befiehlt. Sobald ein Thema etwas komplexer ist, haben Abgeordnete in der Regel überhaupt keine Ahnung, über was sie abstimmen.

Minister sind auch in den seltensten Fällen wirklich gute Leute. Minister werden fast immer Quereinsteiger, die bisher keine Erfahrung mit ihrem Ressort hatten, aber gemäß Landesverbands-Proporz, Geschlechterquote und vor allem gemäß Parteikarriere an ihr Amt gelangen. Verteidigungsministerin von der Leyen demonstriert mit ihren Beraterstäben eindrucksvoll, dass Kompetenz und Amt nicht zwangsläufig zusammenhängen.

Kanzler wird man als Sieger innerparteilicher Machtkämpfe. Kanzler und Kopf der Volkswirtschaft wird man, ohne etwas von Volkswirtschaft zu verstehen.

Demokratie war nachweislich noch nie eine Regierung der Besten.

In den Parlamenten sitzen fast ausschließlich Leute, deren größte Fähigkeit darin besteht, Seilschaften zu bilden, um auf vordere Listenplätze ihrer Parteien gesetzt zu werden. Viele haben auch einfach nur Sitzfleisch, und zu den Lösungen der Probleme der Gesellschaft tragen sie nichts bei. Das könnten sie nicht einmal, wenn sie wollten, da sie als Parteisoldaten durch den Fraktionszwang dem Willen ihrer Fraktions- und Parteichefs unterworfen sind.

Wer richtig gut ist, unterwirft sich keinem Fraktionszwang – und kann deshalb nichts erreichen. Von den Besten und Geeignetsten geht daher fast niemand in die Politik.

### Was ist mit Entscheidungen, die sofort getroffen werden müssen?

Es gibt so gut wie keine Entscheidungen, für die nicht einmal ein Monat Zeit zur Entscheidung ist.

Wirklich kurzfristig müssen nur sehr seltene und unwahrscheinliche Dinge entschieden werden: Was tun wir, wenn ein Atomreaktor in Deutschland, Belgien, Frankreich oder Tschechien eine Kernschmelze hat und weite Gebiete radioaktiv verseucht werden? Was tun wir bei einer Hochwasserkatastrophe? Für solche Fälle gibt es Behörden mit erfahrenen und kompetenten Beamten, die einfach nur Protokolle umsetzen.

Außenpolitisch ist Deutschland ohnehin bedeutungslos, so dass sich bei internationalen Krisen für Deutschland gar nicht die Frage stellt, wie man binnen Stunden und Tagen reagieren sollte (z.B. auf den neuesten impulsiven Tweet von Trump).

Die Frage beschränkt sich also auf extrem seltene Vorfälle, die a) unvorhersehbar und b) binnen Stunden und Tagen entschieden werden müssen. Was soll das sein?

### **Wie ernst nehmen die Bürger ihre Verantwortung?**

Jurys für Strafverfahren, die durch Los entschieden werden, beweisen, dass Menschen einer solchen Verantwortung in der Regel sehr ernst nehmen. Die Angst vor Bürgern, die sich rücksichtslos oder unverantwortlich verhalten, ist unbegründet.

Wenn 12 Bürger in gutem Glauben über Schuld oder Unschuld bzw. über die Freiheit oder Inhaftierung eines Menschen entscheiden können, dann können ausreichend viele von ihnen (es müssen ja gar nicht alle sein, sondern nur die Mehrheit von 1.000) verantwortungsvoll den Interessen der Allgemeinheit dienen.

### **Gehen durch z.B. 1.000 entscheidende Bürger nicht 62 Mio. Wählerstimmen verloren?**

In der bisherigen Parteien-Demokratie kann man wählen, wen man will: Am Ende haben maximal 2 Parteien eine Chance, den Regierungschef zu stellen. In der Parteien-Demokratie bestimmt eine winzige Funktionärsclique über die Politik, und der Rest der Parteien gehorcht.

Bei temporären Bürgerparlamenten ist die Vielfalt der Meinungen und Stimmen am größten. Alle rd. 62 Mio. wahlberechtigten Bürger haben einen unendlich größeren Einfluss auf die Politik, als bloß alle 4 Jahre das geringste Übel zu wählen.

### **Brauchen wir nicht wegen der langen Einarbeitungszeit Berufspolitiker?**

Das wandte u.a. der erzkonservative Michael Spreng ein (Ex-Chefredakteur von „Bild am Sonntag“ und Wahlkampfmanager von Gerhard Schröder und Edmund Stoiber), als der Bundesvorsitzende von neo beim Casting der ZDF-Show „Ich kann Kanzler“ unser Konzept zur Parteien-Entmachtung vorstellte.

Nach spätestens 3 Monaten sollten Abgeordnete ihren Job beherrschen. Schließlich stimmen sie von Tag 1 ihres Mandats an über Gesetze ab.

Tatsächlich fliegt man in jedem Job zu Recht raus, wenn man nach spätestens 3 Monaten immer noch nicht begriffen hat, wie man seinen Job macht. Abgeordnete haben nur 1 Job: Entscheidungen treffen. Alles andere erledigen andere, vor allem in den Verwaltungsapparaten von Parlamenten und Ministerien. Und selbst dazu brauchen sie keine Qualifikation.

Man könnte alle Bundestags- und Landtagsabgeordneten durch beliebige Bürger austauschen. Die Hand zu heben, wenn der Chef es befiehlt – das bekommt jeder hin.

### **Sind die Themen nicht zu komplex für die Bürger?**

Heutige Abgeordnete begreifen in den seltensten Fällen komplexe Themen. In der letzten Bundesregierung fällt uns bis auf Umweltministerin Barbara Hendricks niemand ein, der fachlich qualifiziert war und einen guten Job gemacht hat. Welche(r) Minister(in) im aktuellen Kabinett ist Ihrer Meinung nach der/ die beste für den Job?

Kanzleramts-Hausbesetzerin und „Schwäbische Hausfrau“ Merkel ist Volkswirtschaft fremd – und das als politischer Kopf der Volkswirtschaft.

Für die engagierten Bürger der Bürgerparlamente werden Themen, die zur Abstimmung stehen, entscheidungsreif von Stabsstellen aufbereitet, im Unterschied zu heutigen Abgeordneten allerdings mit allen Pros und Contras. Zusätzlich haben sie die Motivation und 14 Tage lang die Möglichkeit, sich in 1 einziges Thema einzuarbeiten. Danach eine fundierte Entscheidung zu treffen, ist nun wirklich nicht schwierig

### **Führt es nicht ins Chaos, einzelne Minister zu wählen?**

Im Gegenteil. Heute werden Ministerien von politischen Karrieristen geleitet, denen aus Partei-Kalkül irgendein Ministerium zugeschustert wird. Qualifiziert sind sie meist nicht im Entferntesten.

- Vor allem Verteidigungsminister fallen durch einem Mangel an Kompetenz und mangelhaftes Durchsetzungsvermögen und den verheerenden Zustand der Bundeswehr auf.
- Verkehrsminister setzen Schnapsideen wie die Maut um, während Straßen und Brücken verfallen und der Güterverkehr immer mehr von der Bahn auf die Straße verlagert wurde.
- Innenminister setzen einen Überwachungsstaat um.
- Energieminister schützen Kohle- und Atommüllproduzenten.
- Minister für Justiz und Verbraucherschutz schützen die Industrie vor Verbrauchern.
- Landwirtschaftsminister agieren als Lobbyisten von Monsanto & Co.
- Gesundheitsminister agieren als Lobbyisten der Pharmaindustrie.
- Arbeitsminister verraten knallhart die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitslosen.
- usw.

Mit direkt gewählten und weisungsungebundenen Ministern bestünde erstmals die Möglichkeit, dass wirklich kompetente und integre Leute gewählt werden.

### **Sind Bürger nicht beeinflussbarer als Berufspolitiker?**

Im Gegenteil. Die Bürger-Abgeordneten der Bürgerparlamente:

- ...kennen keinen Fraktionszwang und sind im Gegensatz zu Berufspolitikern frei in ihren Entscheidungen.
- ...sind Bürger, die unmittelbar selbst mit den Auswirkungen ihrer eigenen Entscheidungen leben müssen und im Gegensatz zu Berufspolitikern nichts beschließen, was nur für andere gilt.
- ... werden erst nach der Entscheidung namentlich bekannt und sind bis dahin durch Anonymität geschützt. Da es ihnen untersagt ist, über ihre Aufgabe zu sprechen und da auch niemand weiß, welche Bürger welcher Entscheidung zugeordnet sind, haben Lobbyisten keine Chance, sie zu korrumpieren. Selbst wenn es den Lobbyisten gelänge, 10 Entscheider zu bestechen (was nur möglich ist, wenn sich die Bürger-Abgeordneten an die Lobbyisten wenden, um ihre Stimmen zu verkaufen), wäre erst 1 % der Entscheider korrumpiert. Berufspolitiker sind hingegen (gerade als Mitglieder von Fachausschüssen oder Vorstände von Parteien) den Lobbyisten bestens bekannt und auch durch ihre langfristige Adressierbarkeit das ideale Ziel für Korruption.

Beeinflussbar sind die Bürger-Abgeordneten durch die Menschen, mit denen sie leben, durch die Medien und durch die Entscheidungsgrundlagen, die sie vor ihrer Abstimmung erhalten.



## **Wie lassen sich mit diesem System politische Kompromisse erzielen?**

Das ist Teil des Systems der Bürgerparlamente. Es gibt nicht nur „ja“ und „nein“, sondern verschiedene Varianten zur Auswahl. Als beschlossen gilt nur, was mindestens 50,1% der Bürger befürworten.

Bürger-Abgeordnete haben 3 Möglichkeiten:

- Entscheidung für eine der Varianten
- Enthaltung
- Entscheidung „keine Variante ist akzeptabel, Wiedervorlage nach Überarbeitung“ mit Nachricht an die „Bürger-Entscheidungs-Vorbereitungs-Instanz“ (BEVIN), was genau das Problem ist und was der Bürger stattdessen wünscht. Die BEVIN sichtet die Widersprüche und Wünsche, formuliert überarbeitete Versionen und legt diese erneut vor (siehe oben).

Durch Möglichkeit 3 entstehen Kompromisslösungen.

## **Zahlenfragen: Wie oft wird abgestimmt? Wie viele Bürger müssen / dürfen teilnehmen?**

Die Bundestage der letzten Jahrzehnte stimmten über durchschnittlich rund 120 Gesetze pro Jahr ab. Das sind 10 Abstimmungen pro Monat.

Unsere Diskussionsgrundlage sind 1.000 (freiwillige und per Test qualifizierte) Bürger pro Abstimmung. Je weniger Bürger man nimmt, desto unrepräsentativer wird es. Je mehr man nimmt, desto schwieriger werden Kompromisslösungen. 1.000 halten wir für die ideale Größe, unter 500 sollten es nicht sein.

Bei jeder Abstimmung werden andere Bürger ausgewählt.

Man benötigt also 10.000 Bürger pro Monat. Bei 61,5 Mio. Wahlberechtigten sind das lediglich 0,016% der Wahlberechtigten.

Mal angenommen, 90% der Wahlberechtigten haben entweder keine Lust, oder sie lehnen sich zurück und vertrauen den Ergebnissen ihrer Mitbürger. Dann gäbe es 6,15 Mio. freiwillige und qualifizierte Bürger. Wenn jeder einmal abstimmt, dauert es 51 Jahre, bis man ein zweites mal dran wäre. Ein Ressourcenproblem gäbe es also nicht. Nicht einmal, wenn „nur“ 1 Million Menschen teilnehmen würden. Dann wäre jeder bei jeder 100. Abstimmung dabei.

## **Warum sollen unersetzliche Minister und Kanzler(in) nur 4 Jahre wirken dürfen?**

„Die Friedhöfe der Welt sind voller unersetzlicher Menschen.“ (Georges Clemenceau, ehemaliger Ministerpräsident Frankreichs)

Als Bildungsminister schwebt und jemand wie Gerald Hüther vor. Eine phantastische Wahl! Wer soll ihn ersetzen? Zum Beispiel Fritz Reheis. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Es gibt immer und für jeden Job viele richtig gute Leute. Keiner von ihnen war bisher in der Politik. Selbst die Politiker mit der angeblich größten Kompetenz haben bei ehrlicher Betrachtung völlig versagt.

Paradebeispiel: Wolfgang Schäuble, der überschätzteste Minister der letzten Jahrzehnte. Als Finanzminister hat er durch unterlassene Pflichtausgaben und gestrichene Investitionen die Zukunft verfrühstückt und nur durch diese Bilanzfälschung die angebliche „Schwarze Null“ produziert. Seine Griechenland-Austeritätspolitik war kontraproduktiv, gegen die Steuervermeidung der Konzerne hat er nie etwas unternommen. Er hat nie ernsthaft über das Steuersystem nachgedacht.

Eine Begrenzung auf 4 Jahre hat 2 riesige Vorteile:

- Die Amtsträger haben es eilig, etwas zu erreichen.
- Der Wahlkampfmodus entfällt. Wer nicht um die Wiederwahl buhlen muss, kann freier und besser agieren.

### **Wie setzt man Bürgerparlamente in Bundesländern und Kommunen um?**

Das Parlament des kleinsten Bundeslandes Bremen hat 84 Abgeordnete bei 475.000 Wahlberechtigten. Selbst hier wären temporäre Bürgerparlamente mit je 1.000 ausgelosten Wahlberechtigten pro Abstimmung umsetzbar.

Allerdings spricht nichts dagegen, die Größe der Bürgerparlamente durch Wahlgesetze auf Landes- und Kommunal-Ebene an die Zahl der Wahlberechtigten und bisherigen Parlamentsgröße anzupassen. Wir empfehlen eine Faktor zwischen 1 und 2 des bisherigen Parlaments. Das heißt:

Für Bremen wären jeweils 100 – 150 Bürgerparlamentarier eine gute Größe.

Die kleinsten Verbandsgemeinderäte Deutschlands haben rund 20 Abgeordnete. Zum Beispiel die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf im Landkreis Bernkastel-Wittlich hat 22 ehrenamtliche Ratsmitglieder bei rund 5.400 Wahlberechtigten. Bei solchen Größenordnungen empfehlen wir, über das Landeswahlgesetz und die Gemeindefassung das lokale Bürgerparlament auf jeweils 30-40 Wahlberechtigte pro Abstimmung zu definieren.

### **Können Bürgerparlamentarier ebenso schnell wie Berufspolitiker auf plötzlich auftretende Situationen reagieren?**

Diese Frage stellt sich vor allem in Katastrophenfällen. Dafür gibt es **vorbereitete Protokolle**.

Behörden von der Feuerwehr über Polizei, kommunale und Landesbehörden bis hin zum Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sind auf alle Katastrophenfälle von Geiselnahmen bis zum Atomkraftwerk-GAU vorbereitet. Da läuft alles automatisch mit einer Mischung aus allgemeinen Vorschriften und spontaner, lokaler Improvisation.

Da sind zwar nicht immer überall ausreichende Kapazitäten vorhanden, aber das ist auch der Fall, wenn Berufspolitiker am Ruder sind. Der Unterschied liegt lediglich darin, dass es in Katastrophenfällen keine Inszenierungen von Berufspolitikern vor Kameras gibt.

Was ist, wenn etwas noch nie Dagewesenes eintritt? Dann wären Berufspolitiker ebenso damit konfrontiert wie Bürgerparlamentarier. Was könnte das sein? Eine neue und sehr realistische Situation wäre die [Technologische Singularität](#), bei der "künstliche Intelligenz (KI) die menschliche Intelligenz übertrifft und sich dadurch rasant selbst verbessern und neue Erfindungen machen würde, wodurch der technische Fortschritt irreversibel und derart beschleunigt würde, dass die Zukunft der Menschheit nach diesem Ereignis nicht mehr vorhersehbar wäre. Die erste Superintelligenz wäre also die letzte Erfindung, die die Menschheit zu machen hat." Darauf haben sich **Berufspolitiker nicht vorbereitet**.

# Schwerpunkt Arbeitsmarkt

## Keine Geschäfte ohne ausreichende Beschäftigung

Wir könne Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne beseitigen. Dazu wenden wir den ökonomischen Mechanismus von Angebot und Nachfrage im Sinne der Menschen an. Das heutige Überangebot an Arbeitskräften drehen wir in ein Überangebot an Arbeitsplätzen.

Dazu muss man bei den Arbeitgebern für eine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften sorgen. Wie erreicht man das?

1. Die zusätzlichen Mitarbeiter müssen für alle Unternehmen existentiell wichtig sein.
2. Was ist die Existenzgrundlage von Unternehmen? Ein möglichst hoher Umsatz.
3. Wie erzielt man einen möglichst hohen Umsatz? Vor allem durch möglichst niedrige Verkaufspreise.
4. Wie kann der Gesetzgeber Einfluss auf die Verkaufspreise nehmen? Durch den Satz einer Steuer. Bisher wäre das die Mehrwertsteuer (diese schaffen wir jedoch ab und finanzieren die öffentlichen Haushalte durch [unser neues Steuersystem](#)).
5. Wie kann der Gesetzgeber also Einfluss auf die Zahl der Beschäftigten nehmen? Mit einer Steuer, und zwar der „**Unterbeschäftigungssteuer**“, deren Satz jedes einzelnen Unternehmens man mit dessen Beschäftigungsintensität (= Verhältnis von Mitarbeiterzahl zum Umsatz) verknüpft.

Die Unterbeschäftigungssteuer erzeugt keine Einnahmen. Entweder erfüllt ein Unternehmen die Bedingungen. Dann zahlt es diese Steuer nicht. Oder es erfüllt die Bedingungen nicht. Dann ist es raus aus dem Markt. So oder so: Dies ist eine rein „steuernde“ Steuer, und keine fiskalische Steuer.

## Erfolgsgrundlage

Wir nutzen ein marktwirtschaftliches Prinzip (aufgrund dessen übrigens der Sozialismus / Kommunismus [nie funktionieren kann](#)): Jeder (Unternehmer und Arbeitnehmer) sucht seinen persönlichen Vorteil. Das ist nicht schön, liegt aber in der menschlichen Natur – und es ist daher der Motor jedes funktionierenden Wirtschaftssystems. Ohne Motivation geht nichts.

So erkannte Adam Smith, Begründer der Nationalökonomie und höchster Guru der Neoliberalen in seinem Buch „The Wealth of Nations, Book I“: [„Es ist nicht die Wohltätigkeit des Metzgers, des Brauers oder des Bäckers, die uns unser Abendessen erwarten lässt, sondern dass sie nach ihrem eigenen Vorteil trachten.“](#)

Im „**Arbeitsmarkt Balance System**“ (ABS) sind die Unternehmer motiviert, weil sie eine [enorm steigende Kaufkraft in Umsätze und Profite umsetzen können](#) – steuerfrei. Und die Arbeitnehmer sind motiviert, weil sie in einer entspannteren Arbeitswelt sehr viel mehr Nettogehalt verdienen können.

Von Adam Smith stammen auch die Erkenntnisse „Konsum ist der Zweck aller Produktion“ und „keine Gesellschaft kann gedeihen und glücklich sein, in der der weitaus größte Teil ihrer Mitglieder arm und elend ist.“

Das ABS setzt also die Erkenntnisse von Adam Smith konsequenter um als jedes andere Wirtschaftssystem.

## Definition

Die Höhe des auf den Verkaufspreis aufzuschlagenden Satzes der Unterbeschäftigungssteuer hängt ab vom **Verhältnis der Inlandsarbeitnehmer zum Inlandsumsatz** des verkaufenden Unternehmens.

## Gesetzentwurf mit Details

Jedes Unternehmen zahlt eine Unterbeschäftigungssteuer auf seine Netto-Umsätze. Der Steuersatz ist abhängig vom Verhältnis seiner Inlandsarbeitsplätze zum Inlandsumsatz, gemessen mit der Kennzahl „Mitarbeiter pro Euro-Umsatzmillion“. (Erläuterung: [hier, Seite 4ff](#))

1. Die Unterbeschäftigungssteuer entfällt bei Unternehmen mit weniger als 250.000 € Jahresumsatz, die gleichzeitig § 12 erfüllen.
2. Die Zahlung erfolgt monatlich, basierend auf dem rollierenden Durchschnitt der im Vormonat Beschäftigten und den tatsächlich vereinnahmten Umsatzerlösen. (Erläuterung: [hier, Seite 4ff](#))
3. Die Sätze der Unterbeschäftigungssteuer:

Mitarbeiter pro Umsatzmillion	Steuersatz
ab 7	0 %
6 bis unter 7	100%
5 bis unter 6	150%
unter 5	200%
4. Von der Unterbeschäftigungssteuer sind deutsche Staatsbürger, Angehörige ersten Grades deutscher Staatsbürger und Inhaber einer deutschen Arbeitserlaubnis absetzbar. Die EU-Richtlinie 2006/123 berechtigt EU-Bürger zur Arbeit in Deutschland, nicht jedoch zur Absetzung von der Unterbeschäftigungssteuer. EU-Bürger sind von der Unterbeschäftigungssteuer absetzbar, wenn sie seit mindestens 20 Jahren ihren Hauptwohnsitz in Deutschland haben.
5. Steuerpflichtige Unternehmen können nur Inlandsarbeitsplätze von der Unterbeschäftigungssteuer absetzen, die folgende Arbeitszeit- und Gehaltskriterien erfüllen:

Bruttogehalt mindestens (90% ausbezahlt, <a href="#">10% auf eigenes Rentenkonto</a> )	Jahresarbeitszeit maximal	Bezeichnung
a. 24.000 €	0 Stunden	„abwesende Arbeitnehmer“ (siehe „ <a href="#">Steuerspar – BGE</a> “), einschließlich Rentner, Studenten, Hausfrauen / -männer etc.
b. 24.000 €	1.200 Stunden (inklusive Berufsschule)	Auszubildende
c. 32.000 €	600 Stunden	Teilzeit
d. 48.000 €	1.200 Stunden	Vollzeit
6. Als „abwesenden Arbeitnehmer“ kann jede Person von der Unterbeschäftigungssteuer abgesetzt werden, die die Definition unter § 2 und 3 erfüllt und das 18. Lebensjahr vollendet

- hat. (Anmerkung: Dies ist das „Steuerspar-BGE“ und umfasst Erwerbslose, Hausfrauen, Hausmänner, Schüler, Studenten, Rentner, ...)
7. Unternehmen melden die Sozialversicherungsnummern aller Angestellten an die Bundesagentur für Arbeit und die Deutsche Rentenversicherung Bund.
  8. Unternehmensinhaber und Teilhaber sind unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer Arbeitszeit als jeweils 1 Person absetzbar, sofern sie die Bedingungen unter Punkt 6 erfüllen. Inhaber und Angestellte müssen die Bedingungen unter Punkt 6 nicht erfüllen, sind dann aber auch nicht von der Unterbeschäftigungssteuer absetzbar.
  9. Unternehmer mit einem Jahresüberschuss von bis zu 40.000 € können sich neben ihrer Erwerbstätigkeit selbst als abwesende Arbeitnehmer auf die Gehaltsliste eines anderen Unternehmens setzen lassen. (Anmerkung: „Existenzgründer- und Kleinunternehmerparagrah“)
  10. Die Bundesagentur für Arbeit vermittelt Berechtigten lt. § 2, die keinen Arbeitsvertrag besitzen, auf deren Wunsch ab dem Tag der Antragstellung an einen beliebigen Arbeitgeber.
    - (1) Bei „abwesenden Arbeitnehmern“ / Empfängern des Steuerspar-BGE benötigen und erhalten die Arbeitgeber keine Daten außer der Sozialversicherungsnummer, die sie von der Unterbeschäftigungssteuer absetzen.
    - (2) „Abwesende Arbeitnehmer“ / Empfänger des Steuerspar-BGE können sich unter allen bundesweit angebotenen Einkommensplätzen einen beliebigen Arbeitgeber (Einkommens-Überweiser) aussuchen (Anmerkung: *Unter Millionen vermittelbaren Einkommensplätzen findet jeder einen genehmen Arbeitgeber. Niemand wird gezwungen, einen bestimmten Arbeitgeber anzunehmen*).
    - (3) Bis zur ersten Gehaltszahlung erhalten die zu vermittelnden Bürger den Mindestsatz für „abwesende Arbeitnehmer“ von der Bundesagentur für Arbeit (Anmerkung: Vorfinanzierung aus dem Staatshaushalt), sofern kein Arbeitgeber vermittelt wird.
    - (4) Steuerspar-BGE und vorfinanzierte BGE-Leistungen der Bundesagentur für Arbeit sind ein bedingungsloser Rechtsanspruch jedes Bürgers gemäß Punkt 5, der ohne Gegenleistung gewährt wird. Bedürftigkeitsprüfungen finden nicht statt.
  11. Arbeitnehmer / Unternehmer aus folgenden Branchen dürfen sich – wenn ihr Bruttoeinkommen bei unter 48.000 € jährlich liegt – von einem zweiten Unternehmen als „abwesende Arbeitnehmer“ lt. § 6.a. auf die Gehaltsliste setzen lassen, wofür ihn zweite Unternehmen von der Unterbeschäftigungssteuer absetzen kann (Anmerkung: Kombilohnbereiche und „Steuerspar-BGE“):
    - I. Gastronomie
    - II. Haushaltsnahe Dienstleistungen (Friseur, Schneider, etc.)
    - III. Gesundheits-Berufe (Pflegekräfte, Physiotherapeuten, etc.)
    - IV. Landwirtschaft, Fischerei
    - V. Künstler
    - VI. Selbständige (siehe 10.)
  12. Jeder deutsche Staatsbürger bzw. Inhaber einer deutschen Arbeitserlaubnis kann grundsätzlich nur bei einem einzigen inländischen Arbeitgeber von der Unterbeschäftigungssteuer abgesetzt werden. Zu diesem Zweck übermittelt jeder Arbeitgeber, der gemäß § 1 steuerpflichtig ist, die Sozialversicherungsnummern aller Angestellten an das Bundeszentralamt für Steuern. Dieses gleicht bundesweit die Daten ab, um Mehrfachbezieher aufzudecken. Einzige Ausnahmen von diesem Grundsatz sind Tätigkeiten lt. § 9.

13. Als 1 Unternehmen im Sinne des Gesetzes gelten solche Unternehmen, die mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllen (*Anmerkung: Dieser Paragraph verhindert, dass Unternehmen aufgespalten werden, um mit § 1 Abs. 2 das Gesetz zu umgehen*):
- I. mehr als 50% gleiche Eigentümer (auch indirekt, z.B. über Beteiligungsgesellschaften)
  - II. Marktauftritt unter gleicher Marke
  - III. gemeinsamer Einkauf
  - IV. gemeinsamer Vertrieb
14. Nur solche Unternehmen können lt. § 1 Personen von der Unterbeschäftigungssteuer absetzen oder werden gemäß § 1 (2) von den Mindestanforderungen ausgenommen, die folgende Kriterien erfüllen:
- I. Erhalt einer Umsatzsteueridentifikationsnummer durch das Bundeszentralamt für Steuern.
  - II. Angabe der Umsatzidentifikationsnummer auf jeder Rechnung
  - III. Übermittlung sämtlicher Rechnungen in elektronischer Form binnen 14 Tagen nach Monatsende an das Bundeszentralamt für Steuern.
  - IV. Prüfung aller Ausgangsrechnungen durch inländische staatlich zugelassene Rechnungsprüfer, Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater (müssen spätestens nach 3 Jahren gewechselt werden).
  - V. Monatliche Übermittlung der Sozialversicherungsnummern aller Angestellten an das Bundeszentralamt für Steuern.
15. Für Importeure / ausländische Unternehmen gelten folgende Regelungen:
- I. Importeure können die Unterbeschäftigungssteuer vermeiden, wenn sie ausreichend viele Inlandsbeschäftigte auf der Gehaltsliste führen. Falls diese Unternehmen nicht ausreichend viele Arbeitsplätze im Inland aufbauen wollen, steht es ihnen frei, abwesende Arbeitnehmer (siehe 6.a.) auf die Gehaltsliste zu setzen. Die Bundesagentur für Arbeit vermittelt Personen, die als abwesende Arbeitnehmer auf die Gehaltsliste gesetzt werden können.
  - II. Importeure, die mit geringen Umsätzen nach Deutschland importieren und/oder keine „eigenen“ abwesenden Arbeitnehmer einstellen wollen/können, können über die Bundesagentur für Arbeit „BGE-Zertifikate“ mit Stückelungen erwerben, die sich in Proportion zu ihren Rechnungen von der Unterbeschäftigungssteuer absetzen.
  - III. Für Importeure von Gütern, die laut einer Liste des Bundeswirtschaftsministeriums nicht (wirtschaftlich) in Deutschland herstellbar, anbaubar (Lebensmittel) oder abbaubar (Rohstoffe) sind, gilt dieses Gesetz nicht.
16. Unternehmen, die mindestens eines der nachfolgenden Ausschlußkriterien erfüllen, haben binnen 14 Tagen den Unterbeschäftigungssteuer-Höchstsatz lt. § 1 (4) nachzuzahlen):
- I. Mindestens 1 Angestellter erfüllt die Kriterien lt. Absatz 3 (Arbeitszeit und Gehalt) nicht.
  - II. Das Unternehmen reagiert nicht binnen 14 Tagen auf die Information des Bundeszentralamts für Steuern, dass Angestellte auch bei anderen Unternehmen von der Unterbeschäftigungssteuer abgesetzt werden.
  - III. Der Altersdurchschnitt der Angestellten liegt unter 42 Jahren (Ausnahmen: Bergbau und Luftfahrt).
  - IV. Weniger als 40% der Angestellten sind weiblich (Ausnahmen: schwere körperliche Arbeit).

V. etc. (siehe „Optionen“)

17. Sofern das Schuldner-Unternehmen die Unterbeschäftigungssteuer lt. § 13 nicht binnen 14 Tagen nachzahlt, hat es nach 1 weiterem Tag Insolvenz anzumelden. Das Finanzamt setzt einen Konkursverwalter zu Gunsten der „[Deutschen Rentenversicherung Bund](#)“ ein (siehe [Kapitel 4.3.](#)). Die „Deutsche Rentenversicherung Bund“ erhält das Vorkaufsrecht auf den Restwert des Unternehmens. Die „Deutsche Rentenversicherung Bund“ setzt als Verwalterin des neuen Eigentümers (Rentensparer, siehe [Kapitel 4.3](#)) schnellstmöglich eine neue Geschäftsleitung ein und läßt es von dieser (sofern wirtschaftlich sinnvoll) wie ein Privatunternehmen weiterführen.

## Stellschrauben

Die Unterbeschäftigungssteuer ist ein Anreizsystem. Wie [FAQ Antwort 16](#) erläutert, kann es fein justiert und durch seine Stellschrauben sehr schnell an neue Ziele und Situationen angepasst werden. Die Stellschrauben sind:

1. die Untergrenze der Umsatzsteuer,
2. deren Obergrenze,
3. die Staffelung der Unterbeschäftigungssteuer,
4. die Gehaltsvoraussetzungen,
5. die Arbeitszeitvoraussetzungen,
6. die Differenzierung nach Produktgruppen oder sogar einzelnen Produkten (was aber eine seltene Ausnahme bleiben wird), siehe „[Umschlüsselungsverzeichniss des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle](#)“ und [Kapitel 3.2.2., letzte Tabelle](#), sowie
7. (optional) die Gestaltung einer „Vorproduktumsatzsteuer“, um zu verhindern, daß Lieferantenkettten verkürzt werden, um Steuern zu sparen (als Ersatz für den abgeschafften Vorsteuerabzug der MwSt.). Eine Erläuterung der Vorproduktumsatzsteuer finden Sie [hier](#).

Das Ziel muss jedes Wirtschaftssystems sein, auf dem Arbeitsmarkt immer einen leichten Unterdruck zugunsten der Arbeitnehmer zu erhalten, ohne die Arbeitgeber zu überfordern. Diese Gefahr besteht bei der Unterbeschäftigungssteuer bei weitem nicht. Selbst bei 45 Mio. Arbeitnehmern und einem Durchschnittsjahresgehalt von 50.000 € netto würden die Lohnkosten von heute 53% auf 38% des Umsatzes sinken (siehe „[System aus Unternehmersicht](#)“, Seite 6), weil die zusätzliche Kaufkraft zu zusätzlichem Umsatz wird und die Lohnkosten überkompensiert.

## Differenzierung

Wie unter „Stellschrauben“ erwähnt, lässt sich die Unterbeschäftigungssteuer nach Branchen differenzieren. Das ist auch nötig, denn im Großhandel sind die Margen viel geringer als im Einzelhandel, und bei sehr billigen Importprodukten reichen 200% Aufschlag manchmal nicht aus. „[EBS aus Unternehmersicht](#)“ erklärt, wie man das System an unterschiedliche Branchen anpasst.

## Optionen

Das Konzept, Kennzahlen mit Steuersätzen zu verknüpfen, lässt sich praktisch überall anwenden. Das können Gehaltsunterschiede sein, Diskriminierungen, Abgaswerte, Giftstoffanteile, und sogar die Verhinderung des Walfangs (siehe [Kapitel 3.5.: „Das System als weltpolitische Superwaffe“ und 3.5.1.: „Umweltschutz durch Umsatzsteuer“](#)).

## Ergebnis

Die Arbeitsplatz-Vernichtende Gesetzmäßigkeit wird also umgedreht, die besagt: Je weniger Mitarbeiter (im Verhältnis zum Umsatz) bezahlt werden, desto niedriger können die Verkaufspreise sein. Stattdessen lautet die Regel des ABS (bis zu einer vordefinierten Grenze):

Je mehr Inlands-Mitarbeiter (im Verhältnis zum Inlands-Umsatz) bezahlt werden, desto niedriger können die Inlands-Verkaufspreise sein.

## Beispiel

Angenommen, die Bandbreite der Unterbeschäftigungssteuer einer Branche liegt bei 0 – 200%. Die Staffel in diesem Beispiel:

- Wer weniger als 6 „Mitarbeiter pro Umsatzmillion“ beschäftigt, muß den Höchstsatz von 200% Unterbeschäftigungssteuer auf seine Produkte aufschlagen (was seine Produkte fast unverkäuflich macht).
- Wer mindestens 6 „Mitarbeiter pro Umsatzmillion“ beschäftigt, darf seine Produkte mit 150% Unterbeschäftigungssteuer anbieten (was immer noch zu teuer für den Markt ist).
- Wer mindestens 7 „Mitarbeiter pro Umsatzmillion“ beschäftigt, darf seine Produkte mit 100% Unterbeschäftigungssteuer anbieten (was immer noch zu teuer für den Markt ist).
- Wer mindestens 8 „Mitarbeiter pro Umsatzmillion“ beschäftigt, darf seine Produkte frei von der Unterbeschäftigungssteuer anbieten.

## Konsequenzen

Heute gilt die Faustregel: Je weniger Menschen ein Unternehmen beschäftigt, desto billiger kann es seine Produkte anbieten. Das ABS dreht es um: Je mehr Menschen (im Verhältnis zum Umsatz) ein Unternehmen beschäftigt, desto niedriger sind seine Preise.

Unternehmen werden daher Menschen auf die Gehaltslisten setzen, die sie eigentlich überhaupt nicht benötigen – um sie von der Umsatzsteuer abzusetzen und dadurch ihre Produkte möglichst preisgünstig verkaufen zu können. Dabei müssen sie ihnen bei niedrigen Arbeitszeiten hohe Gehälter zahlen (siehe Gesetzentwurf, Punkt 3).

Produkte von Unternehmen, die zu wenige Mitarbeiter (im Verhältnis zum Umsatz) bezahlen, sind aufgrund hoher Mehrwertsteuersätze nahezu unverkäuflich. Kurz gesagt:

**Wer in einem Land Waren verkaufen will, muß im gleichen Land entsprechend viele gut bezahlte Arbeitsplätze bieten. Umsätze und Beschäftigung werden regional verknüpft.**

Wenn koreanische oder amerikanische Unternehmen Smartphones in Deutschland verkaufen wollen, müssen sie ausreichend viele Deutsche beschäftigen. Wenn Volkswagen in Frankreich seine Autos verkaufen will, muss VW ausreichend viele Franzosen auf der Gehaltsliste führen. Wenn Chinesen der Amerikanern Spielwaren verkaufen wollen, müssen sie ausreichend viele Amerikaner beschäftigen. Dabei bildet der Markt die Mischung aus Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Azubis und „[Steuerspar-BGE](#)“-Empfängern (die für Importeure die billigste Methode sind, um die Unterbeschäftigungssteuer zu vermeiden).

Es ist ein faires Geschäft zwischen Konsumenten und Unternehmen. Und der Arbeitsmarkt wird vollkommen immun gegen die globale Lohnkostenkonkurrenz und Rationalisierungen/Automation.



Wichtig: Die Bandbreite (Ober- und Untergrenze der Sätze der Umsatzsteuer) kann je nach Branche (und sogar nach Produkten oder Produktgruppen) differenziert werden. Erläuterungen und Antworten auf typische Fragen finden Sie in den [FAQ](#).

# Steuersystem, neu gedacht

Ohne Moos nix los. Gerade in der Politik. Das Steuersystem ist daher einer der wichtigsten Programmpunkte jeder Partei. Unser Mitgefühl gilt allen ratlosen Parteien, die lediglich am völlig fehlkonstruierten alten System herumdoktern und nicht erkennen, wie vollkommen sinnlos das ist.

## Nie wieder Steuern zahlen!

Mit neo zahlst Du nie wieder Steuern! Außer, wenn Du sehr, sehr reich bist. Die öffentlichen Haushalte können wir binnen 7 Jahren entschulden (nein, dann verschwindet das Geld nicht, der [„Mythos Schuldgeld“ ist widerlegt](#)). Den Satz „dafür ist kein Geld da“ gibt es nur noch bei völlig maßlosen Wünschen. Und das alles, ohne einfach nur Geld zu drucken. Durch Effizienz.

## Steueroase Deutschland statt heutiger Fehlkonstruktion

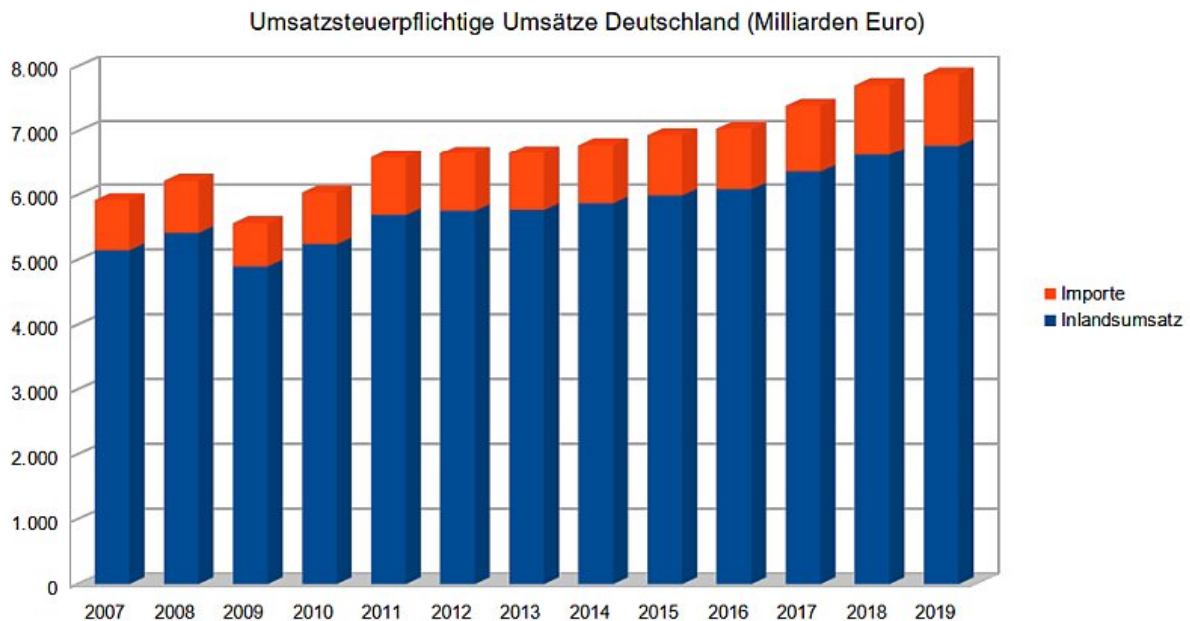
Das bisherige Steuersystem ist eine völlige Fehlkonstruktion: Ineffizient, ungerecht und viel zu kompliziert. Folglich werfen wir das bisherige Steuersystem dahin, wo es hingehört: Auf den Müll. Und zwar komplett. Stattdessen machen wir aus Deutschland eine Steueroase.

Das Steuersystem von neo ist das mit großem Abstand simpelste, gerechteste und effizienteste Steuer- bzw. Abgabensystem der Welt:

- **Umsatzprovisionen** sind im Steuersystem von neo die **einzigste Abgabe, die die öffentlichen Haushalte finanziert**. Auf extrem simple Weise, ohne die Bürger zu belasten. Hocheffizient, da eine legale Umgehung nicht mehr möglich ist. Sie wird **ausschließlich von Unternehmen** an das Finanzamt überwiesen. Technisch ähnelt sie eher einer Umsatzprovision für Handelsvertreter als einer Steuer. Und das Beste: Die Einnahmen sind [enorm](#).
- Die **Unterbeschäftigungssteuer** ist eine rein „steuernde“ Steuer, die den Arbeitsmarkt steuert, aber keine Einnahmen generiert. Entweder erfüllen Unternehmen die Bedingungen dieser Steuer. Dann zahlen sie sie nicht. Oder sie erfüllen die Bedingungen nicht. Dann können sie im Inland keinerlei Umsatz mehr erzielen. So oder so sind die **Einnahmen Null**.
- **Vermögensbeschränkungen** sind eine besondere Form der Vermögenssteuer von 100% oberhalb eines Freibetrags von 30 Millionen € pro Haushalt. Ihre Einnahmen gehen komplett in die Entwicklungshilfe für die 3. Welt. Spätestens im Jahr 2 ihrer Einführung ist auch diese Steuer (wie die Unterbeschäftigungssteuer) rein theoretischer Natur: Ab dem 2. Jahr besitzt niemand mehr als dieses Vermögen. Wer dann noch so viel verdient, dass die Grenze überschritten würde, hat eine wunderbare Möglichkeit, diese Steuer zu umgehen: Einfach alles verkonsumieren, was das Gesamtvermögen über 30 Mio. € treibt. So viel kann man gar nicht verkonsumieren? Eben.
- Optional: **Steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten**. Einkommen kann man besteuern, muss man aber nicht. Alle weiteren Steuern kann man behalten – oder darauf verzichten. Fiskalisch nötig sind sie nicht. Sinnvoll sind weitere „steuernde“ Steuern, zum Beispiel auf Plastikverpackungen, Abgase oder Atommüll. [Mach mit](#) und diskutiere mit uns, welche „steuernden“ Steuern Du für sinnvoll hältst!

Unsere Seite [„Umsatzprovisionseinnahmen“](#) (siehe nächste Seiten) erklärt, warum die Überschüsse so riesig sind.

# Umsatzprovisionen statt Steuern



Nicht der Exportwahn, sondern die Inlandsumsätze sind wirklich wichtig. Für die Finanzierung der öffentlichen Haushalte sehen Sie nachfolgend die wichtigste aller Grafiken.

In Deutschland werden Jahr für Jahr Umsätze in Billionenhöhe getätigt. Laut aktuellsten verfügbaren Zahlen (für 2019) waren es 6,771 Billionen €.

Die Zahlen, die Sie nachfolgend sehen, sind die Summen der umsatzsteuerpflichtigen Inlandsumsätze in Deutschland, basierend auf Daten des Statistischen Bundesamts und der Bundesbank.

Hinzu kommen Importe in Höhe von 1.104 Mrd. € (als Basis der Einfuhrumsatzsteuer).

**Macht zusammen 7,875 Billionen €.**

Diese Zahlen sind nicht nur belastbar und echt – sie sind auch die Untergrenze der tatsächlichen Umsätze, da Schwarzarbeit und Schwarzhandel hier nicht erfasst sein können.

Die Inlandsumsätze sind nicht nur extrem hoch und eine ergiebige Besteuerungsgrundlage. Die Umsätze sind auch stabiler als alle anderen Steuerquellen und kennen langfristig nur eine Richtung: Aufwärts.

Man sieht also: Im Binnenmarkt spielt die Musik!

## Details und amtliche Zahlen

Wir lieben Details. Und wir rechnen gern vor, was im Budget Balance System (Steuersystem) von economy4mankind herauskommt. Denn nichts ist überzeugender als durchdachte Details. Welches andere alternative Wirtschaftssystem kann das von sich behaupten?

In der aktuellsten verfügbaren [Umsatzsteuerstatistik 2019 des Statistischen Bundesamtes](#) summierten sich die Umsätze der einzelnen Branchen auf 6,771 Milliarden €. Nachfolgend der Anfang der Liste, aufgeschlüsselt in 1.087 Branchen:

Nummer der Klassifikation der Wirtschafts- zweige <sup>3</sup>	Wirtschaftsgliederung	Steuerpflichtige <sup>1</sup>	Lieferungen und Leist- ungen <sup>2</sup>
		2019	
		Anzahl	1 000 Euro
A bis S	Wirtschaftszweige insgesamt	3 288 306	6 770 825 323
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	105 524	44 661 947
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 797	17 638 219
C	Verarbeitendes Gewerbe	218 389	2 221 215 616
D	Energieversorgung	94 712	373 363 580
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen	10 904	51 681 330
F	Baugewerbe	366 354	340 489 981
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	587 271	2 188 060 375
davon			
G 45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	105 102	257 833 012

## Ungünstigster Fall: 999 Mrd. € Steuereinnahmen

Die wichtigste Frage bei jedem Steuersystem lautet: Was kommt heraus? Wenn man das extrem simple Steuersystem von economy4mankind auf die Umsätze in Deutschland (hier: Stand 2018) anwendet, ist dies das Ergebnis:

Kalkulation Umsatzprovisionen Deutschland			Quellen, sofern nicht Statistisches Bundesamt
	<b>Umsatzsteuerpflichtige Umsätze (2018)</b>	6.622.776.585.920	
abziehen (anderer Steuersatz, siehe unten)	Großhandel	1.275.419.419.000	
abziehen (bei uns steuerfrei)	Öffentlicher Personennahverkehr	2.891.109.254	
abziehen (bei uns steuerfrei)	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	43.308.141.926	
abziehen (bei uns steuerfrei)	Gesundheits- und Sozialwesen	117.158.857.894	
abziehen (bei uns steuerfrei)	Erziehung und Unterricht	14.212.395.463	
abziehen (bei uns steuerfrei)	Bergbau	20.382.916.987	
abziehen (bei uns steuerfrei)	Baugewerbe	319.359.067.459	
abziehen (andere Steuersätze, siehe unten)	Energieversorgung	345.819.646.600	
hinzuzuzählen (wie Einfuhrumsatzsteuer)	Importe	1.094.769.000.000	
	<b>Zwischensumme</b>	<b>5.578.994.031.337</b>	
	15 % Provision darauf	836.849.104.700	
plus 3 % auf Großhandelsumsätze	Großhandel	38.262.582.570	
plus 5 % auf 69,2 Mrd. € Leasing	Leasing	3.460.000.000	Ifo-Institut
plus Benzin/Diesel (70 Ct / Liter)	Kraftstoffe	48.854.009.400	
plus Heizöl (30 Ct / Liter)	Heizöl	5.678.092.200	
plus Gas/Industriekunden (3 Ct / kWh)	Gas Industriekunden	14.850.000.000	Bundesverband Energie-
plus Gas/Privatkunden (5 Ct / kWh)	Gas Privatkunden	12.250.000.000	und Wasserwirtschaft
plus Strom/Industriekunden (3 Ct / kWh)	Strom Industriekunden	11.340.000.000	Umweltbundesamt
plus Strom/Privatkunden (5 Ct / kWh)	Strom Privatkunden	6.450.000.000	Umweltbundesamt
	Regenerative Energien	0	
plus Tabak (25 Ct / Zigarette, 10 Ct / g Tabak)	Tabak	21.123.300.000	
	<b>Summe</b>	<b>999.117.088.870</b>	
	Durchschnittssteuersatz (Inlandsumsatz + Importe)	12,95 %	
<b>Zum Vergleich: Steuereinnahmen Bund, Länder, Kommunen gesamt</b>		<b>776 Mrd. Euro</b>	

Zum Vergleich: Im heutigen System lagen die gesamten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden bei 776 Mrd. €.

An den Umsatzzahlen und der Gesamtsumme gibt es nichts zu rütteln. Rd. 999 Mrd. € Steuereinnahmen sind der „ungünstigste Fall“, weil hier noch gar nicht berücksichtigt ist, dass durch die steigende Kaufkraft auch die Umsätze und Umsatzprovisionen steigen.

## Wahrscheinlichster Fall

Ist das realistisch? Nein. Der Überschuss wird trotz höherer Ausgaben (Renten, Bildung, Entschuldung, Investitionen, etc.) weitaus höher, weil durch das [Arbeitsmarkt Balance System](#) (ABS, siehe oben)) alle Menschen ein viel höheres Einkommen erhalten und sie dieses Einkommen auch ausgeben.

Der Median des Gesamt-Haushaltseinkommens lag lt. Einkommensteuerstatistik des Statistischen Bundesamts und Bundesfinanzministeriums 2013 bei unter 15.600 € netto jährlich. Mit dem ABS liegt das Mindesteinkommen jedes Erwerbstätigen bei mindestens 40.000 € netto und im Median zwischen 50.000 und 60.000 €. Renten steigen von heute durchschnittlich rd. 900 € mit dem ABS auf mindestens 2.000 € pro Person. Das Buch „Die Geldlawine“ (mit den Details des Systems) rechnet in Kapitel 3.6.2. vor, dass die Kaufkraft und die Umsätze der Unternehmen etwa um den Faktor 3,4 steigen.

Die jährlichen Überschüsse sind aufgrund der zusätzlichen Kaufkraft so hoch, dass sie die Möglichkeit bieten, entweder die Steuersätze zu senken oder das Geld für wirklich dringende Projekte einzusetzen (3. Welt, Umwelt, medizinische Forschung, 100% regenerative Energien, etc.).

Woher kommt das zusätzliche Geld, obwohl die Bürger weniger Steuern zahlen? Einfache Antwort: Das Geld ist heute bereits vorhanden. Das Steuersystem der Regierungsparteien ist mit all seinen Schlupflöchern wie ein Fass voller Löcher, durch die ein sehr großer Anteil des Geldes (oft über internationale Steuervermeidungskonstrukte) auf die Konten der Oberschicht entweicht. In Steueroasen liegen heute rd. 20-30 Billionen \$, die eine Besteuerung umgangen haben, und vermehren sich jährlich um mindestens 630 Mrd. \$. Die Umsatzprovision leitet lediglich einen Teil der Steuern, die die Aktionäre / Unternehmenseigentümer bisher umgehen, in die öffentlichen Haushalte um.

Sofern die Zahlen der o.g. Quellen (Statistisches Bundesamt, Bundesministerien, Branchenverbände) auch nur halbwegs stimmen, funktioniert das System der Umsatzprovision. Und selbst wenn aus unerfindlichen Gründen trotz der zusätzlichen Kaufkraft nur 50% der realistischen Umsätze erreicht würden, funktioniert das System der Umsatzprovision immer noch.

Einen konkreten Gesetzentwurf finden Sie unter <https://www.economy4mankind.org/gesetzentwurf-umsatzprovisionen/>.

## **Gesetzentwurf: Das einfachste und effizienteste Steuersystem der Welt**

„Alles sollte so einfach wie möglich sein. Aber nicht einfacher.“ (Albert Einstein)

Jede politische bzw. wirtschaftspolitische Idee muss konkret werden, wenn sie jemals umgesetzt werden soll. Der letzte Schritt vor der Umsetzung eines politischen Ziels ist ein Gesetzentwurf. Und wenn eine Lösung eine ausreichende Komplexität besitzt, damit sie funktioniert (und nicht umgangen werden kann), dann muss man diese Komplexität auch im Gesetzentwurf abbilden.

„Umsatzprovisionen“ sind nach der **Unterbeschäftigungssteuer** das wichtigste Element des Steuersystems von economy4mankind. Auch hier gilt: So kurz wie möglich und so umfassend wie nötig.

Im „Budget Balance System“ von economy4mankind werden die öffentlichen Haushalte nicht durch Steuern, sondern ausschließlich durch Provisionen finanziert, die die Unternehmen im deutschen Binnenmarkt erzielen. Das Geld wird [dort geholt, wo am meisten zu holen](#) ist. Nebenbei ist es der größte Bürokratieabbau aller Zeiten, wie der Vergleich mit dem heutigen Steuersystem zeigt.

- Keine Steuern auf Gewinne
- Keine Einkommenssteuer- Einkommen KANN man besteuern, MUSS man aber nicht
- Vermögen SOLLTE man besteuern, MUSS man aber nicht ([Vermögensbeschränkungen](#))
- Keine Sozialabgaben (wird nicht durch Abgaben finanziert)
- Einzige echte Steuer: „[Unterbeschäftigungssteuer](#)“
- Finanzierung Öffentliche Haushalte: Umsatzprovisionen

Über das nachfolgende Steuerrecht müssen Sie als Bürger, Konsument und Arbeitnehmer überhaupt nichts wissen, weil sie nie damit in Berührung kommen.

Die einzigen Menschen, für die das nachfolgende Steuerrecht relevant sein wird, sind Unternehmer, Vertriebsleiter, Finanzchefs und Wirtschaftsprüfer. Wie sähe es denn nun konkret als Gesetz aus?

# Das Umsatzprovisionsgesetz

## §1 Umsatzprovision

(1) Auf jeden gewerblichen Umsatz auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland ist vom Käufer für jedes Produkt eine Umsatzprovision zu zahlen, die der Verkäufer an das Finanzamt abführt.

(2) Sämtliche bisherigen Steuergesetze verlieren mit Inkrafttreten dieses Umsatzprovisionsgesetzes ihre Gültigkeit.

(3) Umsatzprovisionen für importierte Produkte exakt so hoch wie die Inlands-Umsatzsteuer lt. Anlage 1.

(4) Die Provisionssätze beschließt der Bundestag.

(5) Die Provision ist am Monatsende des Zahlungseingangs an das Finanzamt zu überweisen.

*An dieser Stelle könnte das neue Gesetz zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte bereits enden. Da es aber in der Natur der Menschen / Unternehmen liegt, Steuern zu umgehen, stopfen wir mit § 2 das einzige legale Schlupfloch. Und mit § 3 schlagen wir eine Verwendung vor:*

**optional:**

## § 2 Vorprodukt-Umsatzprovision

(1) Die in Anlage 2 genannten Vorprodukte unterliegen einer zusätzlichen Umsatzprovision, wenn sie betriebsintern hergestellt werden statt von einem externen Lieferanten bezogen zu werden. Der interne Umsatzprovisionssatz liegt bei 10% über dem Steuersatz des Lieferanten ([mehr](#))

(2) Bei Direktverkäufen von Herstellern an Endverbraucher hat der Hersteller zusätzlich die Umsatzprovision des Handels aufzuschlagen.

## § 3 Verwendung

(1) Variante a: 85% der Provisionseinnahmen fließen dem Bundeshaushalt zu. 15% erhalten die kreisfreien Städte und Landkreise, davon 70% proportional zu ihrer Einwohnerzahl und 30% proportional zur Zahl der innerhalb ihrer Grenzen befindlichen Arbeitsplätze. Variante b: 70% an den Bund, 15% an die Bundesländer, 15% an die Kommunen)

(2) Der Bund zahlt jedem deutschen Rentner, der keine ausreichenden eigenen Einkünfte hat, aus den Provisionseinnahmen eine Mindestrente, proportional zur Dauer seiner deutschen Staatsangehörigkeit. Näheres regelt das Rentengesetz.

(3) Der Bund trägt die Kosten der staatlichen Privatkrankenversicherung, mit Ausnahme der Eigenbeteiligungen. Näheres regelt das Gesundheitsgesetz (siehe [6.2.1.](#)).

(4) Der Bund trägt sämtliche Kosten des Arbeitslosen- und Sozialhilfesystems.

(5) Der Bund übernimmt sämtliche Schulden, die die Kommunen und ehemaligen Bundesländer bis zum heutigen Tag verbuchten.

## **Anlage 1: Provisonssätze lt. § 1 (2)**

<b>Branche</b>	<b>Provision</b>
alle Branchen / Bereiche ausser den unten genannten	<b>15%</b>
Exporte	0%
Importe	15%
Bankprodukte (Umsätze, nicht Bilanzsumme)	15%
Leasing	3%
Großhandel	3%
Versandhandel (alle Branchen und Produkte)	25%
Reparaturen	0%
regenerative Energien / Vorprodukte hierzu	0%
Soziales, Bildung, Kultur, Bücher, Zeitungen	0%
Landwirtschaftliche Produkte (außer Biosprit)	0%
Öffentlicher Personenverkehr	0%
Bauleistungen	0%
Bergbauprodukte	0%
Benzin, Diesel	70 Cent/ Liter
Heizöl	30 Cent/ Liter
Gas	4 Ct/KWh
konventioneller Strom	4 Ct/KWh
Tabak	25 Ct / Zigarette, oder 10 Ct / gr. Tabak



## **Anmerkungen:**

Man könnte die Provisionssätze und deren Bandbreiten überall, wo es der Markt erfordert, mit sehr geringem Aufwand bis hinunter auf Produktebene differenzieren. Möglich ist auch eine Differenzierung nach nominalem Umsatz, um zu großen Marktanteilen einzelner Unternehmen entgegenzuwirken. Das heißt: Mit zunehmendem Umsatz müssen Unternehmen überproportional mehr Mitarbeiter beschäftigen, um den gleichen Umsatzsteuersatz wie ein kleineres Unternehmen zu erhalten.

- 15% sind angesichts der Kostenentlastungen (keine Gewinnsteuern, Lohnnebenkosten, etc.) leicht verkraftbar und ziehen keine höhere Preise nach sich (siehe [3.2.5.1](#) und [3.2.5.2](#) sowie [FAQ Frage 18](#), insbesondere die Excel-Tabelle).
- Banken: siehe [3.2.7](#).
- Einzelhandel: Die US-Regierung plante z.B. 2005 eine Konsumsteuer von 30% (siehe [fairtax.org](#)), die die Einkommensteuer ersetzen soll. Das war nie ein Problem.
- Bauindustrie: Um das politische Ziel möglichst kostengünstigen Bauens (sowohl für Bürger als auch die öffentlichen Haushalte) zu erreichen, wird die Bauindustrie von Provisionen auf Bauleistungen befreit. Das Bauhandwerk ist bei Neubauten umsatzprovisionsfrei. Lediglich Baumaterialien unterliegen der Umsatzprovision der Industrie.
- Bergbau: Um nach dem Ende der Subventionen den Ausklang des Bergbaus abzufedern, verzichtet der Staat auf Provisionen (die ohnehin uninteressant gering wären).
- Gesundheitsdienstleistungen: Werden billiger, da einerseits der Preisdruck steigt und andererseits Steuereinnahmen in die Krankenversicherung fließen (siehe [6.2.1](#) und [Gesundheitssystem](#)). Öffentliche Krankenhäuser: provisions- und steuerfrei.
- Landwirtschaft: Statt Subventionen sorgen Mindestpreise ([2.2.5](#)) für Existenzsicherheit.
- Genmanipuliertes Saatgut und Biosprit: entfällt wegen Herstellungs- und Vertriebsverbot

## Anlage 2: Vorprodukte/Dienstleistungen lt. § 2

Diese Anlage ist nur eine Option, die aktiviert wird, wenn Unternehmen versuchen, durch eine Verkürzung der Wertschöpfungskette (Produktionsschritte/Vorleistungen der Lieferanten werden selbst erbracht, statt eingekauft) die Umsatzsteuer minimieren wollen. Wahrscheinlich ist die Vorprodukt-Umsatzsteuer (so gut wie) nirgends notwendig. Wie sähe sie aus? Ein Beispiel:

Produktgruppen-Nr.	Produktgruppe	Baugruppen-Nr.	Baugruppe
...	...	...	...
17	Fahrzeuge (KFZ, Fahrräder, Waggons, etc.)	17011	Baugruppe Getriebe und Schaltungen
...	...	...	...
...	...	17048	Baugruppe Scheibenheber
...	...	17049	Baugruppe Scheibenwischer
...	...	...	...
...	...	170492	Wischblätter
...	...	...	...
...	...	17061	Baugruppe Scheinwerfer
...	...	...	...
...	...	1706102	Leuchtmittel für Scheinwerfer
...	...	...	...
...	...	17071	Räder für Fahrzeuge
...	...	1707101	Felgen
...	...	1707102	Reifen
...	...	...	...
...	...	17081	Sitzsysteme für Fahrzeuge
usw.	usw.	usw.	usw.

Produktnumerierungen existieren bereits als „[Umschlüsselungsverzeichnis des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle](#)“; Beispiel Beförderungsmittel: siehe dort [Abschnitt 17](#). Weitere Erläuterungen: Siehe Buch „Die Geldlawine“, Kapitel [3.2.3.1](#).

# BGE / Bedingungsloses Grundeinkommen: Das Steuerspar-BGE

„Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade.“  
(Johann Heinrich Pestalozzi)

Das BGE (bedingungsloses Grundeinkommen) wird schon viel zu lange „gedacht“. Es wird schon seit einem halben Jahrtausend „gedacht“. 1516 war Thomas Morus mit seinem Roman „Utopia“ der erste, der ein Grundeinkommen anregte. Es hat nun den Punkt erreicht, an dem es endlich konkret werden muss. Und zwar mit überzeugenden Modellen, die problemlösend, umsetzbar, finanzierbar und mehrheitsfähig sind. Davon sind bisherige Modelle weit entfernt. Das Modell ist der Schlüssel

Im Laufe der Jahrhunderte griffen Philosophen, Ökonomen und Politiker die Idee auf und schufen Modelle, die sich alle recht ähnlich sind: Der Staat besteuert Konsum, Einkommen oder Vermögen und verteilt die Einnahmen um. Der Unterschied zu Sozialleistungen liegt im Wesentlichen im Verzicht auf Bedarfsprüfung und Sanktionen. Bedingungslos sind die Modelle übrigens alle nicht. Ausschließlich Bürger mit legalem Aufenthaltsstatus (Staatsbürgerschaft, Arbeitserlaubnis, anerkannter Asylstatus) erhalten Geld. Touristen, Einwohner anderer Länder etc. erhalten nichts.

Den Anhängern der ersten BGE-Modelle gebührt der Verdienst, einen Weg beschritten und Denkanstöße gegeben zu haben. Allerdings gibt es keinen Grund, stehen zu bleiben und den Weg nicht so weit wie möglich zu gehen. Denn:

Probleme und Nachteile müssen beseitigt werden.

- Das Potential wird nicht ausgereizt.

Da dieses Thema sehr vielschichtig ist, bieten wir Ihnen weitere Infos auf weiteren Seiten:

- [Warum ein Grundeinkommen sinnvoll ist](#)
- [Vergleich und Probleme alter Grundeinkommensmodelle](#)
- [Finanzierung des BGE](#)
- [Antwort auf die Frage: Wer geht dann noch arbeiten?](#)

Das **Steuerspar-BGE** ist das progressivste und außergewöhnlichste aller Grundeinkommensmodelle. Als einziges Modell erfüllt die Definition eines BGE und geht über alle bisherigen Modelle hinaus:

- **Existenzsicherung / Teilhabe:** Das Steuerspar-BGE bietet mit mindestens 2.000 € das höchste Einkommen aller Modelle. Es ist als einziges existenzsichernd und ermöglicht eine würdige gesellschaftliche Teilhabe.
- **Rechtsanspruch:** Jeder Bürger des Landes hat einen Rechtsanspruch darauf.
- **Keine Bedarfsprüfung:** Jeder Bürger erhält mindestens den Mindestsatz des Steuerspar-BGE, unabhängig vom Bedarf. Bedarfsprüfung und Sanktionen gibt es nicht.
- **Bedingungslosigkeit:** Es gibt keine Pflicht zu Gegenleistungen und keinen Zwang zu arbeiten.

Der größte Unterschied und Vorteil des Steuerspar-BGE gegenüber allen anderen Modellen liegt in der Finanzierung. Beim BGE kommt es darauf an, wieviel Geld die Empfänger erhalten. Wer das Geld auszahlt, ist vollkommen irrelevant. In der Auszahlung durch den Staat liegt ja gerade der Grund des Scheiterns alter Modelle. Denn dann muss der Staat das Grundeinkommen durch Steuern umverteilen. Steuer-Umverteilung bewirkt:

1. viel zu geringe Auszahlungsbeträge
2. viel zu hohe Steuern, die nicht nur das BGE, sondern auch alle anderen Einkommen zu stark belasten
3. dass es von der Mehrheit der Bürger abgelehnt wird

Wer sich auf eine Umverteilung durch Steuern versteift, steht der Realisierung des BGE im Weg.

Das Steuerspar-BGE geht daher einen neuen Weg: Statt es durch Steuern im Nachhinein wie ein Almosen umzuverteilen, wird das Steuerspar-BGE als Gehalt von Unternehmen gezahlt – und zwar in Höhe von mindestens 2.000 €, ohne dafür zu arbeiten. Die Akzeptanz der Bürger ist ungleich größer als in anderen Modellen – denn sie müssen es nicht zahlen.

Wie bekommt man Unternehmen dazu, etwas zu tun, dass sie von sich aus nie tun würden? Durch ein Anreizsystem. Genauer gesagt: Durch einen unwiderstehlichen steuerlichen Anreiz.

## Steuersparmodell und Anreizsystem

Statt den Bürgern in die Tasche zu greifen, holt das Steuerspar-BGE das Geld da, wo am meisten zu holen ist: Bei den über 7 Billionen (!) € Jahresumsätzen der Wirtschaft (konkrete Zahlen dazu finden Sie [hier](#)).

Als Teil des Markt Balance Systems (MBS) von economy4mankind beseitigt das Steuerspar-BGE die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen durch den Anreiz einer „Unterbeschäftigungssteuer“. Diese extrem hohe Steuer können Unternehmen komplett vermeiden, wenn sie ausreichend viele (und anständig bezahlte) Inlands-Angestellte im Verhältnis zum Inlands-Umsatz auf der Gehaltsliste führen. Ausreichend viele Angestellte sind die Grundvoraussetzung für Unternehmen, um überhaupt Geschäfte machen zu können. Das Konzept erklären die [Kurzversion](#) und die [Antworten auf die meistgestellten Fragen \(FAQ\)](#).

Neben Vollzeit-, Teilzeit-Angestellten und Azubis sind „**Abwesende Arbeitnehmer**“ von der Unterbeschäftigungssteuer absetzbar. Der „[Gesetzentwurf zur Unterbeschäftigungssteuer](#)“ definiert die Details.

„Abwesende Arbeitnehmer“ (= Empfänger des „Steuerspar-BGE“) sind produktionstechnisch überflüssig. Aber sie sind das kostengünstigste Steuersparmodell, um die Unterbeschäftigungssteuer zu vermeiden.

Wie das konkret aussieht, zeigen Seite 6 (Mindesteinkommen) und Seite 7 (Lohnkostenanteil an der Gesamtkalkulation) der Präsentation „[Arbeitsmarkt Balance System aus Unternehmerperspektive](#)“.

## Konsequenzen

- Die 2.000 € Mindesteinkommen für Nicht-Arbeit sind die Referenz für das Einkommen der Arbeitenden: Je mehr Geld es ohne Arbeit gibt, desto mehr Geld zahlen Unternehmen, um Menschen zur Arbeit zu motivieren.
- Mehr dazu erläutert das Kapitel „[Arbeitsverweigerer und Arbeitslose sind nützlich für Arbeitnehmer](#)“ aus dem Buch zu diesem Modell.
- Wie groß der Kuchen ist, an dem das Steuerspar-BGE bzw. das ABS alle Menschen fair beteiligt, zeigen die [Umsätze der Wirtschaft](#).
- Gleichzeitig ist es das [beste Wirtschaftssystem für Unternehmer](#).
- Dass nur manche Preise leicht, aber die Einkommen und die reale Kaufkraft erheblich steigen, erläutert [FAQ Antwort 18](#).

## Das Steuerspar-BGE bedeutet:

- Wer arbeiten will, findet eine gut bezahlte Arbeit.
- Wer nicht arbeiten will, muss nicht arbeiten.
- Wer nicht arbeitet, erhält mindestens 2.000 € netto im Monat.
- Wer arbeitet, erhält weitaus mehr als der, der nicht arbeitet.

## Probleme alter Modelle

Alte Modelle (Götz Werner, emanzipatives BGE der Linkspartei, Althaus-Modell, Bürgergeld, etc.) lassen adressierte Probleme ungelöst und schaffen neue:

- Sie beschränken sich bei Arbeitslosigkeit und Niedriglohn auf die Symptomlinderung und kleben ein Pflaster auf ein Krebsgeschwür. Die [Hauptursachen](#) bleiben unberührt.
- Sie sind entweder finanzierbar. Dann sind sie viel zu niedrig. Oder sie sind halbwegs hoch. Dann sind sie unfinanzierbar.
- Hohe Steuersätze bei Einkommen und Mehrwertsteuer sind nicht mehrheitsfähig.
- Preise explodieren. Hohe Steuersätze reduzieren die reale Kaufkraft so weit, dass die Modelle sinnlos sind.
- Sie laden nicht nur zum Missbrauch als Kombilohn ein. Es ist bei vielen Modellen sogar ausdrücklich das Ziel, dass der Arbeitgeber die Löhne senken kann. Götz Werner schreibt dazu unter Frage 2 in den FAQ seiner Website „[internimm die Zukunft](#)“: „**Das Einkommen kann um den Betrag des Grundeinkommens gesenkt werden.**“
- Durch die vom Staat subventionierten Kombilöhne bedeuten: Leiharbeit boomt. Vollzeitjobs werden in Minijobs zerlegt. Arbeitgeber umgehen die Sozialabgaben.
- Je höher die Mehrwertsteuer ist, desto stärker steigen Schwarzarbeit, Schwarzhandel und Einkäufe im Ausland.
- ...und vieles mehr

## Analysen zum Thema BGE / bedingungsloses Grundeinkommen

Auf der Seite „[BGE: Vergleich, Gegenargumente, Probleme alter Modelle](#)“ finden Sie Einwände und Fragen, auf die jedes Grundeinkommens-Modell überzeugende Antworten bieten muss. Das Steuerspar-BGE ist als einziges dazu in der Lage.

# Renten Balance System - das Rentensystem

Die Regierungsparteien aller Länder kürzen seit Jahren die Renten, entweder offen, oder versteckt durch „Erhöhungen“, die (abgesehen von manchen Wahlkampfjahren) fast jedes Jahr erheblich unter den Preissteigerungen liegen. Zusätzlich belasten sie die Rentner durch steigende Abgaben (Kranken- und Pflegeversicherung, Praxisgebühr, Medikamenten-Zuzahlungen etc.). Die tatsächliche durchschnittliche Rente liegt bei 895 € monatlich, bei Frauen sogar unter 600 € monatlich. Das gesetzliche Rentenversicherungssystem ist eigentlich längst bankrott.

Die Staatsanwaltschaft Berlin schrieb 2006 unter Aktenzeichen 76 Js 363/06 zum Vorwurf des legalen Betrugs, daß dies [grundsätzlich zutrifft, jedoch legal sei](#): „Mit der Entrichtung des Rentenbeitrages erwirkt der Versicherte ... keinen Anspruch auf Rückzahlung seiner eingezahlten Beiträge, sondern vielmehr nur eine Anwartschaft oder Chance auf eine künftige Rentenzahlung. Dabei ist die Höhe der Rente rechtlich nicht geschützt...“

Das ökonomische System Deutschlands (und der ganzen Welt) ist außer Balance. Das [„Economic Balance System“](#) (EBS) kann die Balance herstellen. Ein Teil davon ist das Renten Balance System von economy4mankind. Statt viele Senioren von zu wenigen Arbeitnehmern (heute: rd. 28 Mio. Beitragszahler und rd. 21 Mio. Rentner) finanzieren zu lassen und dem demographischen Ungleichgewicht zuzuschauen, gehen wir einen neuen Weg.

economy4mankind bietet Ihnen 3 Quellen für Ihre künftigen Alterseinkünfte:

1. Eine steuerfinanzierte Mindestrente
2. Ihr privates Aktiensparkonto
3. Ein lebenslanges Gehalt

## 1. Ab sofort: 24.000 € Mindestrente – netto

In unserem System zahlt der [Staatshaushalt](#) jedermann aus Steuermitteln eine Mindestrente von mindestens 24.000 € jährlich. Das ist die absolute Untergrenze. Für die wenigen Rentner, die heute eine höhere Rente haben, ändert sich nichts. Hinzu kommt ein voller Ausgleich der allgemeinen Preissteigerung.

Das heißt: Ihre Rente steigt immer mindestens genau so stark wie die Preise. Der Staat garantiert mit unserem Rentensystem diese Mindestrente für alle deutschen Staatsbürger sowie alle ausländischen Bewohner Deutschlands, die einen Anspruch auf eine Rente besitzen und deren Alterseinkünfte heute niedriger liegen. Wobei ausländische Bewohner für jedes Jahr, in dem sie in Deutschland leben, 2,5% der Mindestrente erhalten (also z.B. nach 10 Jahren 25%, nach 40 Jahren 100%).

Sie erhalten Ihre Rente brutto für netto. Das heißt: Ihre Rente ist steuerfrei, und im Renten Balance System zahlen Sie als Mitglied der [„Staatlichen Privatkrankenversicherung“ \(SPKV\)](#) auch keine Beiträge zur Krankenversicherung. In der SPKV sind Sie ein Patient erster Klasse mit Vollkaskoschutz. Ihr einziger Kostenbeitrag ist ein Eigenanteil in Höhe von maximal 10% der Jahresrente. Mehr dazu finden auf der Seite [„SPKV aus Patientensicht“](#) ganz unten, Beispiel 2.

Wer höhere Einkünfte hat (siehe auch 2. und 3.), benötigt diese Form der Absicherung nicht.

## 2. Ab sofort: Ihr privates Aktiensparkonto

In unserem System e4m zahlen Sie keinen Cent mehr zur Finanzierung der Rentenkasse. Stattdessen fließen 10% Ihres Gehalts auf ihr privates Rentensparkonto (bei Selbständigen: 10% des Saldos des Kontos „Privatentnahme“). Dieses Geld arbeitet mit Zinsen für Sie, bleibt in jedem Fall Ihr Eigentum und ist selbstverständlich vererbbar. Die [Deutsche Rentenversicherung Bund](#) (ehemals Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) verwaltet Ihr Geld kostenlos in einem Aktienfonds. Alle Aktien, in denen Ihr Geld angelegt wird, befreien wir von Spekulationen. Aus den heutigen Wettbüro-Börsen machen wir einen seriösen Finanzmarkt, so daß Ihr Geld absolut sicher ist. ([mehr](#))

Für Arbeitnehmer, die nur noch wenige Jahre bis zur Rente arbeiten und nicht lange genug in diesem Aktienfonds ansparen können, ist die 1. und 3. Säule des Renten Balance Systems die Lösung:

## 3. Phase 2: Ihr lebenslanges Gehalt: mindestens 2.000 € pro Person

Im Arbeitsmarkt Balance System setzen Unternehmen zusätzliche Arbeitnehmer als [Steuersparmodell](#) auf ihre Gehaltslisten – auch wenn sie sie überhaupt nicht benötigen. ([mehr](#))

Rentner erhalten damit das Steuerspar-Grundeinkommen von neo. Die Bundesagentur für Arbeit vermittelt dazu Unternehmen, die Ihnen eine Betriebsrente zahlen, um Sie von der Unterbeschäftigungssteuer abzusetzen. Wer noch kein Unternehmen für seine Betriebsrente vermittelt bekommt, erhält die gleich hohe Rente aus dem Staatshaushalt (siehe oben).

Sie können sich jederzeit (gleichgültig, ob mit 20 oder mit 100 Jahren) entscheiden, wann und wie Sie auf der Gehaltsliste eines Unternehmens stehen wollen. Wir bieten Ihnen die Wahl aus 3 Möglichkeiten:

- mindestens 24.000 € jährlich, ohne zu arbeiten („abwesende Arbeitsplätze“, siehe [hier](#) unter Punkt 3.)
- mindestens 32.000 € jährlich bei maximal 50 Stunden leichter Arbeit im Monat
- mindestens 48.000 € jährlich bei maximal 100 Stunden leichter Arbeit im Monat

Das Mindestgehalt der Unternehmen ist quasi eine Betriebsrente und ersetzt die Rente aus dem Staatshaushalt (siehe oben, Punkt 1). Der Staatshaushalt wird dadurch um über 320 Mrd. € entlastet (die Berechnung dazu finden Sie [hier](#) unter Punkt 3.4.7. und Kapitel 4). Das ermöglicht wiederum, die Umsatzsteuer zu senken und Ihre Kaufkraft zu erhöhen.

Sie können ihr Leben lang zwischen den 3 obigen Beschäftigungsmodellen hin- und herwechseln. Ein festes Rentenalter gibt es nicht mehr.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden diese „Betriebsrenten“ höher als 2.000 € monatlich liegen. Das „[Markt Balance System](#)“ erzeugt ein Überangebot an Arbeitsplätzen. Nach den marktwirtschaftlichen Gesetzen von Angebot und Nachfrage steigt der Preis (also das Gehalt / die Betriebsrente). Der Markt funktioniert immer – nun zugunsten der Rentner.

# Vermögensbeschränkungen statt Vermögensteuer

## Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland

- Die Schere zwischen Arm und Reich reißt auch in Deutschland systembedingt ([Vermögen bringt Zinsen](#)) immer weiter auseinander.
- Offiziell besaß das reichste Zehntel der deutschen Bevölkerung bereits 1996 rd. zwei Drittel des Vermögens in Deutschland. Das reichste 1% in Deutschland besaß 1996 offiziell rd. 25% des Vermögens.
- [75% der 20 größten Vermögen in Deutschland](#) sind leistungslose Erbschaften.
- Da Deutschlands Regierungsparteien 1997 die Vermögenssteuer abschafften, gibt es keine aktuelleren Daten zur Vermögensverteilung als die von 1996. Die offizielle Vermögensstatistik stimmt nicht annähernd, da keine einzige reiche Person befragt wird (Haushalte mit mehr als 18.000 € Monatseinkommen werden statistisch nicht erfasst, lediglich 15.000 Haushalte werden befragt, Multimillionäre oder gar Milliardäre sind nie Teil der Umfragen, und in Umfragen geben Arme zu hohe und Wohlhabende zu niedrige Werte an).
- Da die Umverteilung von Arm nach Reich [durch Zinsen / Profite](#) systembedingt immer weiter läuft, kann die Ungleichverteilung zwangsläufig von Jahr zu Jahr noch größer werden. 2015 besitzen die reichsten 10% konservativ geschätzt 3 Viertel des Vermögens, das obere 1% besitzt mindestens ein Drittel (siehe Entwicklung lt. Global Wealth Report der Boston Consulting Group), und die 100 reichsten Deutschen besitzen allein über 722 Mrd. €.
- Die unteren 60% der Deutschen besitzen (abgesehen von einer bescheidenen Wohnungseinrichtung und teilweise einem alten Auto) kein nennenswertes Vermögen. 25% aller Haushalte haben kein Geld für ein Auto. Die Hälfte aller Autos sind über 10 Jahre alt.
- Die Oberschicht nutzt ihre finanziellen Mittel, um durch Lobbyisten politische Entscheidungen zu bewirken, die lediglich ihren eigenen Interessen dienen (siehe Abschaffung der Vermögenssteuer), und die den Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung entgegenstehen.
- Parallel zu den Vermögen reißen gute und schlechte Wohnviertel auseinander.

## Konkretes Umsetzungsbeispiel: Eine 30 Mio.-€-Grenze

Wir beschränken für jeden Haushalt folgende Vermögensarten durch eine Vermögenssteuer von 100% oberhalb eines steuerfreien Vermögens von:

- a. 2 selbst genutzten Wohnimmobilien
- b. 5 vermieteten Wohneinheiten
- c. 5 Mio. € Aktienbesitz
- d. 20 Mio. € sonstigen Unternehmensanteilen, Wertpapieren und Rohstoffen / Edelmetallen
- e. 5 Pkw pro Haushalt oder 2 Pkw pro Führerscheininhaber im Haushalt
- f. **insgesamt 30 Mio. €**
- g. 0 (in Worten: Null) € auf alle Eigentumskonstruktionen, die das Ziel haben, die Punkte a.-f. zu umgehen. Das heißt: Beim Versuch der Hinterziehung der Vermögenssteuer riskiert man den Verlust seines gesamten in Deutschland befindlichen Vermögens.
- h. Bei privater Nutzung von Vermögensteilen (Immobilien, Fahrzeuge, Flugzeuge etc.) von Stiftungen und sonstigen Unternehmen oder Rechtskonstrukten geht das Eigentum dieser Vermögen vollständig an die jeweilige Kommune über.



## Reichtum: Ja. Superreichtum: Nein.

Konsequenz: Es gäbe keinen Haushalt mehr mit einem Vermögen von mehr als 30 Mio. €. Deutschland wäre ein Land ohne Superreiche. 30 Mio. € sind übrigens nur ein Beispiel, das folgende Überlegungen berücksichtigt:

1. Nur extrem wenige Menschen sind davon betroffen. Weltweit besitzen nur rd. 200.000 Personen mehr als 30 Mio. \$. In Deutschland betrifft eine Vermögensbeschränkung auf 30 Mio. € weniger als 20.000 Personen (die Einwohnerzahl von Sylt). 99,7% aller Bundesbürger und Wähler wären also nicht betroffen. Je weniger Menschen von einer politischen Entscheidung einen Nachteil haben, desto leichter ist sie mit den Wählern umzusetzen.
2. 30 Millionen € pro Haushalt sind ein Betrag, bei dem sich jeder Mensch lächerlich macht, der die Meinung vertritt, dies sei nicht genug.
3. Zu niedrige Vermögensgrenzen wirken demotivierend auf Unternehmer, und keine Wirtschaft kann auf Dauer ohne motivierte Unternehmer überleben.

Oberschicht-Lobbyisten verteufeln jegliche Steuern auf Vermögen mit dem Argument, dass damit Investitionen in die Wirtschaft und Arbeitsplätze verhindert würden. Dem ist zu entgegnen:

- Je mehr wir uns den Investoren unterwerfen, desto abhängiger werden wir von ihnen.
- Je abhängiger wir uns von Investoren machen, desto handlungsunfähiger wird der Staat. Statt dass der Staat selbst investiert, ist er gezwungen, sich in immer mehr Bereichen den Kapitalbesitzern zu unterwerfen (siehe: Steuersparmodelle, Privatisierungen, Staatsverschuldung, etc.)
- Jede Investition fordert Profite (Return On Investment). Jemand muß diese Profite zahlen. Dieser Jemand sind wir – die breite Masse der Bevölkerung, die keinen (nennenswerten) Anteil am Kapitalvermögen besitzt.
- Vermögensbeschränkungen bei Unternehmensbeteiligungen begrenzen sowohl die Abhängigkeit von Investoren als auch die Vermögensumverteilung von Arm nach Reich.

### **„Hinter jedem großen Vermögen steht ein großes Verbrechen“**

Einfach nur lächerlich ist das Argument, Superreiche, die ihr Vermögen nicht geerbt, sondern selbst aufgebaut haben, hätten es „verdient“. Mal angenommen, jemand hätte eine wahnsinnig wichtige Erfindung gemacht, die der Menschheit wirklich viel nutzt: Dann hätte diese Person eine große Belohnung verdient. Aber warum Milliarden?

Und vor allem: Wer von Superreichen hat denn eine solch wichtige Erfindung für die Menschheit gemacht? Praktisch niemand. Superreiche sind fast ausnahmslos erfolgreich darin, mit einer cleveren Geschäftsidee Kunden und Mitarbeiter auszubeuten und Konkurrenten zu zerstören. Paradebeispiel ist Jeff Bezos, der erste Mensch, der ein Vermögen von über 100 Milliarden Dollar besitzt. Ohne sein Amazon wäre die Welt eine bessere Welt.

Oberschicht-Lobbyisten behaupten, die Unter- und Mittelschicht wollten sie mit Vermögensteuern „berauben“. Dabei ist es genau umgekehrt. Honoré de Balzac und Richard O'Connor formulierten treffend: „Hinter jedem großen Vermögen steht ein großes Verbrechen.“

Das Verbrechen kann juristisch gesehen legal sein und z.B. darin liegen, unverhältnismäßig hohe Vermögen durch Profite anzuhäufen, die durch die Übervorteilung von Mitarbeitern (zu niedrige

Löhne) und Kunden entstehen. Oder auch darin, Wettbewerber aus dem Markt zu drängen und mit Kartellen und Monopolen die Welt zu plündern. Oder auch durch strafbare kriminelle Handlungen (organisierte Kriminalität). Und natürlich darin, mit Kapital zu Lasten der Armen, Uninformierten und Ehrlichen dieser Welt zu spekulieren.

## Verwendung

Eine Vermögenssteuer wäre am einfachsten umzusetzen, wenn man die Einnahmen zweckgebunden gegen die größte Armut verwendet, und zwar für die Beseitigung der Armut in der 3. Welt. Das ist auch nur gerecht. Denn wenn man die Wertschöpfungsketten zurück verfolgt, basieren fast alle großen Vermögen zu einem sehr erheblichen Teil auf der Plünderung der Rohstoffe der 3. Welt.

## Das Kapital wandert ab? Eine leere Drohung

Reiche Menschen drohen gern mit der Abwanderung ihres Kapitals. Das können sie gern tun. Was sie dabei übersehen:

Oberschicht-Lobbyisten verteufeln jegliche Steuern auf Vermögen mit dem Argument, daß damit Investitionen in die Wirtschaft und Arbeitsplätze verhindert würden. Dem ist zu entgegnen:

- Deutschland braucht das Kapital nicht, weil es durch das Steuersystem von e4m finanzielle Mittel im Überfluss gäbe.
- Unternehmen, die in Deutschland Geschäfte und Profite machen, lassen sich mit dem Arbeitsmarkt Balance System von e4m nicht verlagern, ohne den Steuervorteil bei der Umsatzsteuer (und damit die Existenzgrundlage) zu verlieren.
- Unternehmen, die abwandern, verlieren ihren Anteil am deutschen 7-Billionen-€-Binnenmarkt an die clevere Konkurrenz (siehe Kapitel 3.4.1. im Buch „Die Geldlawine“).
- Immobilienvermögen lässt sich nicht ins Ausland transferieren.
- Wertpapiervermögen lässt sich nur im Rahmen der [Finanzmarktregeln von e4m](#) (siehe Kapitel 5.2.ff im Buch „Die Geldawine“) ins Ausland transferieren – auf Namensaktien in Höhe von insgesamt 5 Mio. € beschränkt.
- Geldvermögen lässt sich in diesem Konzept nur dann ohne den Straftatbestand der Steuerhinterziehung transferieren, wenn man gleichzeitig die deutsche Staatsbürgerschaft aufgibt – und nichts fürchten Vermögende mehr als Freiheitsstrafen und den Verlust ihres Vermögens durch Bußgelder (siehe oben, Punkt h.)
- Wer auswandert, fehlt Deutschland nicht. Wie erkannte Charles de Gaulle so treffend? „Die Friedhöfe der Welt sind voller unersetzlicher Menschen.“ Spitzenmanager wollen abwandern? Wohin denn? Welches Land braucht solche Leute – und warum? Deutschlands Wirtschaft beschäftigt ein Heer von meist weitaus besseren Leuten in der 2. und 3. Reihe, die die glorifizierten Herrschaften schnell vergessen machen können.

## Wirkung – das wahrscheinlichste Szenario: Konsumrausch

Welche Beträge kämen bei einer Vermögensbeschränkung heraus? Im ersten Jahr wären es 3-4-stellige Milliardenbeträge, die durch die Besteuerung nicht verlagerbarer Vermögen in die Hände der Allgemeinheit wechseln würden.

Im Jahr 2 gäbe es in Deutschland nur noch Haushalte mit weniger als 30 Mio. € Vermögen. Da die meisten Vermögen wachsen, würden alle, die die 30 Mio.-€-Grenze überschreiten, diesen Vermögenszuwachs verlieren. Das lässt sich ganz einfach umgehen: Durch Konsum. Wer knapp

unter 30 Mio. € besitzt und mit einem Vermögenszuwachs rechnet, müsste keinen Cent Vermögenssteuer bezahlen, wenn er stets so viel „verprasst“, dass er unter der 30 Mio.-€-Grenze bleibt. Extrem hohe Vermögen kann man gar nicht verkonsumieren? Eben.

Diese Art der Vermögenssteuer hätte also einen Konsumrausch bei Handel und Dienstleistungen und dadurch bedingt Steuereinnahmen für den Staat durch die Umsatzsteuer zur Folge. Ausnahme sind Ausgaben für Dinge, die umsatzsteuerfrei sind, also z.B. Kunstgegenstände. Im Sinne der Kulturförderung und in Anbetracht der Tatsache, daß das Horten von Kunstgegenständen gesellschaftlich unkritisch ist, kann man Kunst von der Bemessung der Vermögenssteuer ausnehmen.

Für die Reichen, die sich heute gegen die Vermögenssteuer stemmen, hätte sie 2 Dinge zur Folge:

Erstens höhere Lebensqualität durch die Erfüllung materieller Wünsche. Wer 30 Mio. € besitzt, kann sich zurücklehnen und sich sagen: „Materiell bin ich am Ziel. Ich habe alles erreicht, was möglich ist. Jetzt genieße ich mein Leben.“

Und zweitens eine höhere Lebenszufriedenheit, weil der Abstand zu den skandalös Armen dieser Welt nicht mehr so groß ist und Reiche endlich helfen, das Elend zu beseitigen, statt es durch Zinsforderungen zu mehren.

# Beseitigung von Spekulationen an Finanzmärkten

Man kann Spekulationen an Börsen beseitigen. Das ist erstaunlich einfach – und sogar im nationalen Alleingang möglich. Der Schlüssel liegt darin, es für die Vorstände so attraktiv zu machen, dass sie ihr offiziellen Unternehmenssitz an einen Standort verlagern, der die unten genannten Regeln umsetzt.

## Wettbüro-Finanzmärkte

Es ist allgemein bekannt, dass der Aktienmarkt durch Spekulanten manipuliert und missbraucht wird. Banken, Wertpapierhändler und Zocker verdienen durch Kursschwankungen Milliarden und haben kein Interesse an einer ruhigen Börse. Börsen sind kaum mehr als legalisierte Pferderennbahn-Wettschalter. Wollen Sie einem solchen System Ihre Altersvorsorge anvertrauen?

Es gehört außerdem zum Börsensystem, Unternehmen/Arbeitgeber zu zwingen, möglichst wenig Menschen zu beschäftigen. Wollen Sie in einem System leben, in dem die Arbeitgeber Spielbälle der Börse sind (was aufgrund von Geschäftsbeziehungen auch Ihren zumindest indirekt Arbeitgeber betrifft)?

Es liegt also im Interesse von mindestens 99% aller Bürger/Wähler, das Börsensystem gründlich umzugestalten. Das scheint zunächst unmöglich. Sogar Regierungen wirken gegen das internationale Finanzgeflecht und die gewaltigen Umsätze machtlos. Aber das täuscht.

Im weltweiten Wettbüro-System muss man sich zunächst eine grundsätzliche Frage stellen: Welche Folgen hätte es für Normalbürger und Unternehmen, wenn es im eigenen Land (oder weltweit) von heute auf morgen keine nennenswerten Kursschwankungen mehr gäbe? Keinen Quartalsdruck, keine Optionsscheine, keine Hedge Fonds, keine Ölpreisspekulationen, keine Waretermingeschäfte, keine Leerverkäufe, keine Hebelzertifikate, keine Differenzkontrakte, keine Devisenspekulationen, keine Daytrader, keine Arbitragegeschäfte etc.?

Fachkundige wissen: Die Welt sähe besser aus für Arbeitnehmer, Verbraucher, Unternehmen und Staaten. Mit den gewaltigen Vorteilen könnte man Bibliotheken füllen. Aus Platzgründen können wir dies hier nicht vertiefen. Fragen Sie doch mal Vorstände deutscher Aktiengesellschaften, z.B. SAP-Chef Kagermann („Wir sind Getriebene“, Der Spiegel Nr. 48/2003).

Nur durch den Einfluß von Banken auf Parlamentarier ist logisch zu erklären, warum Banken und Spekulanten die Genehmigung für ihre gefährlichen und schädlichen Spiele erhalten. Ein interessantes Beispiel sind Hedge Fonds, die (volkswirtschaftlich schädliche) Kurswetten platzieren. Dazu benutzen sie Aktien, die sie nicht einmal besitzen, sondern auf Kredit ausleihen. Weltweit 15.000 Hedge Fonds verfügen über ein Spekulationskapital von rd. 1 Billion \$, das sie mit 400-500% weiterem Fremdkapital auf 5-6 Billionen \$ aufblasen können. Mit diesem Volumen könnten sie sämtliche Aktien Europas kaufen.

Hedge Fonds nutzen ihre Macht, um Kurse von Aktien, Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Devisen vor sich herzutreiben und mit der Methode der „selbsterfüllenden Prophezeiung“ die Differenz zwischen dem bisherigen und dem manipulierten Kurs als Gewinn einzustreichen. Damit sind enorme Profite möglich. Sie springen auf Trends auf und verstärken durch ihre eingesetzten Summen und Aggressivität die allseits beklagten Übertreibungen. Mit ihren Aktionen plündern sie nicht nur Kleinanleger. Mit den nachfolgenden Regeln beenden wir das.

Auszug aus dem Buch „Die Geldlawine“ (veröffentlicht 2006), das die Basis des Parteiprogramms ist,  
Kapitel 5.2.1.: Die Ermittlung eines Aktienkurses

Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen ist es unumgänglich, den Wert einer Aktie nach einer Formel zu berechnen, die den bestmöglichen Kompromiss aus realistischem Unternehmenswert, Transparenz und Nachvollziehbarkeit darstellt. Eine solche Formel sollte ganz einfach lauten:

$$\text{Aktienkurs} = \frac{\text{Unternehmensverkaufswert}}{\text{Zahl der Aktien}}$$

Der Unternehmensverkaufswert ist der Marktwert eines Unternehmens, den man bei einem Verkauf erzielen könnte. Er setzt sich künftig wie folgt zusammen:

	Anlagevermögen zum gegenwärtigen Marktpreis
+	Umlaufvermögen incl. gesamte Forderungen und liquide Mittel
-	gesamte Verbindlichkeiten incl.
	Betriebsrenten
=	<hr/> Nettovermögen
+	5-facher Jahresgewinn (rollierender Durchschnitt der letzten 24
	Monate)
=	<hr/> <b>Unternehmensverkaufswert</b>

Anmerkung: Spekulanten / Fondsmanager werden kritisieren, dass man dann keine Erwartungen mehr in die Kurse einpreisen kann – sprich: Dass man gar nicht mehr spekulieren kann: Das ist ja der Sinn der Sache. Deshalb werden alle, die mit Spekulationen und dem Umschichten von Aktien Geld verdienen, dieses System niedermachen und dadurch die eigenen Interessen outen.

Zunächst stellt sich dabei die Frage, wer den Unternehmensverkaufswert bestimmt. Erfahrungsgemäß dürfen ihn die Unternehmen keinesfalls selbst festlegen. Für solche Aufgaben stehen u.a. Heerscharen von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bereit, die die geprüften Unternehmen jedoch allzu oft bedenklich vorteilhaft bewerten, um das Unternehmen nicht als Auftraggeber zu verlieren (siehe Enron, etc.). Eine weitere Problematik der Wirtschaftsprüfer liegt in ihren subjektiven Maßstäben – durch unterschiedliche „Bewertungsphilosophien“.

Die einzig sinnvolle Lösung kann nur in einer zentralen Stelle liegen, die alle börsennotierten AGs bewertet (2003 waren z.B. 982 AGs börsennotiert). Der Ansatz einer solchen Prüfstelle existiert bereits, und zwar in Form der „Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung“ (DPR). Leider haben die etablierten Parteien die DPR inkonsequent konstruiert. Kümmerliche 15 Wirtschaftsprüfer verfügen lediglich über die Kapazität, um die Bilanzen der 982 AGs alle 5 Jahre stichprobenartig zu prüfen. Nennenswerte Sanktionsmöglichkeiten gegen Bilanzbetrüger gibt es nicht. Was auch nicht verwunderlich ist, weil die DPR von der Wirtschaft finanziert wird. Die DPR sollte als Abteilung des Bundeswirtschaftsministeriums arbeiten und genügend Prüfer beschäftigen, die alle nach einem einheitlichen Bewertungskatalog (siehe unten) arbeiten – quasi als „Aktien-TÜV“. Die Prüfer der DPR müssen wiederum rotierend immer andere Unternehmen prüfen, um erstens Korruptionsansätze im Keim zu ersticken und zweitens Praxisvergleiche anzustellen. In Zusammenarbeit mit einer reorganisierten (und nicht mehr von den Banken, sondern dem Staat finanzierten) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) ist die notwendige finanzielle Transparenz der börsennotierten AGs (und damit eine faire Bewertung mit fairen Aktienkursen) ohne weiteres möglich.

Der einheitliche Bewertungskatalog, mit dem der Unternehmensverkaufswert ermittelt wird, ist ein Thema, an dem sich Viele reiben werden, und bei dem man es niemandem Recht machen kann. Kein Grund, es nicht zu tun.

Wie die Formel oben zeigt, konzentriert sich der einheitliche Bewertungskatalog auf zwei Bestandteile des Unternehmensverkaufswerts. Erstens das Netto-Vermögen, das (auch bei operativen Verlusten) unzweifelhaft die Untergrenze des Unternehmensverkaufswerts sein muß. Zweitens der klassische „mehrfache Jahresgewinn“, der die wirtschaftliche Potenz eines Unternehmens einfließen läßt.

Preisfrage: Welchen Faktor des „mehrfachen Jahresgewinns“ soll man ansetzen? Recht gesunde Unternehmen wie BMW oder die Münchner Rückversicherung bewertete die Börse 2005/2006 mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 9-12 erstaunlich schlecht. Mit dem 1407-fachen (!) Jahresgewinn (per 22.02.2005) bewertete die Börse dagegen den „Hoffnungswert“ Morphosys. Daneben wirkt selbst der Kurs von Google konservativ. Ob Karstadt-Quelle mit einem KGV von 241 (per 11.03.2006) maßlos überbewertet war, hing vor allem von der Gestaltung und Verbuchung der Kreditverträge (Immobilienicherheiten) ab und ist mangels Transparenz dieser entscheidenden Verträge/Buchungen für Außenstehende/Anleger nicht zu beantworten.

Wenn man sich den langfristigen Durchschnitt des KGV der seriösen deutschen börsennotierten Unternehmen in Dax, MDax, TecDax und Sdax, sowie der 50 größten europäischen AGs im „Euro Stoxx 50“ oder der 50 größten amerikanischen AGs in den „Dow Jones Global Titans“ anschaut, findet man fast alle mit einem KGV von 10-20 bewertet. Die 30 wichtigsten US-Konzerne hatten 2004 ein durchschnittliches KGV von ziemlich genau 17.

Wenn man in der Unternehmensverkaufswert-Formel zum Nettovermögen einen 5-fachen Jahresgewinn hinzuzählt, landet man ebenfalls in diesem Bewertungsbereich. Ist der Gewinn negativ, ist er in der Formel mit Null anzusetzen, da das Nettovermögen die Bewertungsuntergrenze darstellt.

Bei der Gewichtung zwischen Vermögen und Gewinn spielt auch eine Rolle, daß bisher zu viele Unternehmen zu Lasten ihrer eigenen Zukunft kurzfristige Gewinne bevorzugen (Entlassungen, Reduzierung des Entwicklungsaufwands, etc.). Der Horizont von Arbeitnehmern und Rentensparern kann jedoch nur langfristig sein – was der Zukunft der Unternehmen enorm nutzt. Um zu vermeiden, daß untypische Ausreißer im Geschäftsergebnis die Kurse zu stark schwanken lassen, erfolgt die Kursberechnung als Durchschnittswert eines Bewertungszeitraums. Das Optimum liegt wahrscheinlich bei den jeweils letzten 24 Monaten (ein längerer Zeitraum würde den Kurs zusätzlich stabilisieren, wäre aber nicht nah genug an der gegenwärtigen Vermögens- und Geschäftslage). Da jeder neue Monatswert den jeweils ältesten Monatswert ersetzt, spricht man von einem „rollierenden“ Wert.

Die obigen Formeln sind ein Kompromiss zwischen Verständlichkeit und Durchführbarkeit. Eine Formel zur Berechnung von Aktienwerten, die so simpel ist, daß sie jeder versteht, wäre zu simpel, um zu funktionieren. Andererseits könnte man die Formel zur (ohnehin unerreichbaren) perfekten Aktienbewertung um unzählige Faktoren (z.B. diffuse Risiken) und Gewichtungen erweitern (z.B. „Discounted Cash Flow“). Der permanente Berechnungsaufwand wäre allerdings absurd hoch und die Transparenz und Nachvollziehbarkeit durch die Allgemeinheit ginge dabei verloren. Wie soll ein Normalbürger einer Aktie vertrauen, dessen Wert er nicht versteht? Die Lehrbücher der Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Statistik sind überfüllt mit Formelfriedhöfen. Abgesehen davon gleicht sich der Verzicht auf weitere Faktoren und Gewichtungen langfristig ebenso aus wie Schiedsrichterfehler im Fußball. Außen vor bleiben auch „latente Steuern“ (gibt es künftig nicht mehr) und Rechnungsabgrenzungsposten (zu willkürlich).

Gehen wir also wie beim anspruchsvollen Thema unter 3.4. (Arbeitsplatzprämien) vor und erläutern die Formel an einem Beispiel. Aufgrund des vorbildlichen Geschäftsberichts 2003 nehmen wir BMW:

Anlagevermögen	20,13 Mrd. €
+ Umlaufvermögen	+ 39,65 Mrd. €
- Verbindlichkeiten	- 32,94 Mrd. €

+ 5-facher durchschnittlicher Jahresgewinn 2002/2003 (1,984 Mrd.€ + 9,92 Mrd. € x 5)	
= Unternehmensverkaufswert	36,76 Mrd. €

Der Aktienkurs (Stammaktien und Vorzugsaktien sind der Einfachheit halber zusammengefasst) berechnet sich wie folgt:

$$\frac{36,76 \text{ Mrd. € Unternehmensverkaufswert}}{670.688.000 \text{ ausgegebene Aktien}} = 54,81 \text{ € Kurswert jeder Aktie}$$

Zum Vergleich: Der Kurs der BMW-Aktie lag am Ende des Geschäftsjahres 2003 bei 36,95 €. Mit dem neuen System wäre BMW auf einen Schlag also rd. 48% mehr wert gewesen - was in Anbetracht der Unternehmensqualität und einem damaligen KGV von 9 absolut gerechtfertigt wäre.

### 33 Regeln für Aktien

1. Bilanzierungs- bzw. Gewinnermittlungsregeln sind einfach und einheitlich (siehe Punkt 5.2. im Buch „Die Geldlawine“).
2. Die Bilanz eines jeden Unternehmens muss die Vermögen, Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen aller Tochtergesellschaften (auch Bad Banks etc.) enthalten.
3. Die Gründung von Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Risiken ist ab sofort strafrechtlich als gewerblicher Betrug gemäß § 263 Strafgesetzbuch zu ahnden. Vorhandene Zweckgesellschaften sind umgehend wieder in die Muttergesellschaft zu integrieren und zu bilanzieren.
4. Die [Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung \(DPR\)](#) prüft künftig permanent sämtliche Bilanzen und Buchungen der börsennotierten Unternehmen. Die Buchhaltungen aller börsennotierten Unternehmen senden daher täglich ihre Buchungsdaten per Datentransfer zur Prüfung an die DPR. Dabei wahrt die DPR die Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen in gleicher Weise, wie es die bisherigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften tun.
5. Die Bewertung von Vermögen obliegt ausschließlich der DPR, auf Grundlage eines einheitlichen Bewertungskatalogs (siehe „Die Geldlawine“, Punkt 5.2.).
6. Die DPR ermittelt aus den Buchungsdaten (incl. der ständig aktualisierten Vermögenssituation) den Aktienkurs und leitet ihn an jedem 1. Werktag des Monats an den Börsencomputer weiter.
7. Bei Unternehmen, die ihre Gewinne in (regionalen oder überregionalen) Monopolen oder ähnlich wettbewerbsarmen Bedingungen erzielen, wird der Aktienwert nicht auf Basis des (künstlich überhöhten) Gewinns, sondern auf Basis des Umsatzes berechnet (Aktienwert = 5% des durchschnittlichen Jahresumsatzes der letzten 2 Jahre zzgl. Nettovermögen). Dies betrifft insbesondere Energie- und Wasserversorger.
8. Der Kurs bleibt so lange unverändert, bis neue geprüfte Vermögens- und Gewinndaten vorliegen (also mindestens 1 Monat).
9. Der festgelegte Kurs ist zwingend für Kauf- und Verkaufsangebote. Verkäufe zu anderen Preisen sind nichtig. Ebenso wie heute ist der außerbörsliche Handel im sogenannten „Freiverkehr“ nur mit solchen Wertpapieren zulässig, die nicht an der Börse zugelassen sind.
10. Die Anhäufung unproduktiven Unternehmensvermögens ist nicht zulässig. Die nach der Bildung notwendiger Rückstellungen (zur Finanzierung von betrieblichen Investitionen) verbleibenden Gewinne sind vollständig an die Aktionäre auszuschütten.



11. Ausschüttungen an Aktionäre dürfen nicht durch Kredite oder Verkäufe von Betriebsteilen finanziert werden.
12. Niemand darf Aktien im Wert von mehr als 5 Mio. € besitzen (einzige Ausnahme: Anteile am eigenen Familienunternehmen).
13. Niemand darf mehr als 1% der Aktien einer Aktiengesellschaft besitzen, auch nicht indirekt über Holdings und Strohleute. Ausnahmen sind:
  - a) Beteiligungen von Gründern/Erben an ihren eigenen Familienunternehmen
  - b) Zustimmung des Bundeskartellamts bei nachweislich ernsthaft gefährdeter Überlebensfähigkeit des Unternehmens
14. Ausschließlich natürliche Personen dürfen Aktien und andere Formen von Unternehmensbeteiligungen besitzen. Die Deutsche Börse veröffentlicht über das Internet eine Liste mit allen Steuernummern von Aktionären und deren Beteiligungen / Aktienvermögen, so dass die Öffentlichkeit kontrollieren kann:
  - a) ob tatsächlich niemand mehr als 1% an einem Unternehmen besitzt
  - b) ob tatsächlich niemand Aktien im Wert von mehr als 5 Mio. € besitzt
15. Ohne deutsche Steuernummer ist kein Eigentum an Aktien möglich. Ausländische Personen erhalten auf Antrag eine Steuernummer, sofern sie Ihr Vermögen offenlegen und dieses nicht über 30 Mio. liegt.
16. Aktienkäufe sind nur gegen Buchgeld zulässig und nicht als Tausch gegen andere Aktien / Wertpapiere.
17. Kreditfinanzierte Aktienkäufe sind nichtig.
18. Vergangene kreditfinanzierte Aktienkäufe fallen unter die private Vermögensbilanz des Käufers und dürfen unter keinen Umständen zu Lasten des gekauften Unternehmens verbucht werden (Verbot des „leveraged-buy-out“).
19. Bereits erfolgte Ausschüttungen bei kreditfinanzierten Unternehmenskäufen sowie Ausschüttungen, die nicht durch einen Gewinn aus der Geschäftstätigkeit des übernommenen Unternehmens gedeckt sind, sind zzgl. 8% Jahreszins an das übernommene Unternehmen zurückzuzahlen.
20. Die Plünderung der Unternehmen / Aktionäre durch Aktienoptionsprogramme, Altersversorgungen und Abfindungen des Managements ist verboten.
21. Die Altersversorgung keines Angestellten – auch nicht von Vorständen – darf über dem 5-fachen der niedrigsten Betriebsrenten des Unternehmens liegen (mindestens 2.000 € als „Steuerspar-BGE“, siehe oben)).
22. Abfindungen an Altaktionäre bei erzwungenen Verkäufen („squeeze out“) sind mit dem Kaufpreis, den jeder Aktionär jeweils zahlte, plus 5% Jahreszins ausbezahlen. Erzwungene Verkäufe sind nur nach 4/5-Mehrheitsbeschlüssen der Aktionäre möglich. Dabei müssen 100% aller Aktionäre ausbezahlt werden.
23. Aktienverkäufe, die weniger als 1 Jahr nach dem Kauf stattfinden, unterliegen einer Umsatzsteuer von 50% des Kauf-/Verkaufspreises (je nachdem, welcher Preis höher liegt).
24. In- und ausländische Käufer/Eigentümer werden gleich behandelt.
25. Vorstände dürfen nicht gleichzeitig Aufsichtsrat eines anderen Unternehmens sein.
26. Ehemalige Vorstände dürfen nicht Aufsichtsrat des Unternehmens (oder damit verbundenen Unternehmen) sein, in dem sie früher Vorstand waren.
27. Beteiligungen von juristischen Personen und Körperschaften an Unternehmen sind unzulässig und an natürliche Personen, den Rentenfonds der DRB (siehe Punkt 28) oder

- andere Aktienfonds (siehe Punkt 29) zu verkaufen.
28. Der von der „Deutschen Rentenversicherung Bund“ (DRB, ehemals BfA) verwaltete staatliche Rentenfonds kauft permanent alle verfügbaren Aktien auf (Kaufpreis: siehe Punkt 6.). Für eine ggf. erforderliche Vorfinanzierung erhält der DRB-Fonds zinslose Kredite von der staatlichen „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW).
  29. Investmentfonds dürfen nur dann in Deutschland gelistete Aktien kaufen und verwalten, wenn sie (wie die DRB) eine Liste mit den Steuernummern und Anteilen ihrer Kunden an einzelnen Unternehmen veröffentlichen.
  30. Es ist nur noch eine Aktienart zulässig: die frei handelbare und voll stimmberechtigte Namensaktie. U.a. § 12 Abs. 1 Satz 1, § 68 und §§ 139-141 Aktiengesetz sind zu streichen. Vorzugsaktien sind in Namens-Stammaktien umzuwandeln, so daß es weder eingeschränkte Stimmrechte noch unterschiedliche Bewertungen noch Genehmigungspflichten (Vinkulierung) gibt.
  31. Ratings sind strafbar.
  32. Der Handel mit Optionsscheinen (d.h. mit für die Zukunft vereinbarten Kursen) und sämtlichen Derivaten ist verboten. Verträge und Zahlungsverpflichtungen, die auf Optionen bzw. Derivaten basieren, sind nichtig und müssen nicht gezahlt werden. Mit Optionsscheinen kann kein Eigentum an Wertpapieren erworben werden. Preissicherungsvereinbarungen sind nur zwischen Unternehmen/Unternehmern zulässig, die die reale und mobile Ware auch physisch besitzen (werden) und in der entsprechenden Branche tätig sind.
  33. Die deutsche Börse wird unabhängig von den anderen Börsen der Welt und nimmt jedes ausländische Unternehmen auf, das entsprechend den deutschen Regeln bilanziert.

# Immobilien: Günstig bauen, mieten, kaufen

neo bietet Dir als einzige Partei ein viel besseres und viel günstigeres Wohnen. Alles, was man dazu benötigt, sind 3 Dinge:

- a. Den politische Willen, den Markt zugunsten der unteren 90% der Bevölkerung zu gestalten. Dieser Wille fehlt bei Union, SPD, FDP, Grünen und der AfD. Die Linke würde gern, weiß aber wie immer nicht, wie sie ihre Forderungen umsetzen soll.
- b. Ein alternatives Wirtschaftssystem, dass die gesamte Bevölkerung und den Staat fair an der Wertschöpfung der Wirtschaft beteiligt. Ein solches System bietet nur unsere Partei .
- c. Sehr viel Geld. Unser neues Steuersystem (siehe oben) bietet die Mittel dazu.

## Das Immobiliengesetz von neo

Fassen das „Immobiliengesetz“ von neo kurz zusammen (ohne Juristendeutsch):

### Senkung der Mieten

1. An erster Stelle steht die **Schaffung eines Angebots, das die Nachfrage erheblich übersteigt** und die Preise drückt. Mit den enormen Überschüssen unseres neuen Steuersystems Millionen neuer, erstklassiger Wohnungen in guten und besten Lagen. Das drückt die Preise enorm.
2. Um die Mieten so niedrig wie möglich zu halten, geht das **Eigentum aller durch den Staat gebauten neuen Wohnungen auf die jeweilige Kommune** über, die per Gesetz alle Wohnungen **zum Selbstkostenpreis** (inklusive Rückstellungen für Reparaturen und Renovierungen) vermietet. Diese äußerst niedrigen Mieten helfen (als Referenz / Mietspiegel) mit, am Wohnungsmarkt alle anderen Mieten nach unten zu drücken.
3. Als generelle **Mietobergrenze** legen wir per Gesetz sowohl für Wohn- als auch für Geschäftsräume **5 € pro Quadratmeter** fest. Ausnahme: Immobilien, die nicht geerbt wurden, und deren Eigentümerhaushalt (siehe Punkt 4) maximal 3 Wohneinheiten besitzt. Diese müssen sowohl den Mietern als auch den Gutachtern der Kommune nachweisen, dass die Kosten bei 30 Jahren Abschreibung höher als 5 € / qm liegen. Damit werden alle Wohnungsgesellschaften, die teurer vermieten müssen oder wollen (vor allem Real Estate Investment Trusts), mit Vergnügen in den Konkurs getrieben und ausländische „Investoren“ vergrault. Die Kommunen haben Vorkaufsrecht und sind per Gesetz gezwungen, alle Wohnungen zu kaufen, die auf den Markt kommen. Mit den Mitteln des neo-Steuersystems erhalten sie die Mittel dazu. Nach sehr kurzer Zeit übernehmen die Kommunen alle Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaften.
4. Wer von der Kommune höhere Kosten als 5 € pro Monat und Quadratmeter anerkannt bekommt, darf nur die **Kostenmiete plus 5% Profit** verlangen. Zum Vergleich: Laut Einkommensteuerstatistik der letzten Jahre liegen die Verluste aus Vermietung und Verpachtung oft über den Gewinnen, die Mieteinkommen sind in Deutschland in der Summe also oft sogar negativ. Offene deutsche Immobilienfonds erzielten von 1992-2003 eine Durchschnittsrendite von rd. 5,2%, Wohnimmobilien erzielten lt. DID 2004 eine Rendite von 1,3%. Dass heute „Investoren“ den extremen Mangel an bezahlbarem Wohnraum in hohe Profite umsetzen, beenden wir.
5. Wir **beseitigen Vermögenskonzentrationen bei Immobilien**. Wir fassen alle Daten der Grundbuchämter in einer einzigen bundesweiten „**Zentralen Immobilien Datenbank**“ (**ZID**) zusammen, die das Bundesbauministerium verwaltet. Pro Person ist passend zu

- unseren Vermögensbeschränkungen das Eigentum auf 1 Wohneinheit pro Person und 3 Einheiten pro Haushalt begrenzt.
6. Wir **beseitigen Spekulationen mit Wohnraum**. Unbebaute Baugrundstücke, bei denen nicht nach spätestens 6 Monaten ein Bau beginnt, werden mit monatlich 5.000 € pro Quadratmeter besteuert. Auch hier gilt: Die Kommunen haben Vorkaufsrecht und sind per Gesetz gezwungen, alle unbebauten Baugrundstücke zu kaufen, die auf den Markt kommen. Mit den Mitteln des neo Steuersystems erhalten sie die Mittel dazu.
  7. **Kreditzinsen** zählen nur unterhalb eines Freiraums von **3 Wohneinheiten pro Vermieter** zu den auf die Miete umlagefähigen Kosten. Beispiel: Wenn eine Beteiligungsgesellschaft 10.000 Wohnungen zum Großteil auf Kredit kauft, kann sie die Kreditkosten nur zu 0,03% auf die Mieten umlegen. Damit sind kreditfinanzierte Übernahmen von Wohnungsgesellschaften und sich daraus ergebende Mieterhöhungen unmöglich.
  8. Wir **schaffen die Grundsteuer ab**. Die Kommunen erhalten weitaus mehr Geld durch ihrem Anteil an den Einnahmen aus unserem Steuersystem.
  9. Wir **schaffen die Beteiligungspflicht an kommunalen Aufgaben und Kosten ab** (Finanzierung und Sanierung von Straßen, Bürgersteigen, Leitungen, etc.). Mit den Mitteln des neo Steuersystems erhalten die Kommunen die Mittel dazu.
  10. Die Kosten der Vermieter (die letztendlich auf die Mieter umgelegt werden) sind möglichst weit zu senken. Dazu gehört eine wirksame **Bekämpfung von vorsätzlichen Mietprellern**, die in einem zentralen Verzeichnis erfasst und auf Anfrage Vermietern bekannt gegeben werden.
  11. Nur noch **Bundesbürger, deutsche Kommunen und inländische Wohnungsbaugesellschaften** dürfen **Eigentümer inländischer Immobilien** sein. Der Immobilienmarkt wird auch hier von renditehungrigen „Investoren“ befreit. Ausländische Immobilienbesitzer haben bis zum Inkrafttreten unseres Immobiliengesetzes Zeit, ihre Immobilien an Inländer zu verkaufen. Andernfalls gehen sie entschädigungslos in das Eigentum der jeweiligen Kommunen über. Das führt zu einem gerngesehenen Preisverfall.
  12. Wir **beseitigen die Fehlbelegungen** von Wohnungen durch Gewerbetreibende durch eine wirksame Fehlbelegungsabgabe. Im 1. Jahr liegt die Fehlbelegungsabgabe bei 10% des Umsatzes oder 30% der Kaltmiete (abhängig davon, was höher ist). Im zweiten Jahr 30% des Umsatzes oder 50% der Miete. Im dritten Jahr 100% des Umsatzes zuzüglich der 10-fache Miete. Damit sind alle Büros nach spätestens 3 Jahren aus Wohnungen verschwunden. Gleichzeitig bauen wir massiv Gewerbeimmobilien, die als Hochbauten zum Selbstkostenpreis im Stadtgebiet verteilt gebaut werden. Ausnahmen:
    - a. Arztpraxen, Zahnarztpraxen, etc. (die in Wohngebieten bleiben sollen)
    - b. Gewerbe, die von der eigenen Wohnung aus betrieben werden und keine zusätzliche Wohnung verbrauchen (eine Zweitwohnung ist in diesem Fall nicht zulässig).
  13. Wir **lösen das Problem mit Airbnb & Co.:**
    - a. Es ist nur noch zulässig, den eigenen Hauptwohnsitz für maximal 6 Wochen im Jahr unterzuvermieten.
    - b. Jede Untervermietung ist dem Bundesbauministerium zu melden.
    - c. Bei nicht gemeldeten Untervermietungen durch Wohnungseigentümer und einer Überschreitung von 6 Wochen im Jahr geht das Eigentum sämtlicher Immobilien der bisherigen Eigentümer an die jeweiligen Kommunen über.
    - d. Nur Ferienwohnungen im Eigentum einzelner inländischer Bürger/Haushalte, die vor 2010 als solche genehmigt wurden, genießen Bestandsschutz, sofern die

- Eigentümer nicht mehr als 3 pro Haushalt besitzen.
- e. Wer als Eigentümer einer Wohnung in den Urlaub fährt und seine eigene Wohnung in der Zwischenzeit vermieten will, darf das (bis zu 6 Wochen im Jahr) weiterhin tun. Mieter dürfen – sofern sie bundesweit nur 1 Wohnung gemietet haben und dies ihr einziger Wohnsitz ist – diese während ihrer Abwesenheit weiterhin unbegrenzt weiter vermieten.
14. Kommunen haben das Recht, in begründeten Einzelfällen die Übernahme des Immobilieneigentums zu verweigern (z.B. verseuchte Böden, Asbest-Ruinen, etc).

## Senkung der Baukosten / Kosten beim Kauf

Als größter Einzelposten des Lebensunterhalts ist die Miete das zentrale Thema. Mieten sollten so niedrig wie möglich sein und dabei gleichzeitig zumindest oberhalb der Kostendeckung liegen. 5% Rendite sind als Obergrenze noch akzeptabel. Um die Baukosten – und damit auch die Mieten – zu senken, beinhaltet unser Immobiliengesetz folgende Punkte:

1. Der **Grunderwerb** verbilligt sich durch
  - a. den bundesweiten Einheitspreis von 5 €/m<sup>2</sup> Bauland zzgl. Erschließungskosten, die in den letzten 20 Jahren vor dem Kauf anfielen.
  - b. die Weitergabe der Erschließungskosten abzüglich linearer (gleichmäßiger) Abschreibung der letzten 20 Jahre vor dem Kauf, zum Selbstkostenpreis
  - c. die Abschaffung der Grunderwerbsteuer
  - d. die Abschaffung der notariellen Beurkundungspflicht (erstens genügt eine Beurkundung des Eintrags beim zuständigen Amtsgericht völlig; zweitens erbringen Notare außer der Beurkundung i.d.R. keine Beratungs- oder sonstigen Leistungen, wie die Komplizenschaft bzw. Passivität zahlreicher Notare bei der Beurkundung des „Schrottimobilienverkaufs“ beweist)
2. **Bauen** wird billiger durch
  - a. erheblich gesunkene Kosten der Bauunternehmen: keine Umsatzsteuer (lediglich auf Baustoffe sind Umsatzprovisionen fällig), keine Steuern auf Gewinne, keine Lohnnebenkosten, wesentlich geringere Konkurrenz durch Schwarzarbeit, etc.
  - b. maximale Freiheit für Eigentümer und Architekten. Die Bauordnungen werden auf das Unverzichtbare reduziert (unter 5% des bisherigen Volumens) und enthalten kaum mehr als die Pflicht zur fachkundigen Prüfung der Statik und zum Ausschluss giftiger Substanzen. Einheitliche Architektur (z.B. per Bebauungsplan) ist nur reglementierbar, wenn geschlossene Siedlungen/Stadtkerne unter Denkmalschutz stehen. Der Rest liegt vollständig im Ermessen des Eigentümers, ohne Widerspruchsrecht von Nachbarn.
  - c. Minimale Bürokratie und maximal 14-tägige Baugenehmigungsverfahren (was darüber hinausgeht, gilt als genehmigt)
3. **Nebenkosten** sinken durch
  - a. die Abschaffung der Grundsteuer
  - b. die Senkung der Abwassergebühren und sonstigen kommunalen Abgaben, Müllgebühren etc. auf die tatsächlichen Kosten (keine fiktiven Wiederbeschaffungswerte, Korruptionsmehrkosten, etc.)
  - c. das Recht aller Mieter, durch Vergleichsangebote die Nebenkosten für Reinigung, Gartenpflege, Fahrstuhlwartung, private Haftpflichtversicherung für Schäden am Gebäude (darüber hinausgehende Gebäudeversicherungen sind nicht künftig

Vermietersache und nicht auf Mieter umlegbar), etc. zu senken, wobei der Vermieter auf den vom Mieter benannten neuen Auftragnehmer wechseln muß, wenn dessen Kosten unter den bisherigen liegen (tut er das nicht, dürfen die Mieter die Nebenkosten entsprechend kürzen)

4. **Maklerkosten** sinken auch bei Hauskäufen durch die Anwendung des Verursacherprinzips. Es gibt keine rechtliche Grundlage, warum zwei Parteien zu ungunsten eines Dritten einen rechtsgültigen Vertrag abschließen können sollten. Ein Verkäufer, der keine Lust hat, Käufer zu suchen, muß den Makler selbst zahlen. Für Makler bedeutet dies nach der Wohnungsvermittlung auch bei der Hausvermittlung erstmals Preiswettbewerb. Käufer zahlen für Vermittlungen nur dann, wenn sie sie selbst beauftragt haben.

Da die Wohnkosten (vor allem die Baukosten und Kaufpreise) als einer der größten Kostenfaktoren des Lebens drastisch sinken, sinken trotz der Preissteigerungen für Konsumartikel auch die Gesamt-Lebenshaltungskosten. Preissteigerungen durch die Unterbeschäftigungssteuer werden zumindest teilweise ausgeglichen – wahrscheinlicher sogar mehr als das.

Wer Mieten begrenzt, muß natürlich auch die zu erwartenden Reaktionen der Vermieter und Mieter berücksichtigen. In Stockholm führten staatlich festgelegte Mieten zum Zusammenbruch des Wohnungsmarktes (Sara-Mai Dang: „Wenn am Markt vorbei reguliert wird“, SZ 09.05.2003). Die Schweden begingen dabei zwei vorhersehbare Fehler: Erstens regulierten sie nur die Mieten, unternahmen jedoch nichts gegen den absehbaren Wohnungs-Schwarzmarkt. Zweitens ignorierten sie vollkommen das Hauptproblem – den drastischen Mangel an Mietwohnungen – und versäumten es, auf den Mangel durch ein höheres Angebot zu antworten.

# Programmschwerpunkt Gesundheitssystem

Unser Gesundheitssystem beinhaltet:

- Zugang zu allen Therapien für jeden Menschen
- Für jeden Menschen problemlos bezahlbar
- Gute Einkommen für alle, die darin arbeiten
- Vieles kostenlos (z.B. rund um Schwangerschaft, Behinderung, chronische Krankheiten)
- Medizinische Forschung nicht nach Profitinteressen, sondern Patienteninteressen, keine „verwaisten“ Krankheiten
- Transparenz über Wirksamkeit von Therapien und Medikamenten sowie Qualität der Anbieter
- Gute Arbeitsplätze für Ärzte, Pflegekräfte, etc.
- Keine Verschwendung
- Kostenlose Prävention

## 1. Beseitigung der finanziellen Probleme im Gesundheitssystem

Nirgends wird so viel Geld verschwendet wie im Gesundheitssystem. Die medizinische Forschung liegt in den Händen der Pharmaindustrie, für die es hochprofitabel ist, Krankheiten nicht zu beseitigen, sondern möglichst viele Medikamente für Symptombekämpfungen zu verkaufen. Korruption, Zweiklassen-Gesellschaft, Pflegenotstand,... die Mängelliste ist nicht nur unendlich lang, sie ist auch immer die gleiche.

Fast alle Probleme des Gesundheitssystems haben ihre Ursache in den Finanzen. Die Regierungsparteien kürzen immer mehr medizinisch notwendige Leistungen für gesetzlich Versicherte. Gleichzeitig verschwenden Sie hohe Milliardenbeträge an Pharmakonzerne mit Scheinpatenten, einen gigantischen Verwaltungsapparat mit 110 Krankenkassen (Stand 2018), private Krankenhauskonzerne und falsche Anreize.

Zunächst einmal finanziert unser System das Gesundheitssystem zu etwa 80% aus dem Staatshaushalt. Die Mittel dazu kommen aus der einzigen Abgabe, die die öffentlichen Haushalte finanziert: Umsatzprovisionen der Wirtschaft ([mehr](#)).

Wir schaffen die Pflegeversicherung ab und integrieren die Pflegeleistungen dahin, wo sie bis 1993 waren: Sie wird wieder Teil der Krankenversicherung.

Angehörige werden vollständig von der Finanzierung der Pflegekosten befreit.

## 2. Die Staatliche Privatkrankenversicherung (SPKV)

Wir werden 109 der heute 110 gesetzlichen Krankenversicherungen beseitigen. Und wir werden alle privaten Krankenversicherungen beseitigen. Das tun wir nicht durch Verbote, sondern durch eine unwiderstehliche neue Konkurrenz: Die Staatliche Privatkrankenversicherung (SPKV):-

- Sie beseitigt die 2-Klassen-Medizin und bietet **allen Mitgliedern den vollen Zugang zu allen Therapien, die wirken**
- Patienten zahlen **keine Beiträge** und sind trotzdem **Vollkasko-krankenversichert**.
- Für Behandlungen zahlen die Patienten einen **Eigenanteil von 10% des Nettoeinkommens**. Das ist maximal so hoch ist wie ihr jetziger Versicherungsbeitrag. **Wer nicht zum Arzt geht, zahlt keinen Cent**.
- Für Schwangere, Kinder, Auszubildende und Studenten bis zum 27. Lebensjahr ist die SPKV **völlig kostenlos**. Alle Kosten von Seniorenpflege und Behinderungen trägt der Staat / die SPKV.

Wie die SPKV aus Patientensicht funktioniert, lesen Sie [hier](#). Wie sie aus Sicht von Ärzten, Kliniken und sonstigen medizinischen Leistungsanbietern funktioniert, lesen Sie [hier](#).

Wer einen Sinn darin sieht, kann natürlich in seiner jetzigen Krankenkasse bleiben. Das werden aber so wenige sein, dass sie alle schließen werden – bis auf eine. Unser Angebot: Die erste Krankenkasse, die dieses System umsetzen will, erhält den Zuschlag. Welche es ist, ist uns egal. Alle anderen sind dann tot. Jede PKV ist im Vergleich dazu ein völlig überteuertes Angebot. Damit ist die PKV auch tot.

## 3. Medizinische Forschung in öffentlicher Hand: Projekt „Philantromed“

Die medizinische Forschung der Pharmaindustrie erhält eine extrem starke Konkurrenz: Die staatlich finanzierte „Philantromed“ wirbt den Pharmakonzernen die besten Forscher ab und forscht an den dringendsten Krankheiten – auch an seltenen, „verwaisten“ Krankheiten. Details: Siehe [hier](#), Punkt 6.2.4.

## 4. Pharmakonzerne, Straftäter, Schadenersatz und die Anwendung des Strafgesetzbuchs

Betrug, Wucher, Untreue, Gefährliche Körperverletzung, Unterlassene Hilfeleistung, – die Liste der Paragraphen des Strafgesetzbuchs, gegen den Pharmakonzerne, gekaufte Gutachter, Krankenkassenvorstände etc. verstoßen, ist lang.

Man muß im Unterschied zu den Regierungsparteien das Strafgesetzbuch anwenden und die Täter voll persönlich haftbar machen. Mit den zu erwartenden Konsequenzen vor Augen werden es die potentiellen Straftäter nicht mehr wagen, den Patienten zu schaden.

## 5. Qualitäts- und Transparenzoffensive

Welche Therapie, welches Medikament, welcher Arzt, welches Pflegeheim, welcher ambulante Pflegedienst, welche Krankenhausabteilung und welche Operationsmethode ist für einen individuellen Patienten optimal geeignet?

Das Gesundheitssystem von economy4mankind wird den Patienten in einer Qualitäts- und Transparenzoffensive den Durchblick verschaffen – mitsamt neutralen Beratungsstellen für Laien.



Ohne Empfehlung der neutralen Beratungsstellen wird es aus Haftungsgründen auch kein Arzt mehr wagen, das Risiko einzugehen, aus seinen finanziellen Interessen überflüssige Operationen durchzuführen (siehe [Jörg Blech: „Sinnlos unterm Messer / Schattenseite der Medizin“](#)).

## 6. Staatliche Trägerschaften und hohe Gehälter in Krankenhäusern

Mit seinem [Steuersystem](#) finanziert unser System u.a. die Trägerschaft von Krankenhäusern aus dem Staatshaushalt, so daß die Grundkosten und eine bundesweit flächendeckende Versorgung gewährleistet ist. Der Staatshaushalt ermöglicht auch weitaus höhere Gehälter im öffentlichen Dienst und eine stärkere Personaldecke, so daß die absurd langen Arbeitszeiten der Krankenhausärzte der Vergangenheit angehören. Ebenso gehören die viel zu niedrigen Gehälter für Pflege- und Funktionspersonal der Vergangenheit an. Um im [Arbeitsmarkt von economy4mankind](#) mit der privaten Wirtschaft mitzuhalten, kommt der Staat nicht umhin, ebenfalls Mindestgehälter von 40.000 € zu zahlen ([mehr](#)).

## 7. Konventionelle Medizin und Komplementärmedizin / Naturheilkunde: Wer heilt, hat Recht

Viele Patienten haben gute Erfahrungen mit der Naturheilkunde gemacht. Im ungünstigsten Fall wirkt die Naturheilkunde nicht – hat aber auch keine schädlichen Nebenwirkungen. Schulmediziner betrachten ihre Methoden als überlegen, verursachen mit ihren Medikamentenverschreibungen aber jährlich bei rd. 88.000 Patienten so starke Nebenwirkungen, daß sie eine stationäre Krankenhausbehandlung benötigen. Zudem gelten (lt. Prof. Dr. Markus Bächler, Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik Heidelberg) nur 15% aller Operationsmethoden als wissenschaftlich abgesichert, und auch die Schulmedizin arbeitet in sehr hohem Maß mit dem Placebo-Effekt – vor allem mit dem „Placebo Arzt“.

Dabei sollte nur eines relevant sein: Der Heilungserfolg. Unser Gesundheitssystem erkennt jede Therapieform und jedes Medikament an, das wirkt. Die Entscheidung liegt beim mündigen Patienten, wofür er sich entscheidet. Mit seiner Eigenbeteiligung trägt er die ersten Kosten (die bei der Naturheilkunde weitaus niedriger sind als in der Schulmedizin) ohnehin selbst, und bei Beinbrüchen und wirklich schweren Erkrankungen setzen die Patienten ohnehin auf die klassische Schulmedizin. Unser Gesundheitssystem bietet allen Patienten die Freiheit, wohlinformiert selbst zu entscheiden.

Das heißt:

- Volle Kostenerstattung für erprobte Naturheilverfahren und Präventionstherapien durch die Krankenkassen
- Förderung der naturheilkundlichen Forschung aus öffentlichen Geldern in derselben Höhe wie für Forschungen auf den Gebieten chemisch-synthetischen Medizin
- Etablierung eines staatlichen, dem Gemeinwohl verpflichteten Rates für Komplementäre Medizin, der dem Bundesgesundheitsministerium als Abteilung angegliedert ist und die komplementär- medizinische Praxis und Ausbildung evaluiert
- Mehr Menschlichkeit im Behandlungszimmer, mehr Zeit für gründliche Diagnose- und Beratungsgespräche, mehr manuelle Diagnostik und Behandlung
- Kostenlose Angebote zum Stressabbau, Haltungsaufrichtung, Selbstbehandlung bei Schmerzen usw.

- Aufnahme der Komplementären Medizin und Ganzheitlichen Gesundheitsvorsorge in die Lehrpläne der Universitäten.

## 8. Aberkennung von Patenten auf Scheininnovationen

Alle Patente auf Scheininnovationen müssen aberkannt, und die zu Unrecht erhaltenen Patentgebühren der Pharmakonzerne zurückgefordert werden. Mitarbeiter/Beamte aus den Patentbehörden, die Scheininnovationen ein Patent genehmigten, müssen aus ihrer Position entfernt werden.

## 9. Positivlisten für Medikamente und Therapien

Wir führen endlich die lange geforderten Positivlisten für wirksame Medikamente und Therapien ein. In Deutschland waren 2005 19.491 verschreibungspflichtige Arzneimittel mit 1.819 Wirkstoffen auf dem Markt. Davon bezeichnet die Weltgesundheitsorganisation WHO bis auf 306 Wirkstoffe alle anderen als unwirksam. Und von diesen 306 wirksamen Wirkstoffen sind fast alle preisgünstig als patentfreie Generika zu haben. Das Einsparpotential im Pharmamarkt ist also riesig.

## 10. Prävention

Der beste und preisgünstigste Weg zur Lösung der Probleme des Gesundheitssystems sind Menschen, die möglichst gesund leben und gar nicht erst krank werden. Die Prävention von Erkrankungen (insbesondere Suchterkrankungen) wurde bisher stark vernachlässigt. Das Gesundheitssystem von e4m setzt hier bereits in der Schule an. Mit einem Sportunterricht, der an Fitness und Spaß statt an Siegen und Leistungen orientiert ist. Mit einem Sport- und Biologieunterricht, durch den die Schüler ihren Körper kennen und pflegen lernen. Wir fördern Bewegungsprogramme in Schulen und an Arbeitsplätzen und bauen krankmachende Lebensbedingungen ab (Stress, Fastfood, Lärm, Schwermetalle und andere Umweltbelastungen usw.).

Geringverdiener sterben nicht zufällig durchschnittlich 9 Jahre früher als Besserverdiener. Das [Economic Balance System](#) von e4m beseitigt die Armut.

Ein typischer Schwerpunkt:

### Altenpflege

Altenpflege bedeutet bisher Würdelosigkeit und Notstand. Die Regierungsparteien sind ratlos. Entweder betrachten sie pflegebedürftige Senioren vor allem als Kostenfaktoren und wälzen die Verantwortung und Arbeit auf Angehörige und Pflegekräfte ab. Oder sie fordern eine erstklassige und menschenwürdige Pflege, sind aber ratlos, wenn es um 2 elementare Fragen geht:

- Wie finanziert man eine sehr gute Pflege?
- Woher bekommt man genug geeignete Pflegekräfte, ohne ärmere Länder zu plündern?

### Wir setzen neue Maßstäbe in der Seniorenpflege

Mit der Partei „neo – Wohlstand für Alle“ ist die optimale Pflege möglich. Denn wir bieten eine Kombination, die in der Parteienlandschaft einzigartig ist: Die sozialsten Ziele bei gleichzeitig [enormen finanziellen Möglichkeiten](#).

## Warum Geld bei uns (fast) keine Rolle spielt

In unserem System werden die öffentlichen Haushalte komplett von einer einzigen Abgabe finanziert: Umsatzprovisionen auf Umsätze der Unternehmen. Erläuterungen und Einnahmen siehst Du [hier](#).

Aus diesen Einnahmen wird der größte Teil (ca. 80%) des Gesundheits- und Pflegesystems finanziert. Warum sind es nicht 100%? Weil durch einen kleinen Eigenanteil ein Anreiz vorhanden sein muss, um nicht maßlos Leistungen zu verschwenden. Kostenlos ist alles rund um Schwangerschaft, Behinderung und Seniorenpflege. Kinder, Auszubildende und Studenten zahlen nichts.

Mehr Infos über unser umfangreiches Gesundheitssystem findest Du [hier](#).

## Freie Wahl: Profis oder Angehörige

Wer Angehörige pflegen will, soll das mit größtmöglicher Unterstützung tun dürfen. Wer es nicht will, muss es nicht. Denn Überforderung, Verzweiflung und Angst kommen höchstens dann ans Licht, wenn Pflegedienste Alarm auslösen oder ein pflegender Angehöriger zusammenbricht.“

Zunächst einmal befreien wir Angehörige vollständig von der Finanzierung der Pflege. Die Finanzierung ist ein Fall für die Solidargemeinschaft. Es ist hochgradig ungerecht, wenn die Pflege von Eltern vor allem an den Töchtern hängen bleibt, die dann überhaupt kein eigenes Leben mehr führen können.

Es ist auch extrem ungerecht, weil es Glückssache ist, ob die Eltern der einen Dement, pflegebedürftig und aggressiv werden und die Eltern der anderen bis zuletzt ein eigenständiges Leben führen oder dank hohem Einkommen / Vermögen in eine Luxus-Seniorenresidenz ziehen können.

Daher haben in unserem System **Angehörige die freie Wahl, ob und wieviel sie selbst pflegen wollen**. Der medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) berät die Betroffenen über die Möglichkeiten.

Egal, ob ambulante oder stationäre Pflege: Die [„Staatliche Privatkrankenkasse“](#) (SPKV) unseres Gesundheitssystems **übernimmt alle Kosten**. Die **heutigen rd. 200 Pflegekassen gibt es dann nicht mehr**.

Wer selbst pflegen will, erhält:

- Alle Medikamente, Hilfsmittel und Geräte kostenlos von der SPKV
- Einen beliebig hohen Anteil an Unterstützung durch ambulante Pflegedienste
- [Mindestens 2.000 € Grundeinkommen](#) für Patient und Pflegende, also mindestens 4.000 € monatlich zum Lebensunterhalt, zusätzlich zu den Leistungen der heutigen 5 Pflegegrade.
- Beliebige lange Kurzzeitpflege-Plätze (in der Regel je 2-4 Wochen, auch mehrmals jährlich) für die Patienten, damit sich die Angehörigen erholen können.

## Entprivatisierung der Heime

Es ist vollkommen absurd und nur durch Korruption und / oder Hilflosigkeit erklärbar, dass die Regierungsparteien profitorientierte Seniorenheime zulassen bzw. sogar eingeführt haben.

Wir bauen massiv erstklassige Seniorenheime für alle Bürger. Auch Du wirst mal alt, Deine Eltern / Großeltern ohnehin, und Deine Kinder und Enkel werden es auch. In jeder Familie gibt es aktuelle

oder kommende Heimbewohner. Von erstklassigen Seniorenheimen haben also potentiell alle Menschen bzw. deren Angehörige etwas.

Sobald ausreichend viele erstklassige Heimplätze aufgebaut sind (nach 3-4 Jahren), wird unser System nur noch die Kosten von Heimen auf Selbstkostenbasis übernehmen. Da mit der Heimpflege dann kein Profit zu machen ist, werden sich die Pflegekonzerne aus diesem „Markt“ zurückziehen.

## **Pflegfachkräfte im Inland gewinnen**

Mit 3 Maßnahmen gewinnt man so viele Pflegekräfte wie nötig, ohne sie ärmeren Ländern abzuwerben:

1. Erheblich mehr Gehalt
2. Erheblich bessere Arbeitsbedingungen
3. Erheblich besseres Image

Das setzen wir wie folgt um:

- a. Wir erhöhen das Gehalt von Alten- und Krankenpflegekräften auf **mindestens 6.000 €**, wenn nötig auch mehr. Das klingt nicht nur viel, das ist es auch, und so soll es auch sein. Denn das ist ihre Arbeit wert. Wer meint, das sei zu viel Geld im Vergleich zu seinem eigenen Job, soll sich bewerben!
- b. Wir senken den Zeitdruck, die Arbeitszeiten und die Arbeitsbelastung drastisch. Die ohnehin meist gefälschten Dokumentationen dampfen wir auf das wirklich notwendige Minimum ein und geben den Pflegekräften auch die Zeit dazu. Die Jahresarbeitszeit liegt im Wirtschaftssystem von neo ohnehin bei maximal 1.200 Stunden im Jahr bei Vollzeitjobs (siehe [Gesetzentwurf](#)), und bei 600 Jahresstunden bei Teilzeitjobs. Der Personalschlüssel in Pflegeheimen wird auf 6 Patienten pro Pflegekraft gesenkt.
- c. Die Ausbildungen sind nicht nur kostenlos, sondern mit [unserem Grundeinkommen](#) von 2.000 € monatlich vergütet.
- d. Wir investieren hohe Beträge in Imagekampagnen, die den Pflegeberuf als das darstellen, was er ist: Ein vorbildlicher, wichtiger Beruf, der qualifizierte Menschen verlangt. Ein Beruf, der für sympatische Menschen mit sozialem Wesen, Empathie und auch einer hochwertigen Fachausbildung

Mit diesen Maßnahmen gewinnen wir Menschen, die motiviert und geeignet sind, den Beruf aber bisher (vollkommen zu recht) zu unattraktiv finden.

Die nächste Frage lautet: Wie viele Pflegekräfte brauchen wir in Deutschland?

Momentan gibt es in Deutschland etwa 2,9 Mio. Pflegebedürftige. Davon werden laut aktuellster (2017) [Pfleigestatistik des Statistischen Bundesamts](#) rd. 2,1 Mio. von Angehörigen und rd. 800.000 in Heimen gepflegt (bzw. „verwahrt“). Mit den o.g. Verbesserungen für Angehörige wird die Zahl der Patienten in Pflegeheimen wahrscheinlich steigen. Weil Geldnot kein Motiv mehr ist, einer Heimunterbringung auszuweichen, gehen wir – konservativ geschätzt – von künftig 1,2 Mio. Heimbewohnern aus.

Bei einem Personalschlüssel von 1:6 und unter Berücksichtigung von Urlaubs- und Krankheitsausfällen sowie Nachtschichten benötigen wir statt heute 356.000 Pflegekräften künftig rd. 800.000 Fachkräfte. Die fehlenden Kräfte müssen natürlich erst einmal ausgebildet werden. Nach 3 Jahren stehen sie zur Verfügung und kosten läppische 60 Milliarden € jährlich.

Ja, das sind wirklich läppische Summen im deutschen 7 Billionen € Markt und mit unserem [neuen Steuersystem](#), das zu 100% von der Wirtschaft finanziert wird.

## **Assistenz-Pflegeroboter**

Bei Robotern in der Pflege rümpfen viele die Nase. Außer den meisten Pflegebedürftigen, die mit solchen Robotern Kontakt haben. Verschiedene Arten von Pflegerobotern haben sich für verschiedene Zwecke bewährt bzw. werden für spezielle Aufgaben entwickelt.

Hebe-Roboter, die die Gesundheit der Pflegekräfte schonen, indem sie Patienten z.B. ins Bett heben / legen. Gesellschafts-Roboter, die den Senioren Gesellschaft leisten. Gerade bei Demenzpatienten sind Roboter mit Kindchenschema oder flauschig-süße Tiernachbildungen sehr beliebt. Autonome Hol- und Bring-Roboter werden die Pflegekräfte entlasten.